

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Sozialpass

GRin. **Potzinger**, GR. **Baumann** und GRin. **Bergmann** stellen namens von ÖVP, Grünen und KPÖ folgenden dringlichen Antrag:

GRin. **Potzinger**: Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren auf der Galerie! Es geht um ein, möchte ich doch sagen, Herzensanliegen von, glaube ich, allen hier im Raum. Lang gefordert, jetzt doch auf einer Realisierungsschiene, die uns berechtigt hoffen lässt, dass wir nächstes Jahr den Sozialpass tatsächlich in den Händen vieler Grazerinnen und Grazer haben werden. Eine Vorbemerkung: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich wollte mich noch bei Ihnen bedanken, wir haben gestern im Sozialausschuss ein gutes Gespräch gehabt, Sie haben Kooperationsbereitschaft signalisiert, wir haben gestern einen Unterausschuss eingerichtet, Projektgruppe kann man auch sagen, aber wir können es ruhig Unterausschuss nennen, denn Unterausschüsse gibt es bereit einige im hohen Haus. Ich nenne den Straßenbenennungsunterausschuss des Raumordnungsausschusses oder auch den Unterausschuss für die Umbenennungen von Straßen als Unterausschuss des Kulturausschusses, wir hatten auch schon einen Verfassungsausschuss zur Demokratiereform. Seit dem Jahr 1995 hat es zahlreiche Initiativen im Grazer Gemeinderat mit dem Ziel gegeben, durch die Einführung eines „Sozialpasses“, das ist jetzt ein Arbeitstitel, das heißt nicht, dass diese Begünstigungsnachweiskarte dann tatsächlich Sozialpass heißt oder einen anderen Namen bekommt, aber getauft wird bekanntlich nach der Geburt, jetzt wollen wir diese wichtige Hilfeleistung einmal auf Schiene bringen und dann einen Namen dafür auch finden. Es hat im Gemeinderat zwischen Herbst 2007 und Februar 2011 mehrere einstimmige dringliche Anträge gegeben, die wir mehrheitlich und einstimmig beschlossen haben. Im letzten Gemeinderat wurde die ressortzuständige Stadträtin noch einmal aufgefordert, zur

Vorbereitung des „Sozialpasses“ eine Projektgruppe einzurichten, das ist so nicht passiert aber deshalb hat gestern der Sozialausschuss die Initiative ergriffen und, wie gesagt, der Unterausschuss wurde eingerichtet, ich darf mitteilen den Damen und Herren, die gestern nicht dabei waren, wir werden bereits am 3. 11. um 8.00 in der Früh die erste Sitzung haben. Danke auch Stadträtin Drⁱⁿ Schröck, dass Sie so kurzfristig hier auch einen Termin ermöglicht haben. Ich möchte mich ausdrücklich auch bedanken bei der KPÖ und bei den Grünen, wir haben für diesen dringlichen Antrag gemeinsam beraten und ihn gemeinsam formuliert. Insbesondere die KPÖ hat sich zu diesem Thema ja schon mehrfach verdient gemacht, aber, wie gesagt, es ist an und für sich allen Fraktionen ein Anliegen, dass alle Menschen in dieser Stadt sich wohlfühlen. Wir haben heute schon gehört vom Wohlfühlen derer, die da neu kommen, aber es soll natürlich genauso für die gelten, die schon länger in dieser Stadt leben. Dass soziale Inklusion nicht nur eine Überschrift ist, sondern in dieser Stadt der Menschenrechte tatsächlich gelebt wird, dass Menschen Lebensqualität haben, mehr noch, bis gestern seine Magnifizienz Rektor Dr. Smolle bei einer Kongresseröffnung gesagt hat, Lebensfreude haben und das bedingt natürlich neben psychosozialem und emotionalem Wohlbefinden auch die materielle, finanzielle Grundlage. Eine wesentliche Voraussetzung für die Vorberatung im Unterausschuss sind natürlich wesentliche Fakten und Informationen. Die sind vor allem die Aufstellungen über die bisher gewährten Ermäßigungen und Zuschüsse des Hauses Graz sowie die derzeit jeweils geltenden Anspruchsvoraussetzungen und der Umfang des BezieherInnenkreises sowie die Auflistung der derzeit anfallenden Kosten für die Bonifikationen und den Verwaltungsaufwand. Im Sozialausschuss haben wir gestern ein Handout bekommen, Konzeption Sozialpass, eine erste Grundlage für unsere Arbeit, natürlich enthält dieses Papier noch nicht die erforderlichen Zahlen, die wir dann konkret brauchen werden.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, unterstützt vom Klub der Grünen und der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass das Sozialamt und die ressortzuständige Stadträtin, Frau Drⁱⁿ Martina Schröck, dringend ersucht werden, dem zur Vorbereitung eines Grazer „Sozialpasses“ eingerichteten Unterausschuss des Sozialausschusses die im Motivenbericht angeführten Informationen zur Verfügung zu stellen und über die bisherigen Vorbereitungsarbeiten, basierend auf den dem Projekt „Sozialpass“ zugrunde liegenden Gemeinderatsinitiativen, die gilt es nämlich im Einzelnen auch noch anzuschauen, da war gestern im Sozialausschuss nicht die Zeit dafür, alle dringlichen Anträge, Anfragen, Anträge und Fragestunde zu berichten. Ich ersuche um Annahme (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 15.30 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Sippel** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, geschätzte Antragstellerin! Der Sozialpass, eine Idee, die von Anfang an auch von uns Freiheitlichen mitgetragen wurde. Ich gebe auch zu bedenken, auch eine der teuersten Angelegenheiten im Sozialbereich der letzten Jahre. Wir tragen diese Idee selbstverständlich einmal grundsätzlich mit, also falls Sie da versuchen sollten, den Pass als schwarzes, grünes oder dunkelrotes Wahlzuckerl, und da sind wir wieder beim Wahlzuckerl, haben wir heute schon öfter gehört diesen Ausdruck, verteilen wollen, dann wird Ihnen das nicht gelingen. Aber leider muss man dazusagen, findet jetzt bereits, bevor noch irgend etwas konkret ist, ein trauriges Polit-Hickhack statt, das hat heute auch Eingang in die Medien gefunden, so, geschätzte Damen und Herren, so werden wir nichts weiterbringen. Daher unser Appell an die Sozialstadträtin und vor allem auch an die Herrschaften der ÖVP diese Ränkespiele

bitte ab sofort einzustellen und bitte auch nicht über Dinge, nämlich jetzt im Konkreten über die Anzahl der zukünftigen Bezieher, streiten, diese Dinge sollten am Ende der Tagesordnung stehen. Vorher zuerst Inhalte diskutieren, Inhalte ausverhandeln und dann über diese Dinge, wie, wer soll es beziehen und welche Bemessungsgrundlagen werden hier zugrunde gelegt, auf die Tagesordnung bringen. Und deshalb ab auf den Verhandlungstisch oder in diesen Unterausschuss oder wie auch immer, wir sind auf jeden Fall bereit als soziale Heimatpartei, uns hier für die sozial schwachen Grazer auch einzusetzen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GRin. Mag^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für mich ist das heute ein sehr positiver Tag in Richtung Sozialpass und gemeinsamer Vorgangsweise. Als KPÖ haben wir im Prinzip ja seit 1995 immer wieder das eingebracht, und es hat vor einigen Jahren ja auch den einstimmigen Beschluss gegeben und es war eine gemeinsame Willenskundgebung. In der Zwischenzeit sind einfach bestimmte Dingen noch nicht passiert, die Grundlage aber für eine gemeinsame Zusammenarbeit sind und so sehe ich auch jetzt die jetzige Vorgangsweise und wir haben als KPÖ im Prinzip immer wieder auch angeführt, dass man ressortübergreifend vor allem, also nicht nur jetzt im Sozialressort, bestehende Ansprüche auflisten muss, überlegen muss, in welche Richtung soll es gehen, und das kann man aus meiner Sicht am besten, indem man sich gemeinsam zusammensetzt, auch aus den anderen Ressorts Informationen einholt, und auf dieser Grundlage muss ich ausgehend davon überlegen, in welcher Weise können wir für welche Bezugsgruppe dann letztendlich welche Maßnahmen setzen und das sehe ich als eine positive Entwicklung und freue mich quasi auf eine gemeinsame Zusammenarbeit und wünsche mir auch noch aus den anderen Ressorts entsprechend vergleichbare Datenmaterialien wie das, was uns jetzt vom Sozialressort schon vorliegt, auf das wir gut aufbauen können. Danke (*Applaus KPÖ*).

StRin. Mag^a Drⁱⁿ. **Schröck:** Ja, liebe KollegInnen auf der Regierungsbank, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte! Ich bin tatsächlich verwundert und überrascht über diesen dringlichen Antrag. Und, liebe Ulli Taberhofer, für mich war gestern ein positiver Tag, denn gestern haben wir die Projektgruppe eingerichtet und ich betone jetzt noch einmal, Projektgruppe, es heißt nämlich nicht Unterausschuss, das sei jetzt nur in Klammer gesagt, ich will jetzt keinen Definitionsstreit machen, aber ich kann nur darauf verweisen, wenn Sie sich unsicher sind, noch einmal beim der Magistratsdirektion nachzufragen, es ist eine Projektgruppe, die wir eingerichtet haben. Und ich habe bei dieser gestrigen Projektgruppe sogar einen Termin nächste Woche angeboten, der war nicht möglich...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wenn der Ausschuss einen Unterausschuss...

StRin. Mag^a Drⁱⁿ. **Schröck:** Herr Klubobmann, Sie irren sich. Reden Sie mit der Magistratsdirektion. Ich habe einen Termin nächste Woche angeboten, am 27., der war leider nicht möglich, ich habe den zweiten November angeboten, der war leider nicht möglich, wir haben jetzt den ehestmöglichen Termin am 3. November eingerichtet. Und ich frage mich, was das für eine politische Vorgehensweise ist, wenn wir gestern im Einvernehmen diese Projektgruppe initiieren und uns darüber einig sind, dass wir alle den Sozialpass wollen und dass wir ihn alle mit Mitte des nächsten Jahres einführen wollen. Warum muss da jetzt ein dringlicher Antrag gemacht werden, wo mir ausgerichtet wird, dass irgendwelche Unterlagen, die sehr ungenau definiert sind, dringend an den Unterausschuss übermittelt werden. Es wäre wesentlich einfacher gewesen, gestern im Sozialausschuss zu besprechen, welche konkreten Zahlen sollen vorliegen, diese Zahlen wären heute schon zur Verfügung

gestanden (*Applaus SPÖ*), das hätte man wesentlich einfacher machen können. Meines Erachtens haben wir gestern noch darüber gesprochen, dass wir nicht mehr im Gemeinderat wieder drüber reden wollen, sondern dass diese Projektgruppe jetzt aktiv wird...

Zwischenruf GR. Hohensinner unverständlich.

StRin. Mag^a Drⁱⁿ. **Schröck**: Doch, lieber Kurt, das haben wir schon gesagt, der Kollege Baumann hat mir auch zugestimmt, es wird schön langsam langweilig, wenn du dich richtig erinnerst. Vielleicht hast du da gerade nicht aufgepasst. Meines Erachtens ist dieser Antrag nicht notwendig, er ist eigentlich obsolet, aber offensichtlich ist das letzte Woche gegenüber der Presse so kommuniziert worden, dass dieser dringliche Antrag heute unbedingt kommen muss. Wir werden diesem Antrag natürlich zustimmen, der Sozialpass ist für uns dringlich, ich werde natürlich auch zustimmen, die Unterlagen zur Verfügung zu stellen, bitte jedoch um genauere Definition, das ist mir alles ein bisschen zu allgemein und möchte noch mit einem Zitat schließen: „Es geht nicht darum, mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen, sondern es geht darum, mit den Augen nach einer Türe zu suchen“ (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz**: Frau Stadträtin Schröck, jetzt erklären Sie uns fünf Minuten, warum dieser Antrag der Grünen und der KPÖ und der Volkspartei nicht nötig ist,...

Zwischenruf StRin. Mag^a Drⁱⁿ. Schröck unverständlich.

GR. **Grosz:** ...ja offenbar, aber für Filipustern sind selbst fünf Minuten nicht ausreichend, da reden Sie bei einem Ihrer unzähligen Parteitage, da können Sie stundenlang reden, weil es hört Ihnen dort eh keiner mehr zu. Aber, nun noch einmal zurückzukommen, Sie können nicht fünf Minuten reden, dass dieser Antrag Makulatur ist und eigentlich für nichts da ist und auf der anderen Seite sagen Sie dann, ja Sie werden dem Antrag dann doch zustimmen, also für irgendetwas müssen Sie sich entscheiden. Aber es zeigt einmal mehr, warum dieser Antrag sehr wohl offensichtlich wichtig ist, weil im Antrag auch begründet ist, abgesehen davon, dass die Sozialdemokratie in dem Bereich keine Linie hat, aber weil auch begründet ist, dass seit dem Herbst 2007 bis zum Februar 2011 sich der Gemeinderat mehrfach damit befasst hat und mehrheitliche Beschlüsse befasst hat, die die zuständigen Stadtsenatsreferenten oder denen die zuständigen Stadtsenatsreferenten eben nicht nachgekommen sind. Und jetzt sind wir dort, jetzt diskutieren wir über das, was wir jetzt schon seit zwei Monaten kritisieren, dass Ihre internen Streitigkeiten in der Grazer Sozialdemokratie die Sozialpolitik dieser Stadt gelähmt haben. Genau das ist es jetzt. Edlinger weg, Riedler kommt, Riedler weg, Herper da, Herper weg, Müller da, Müller weg und jetzt sind wir bei Schröck. Das ist ja die Reise nach Jerusalem, die Geschichte, nein in der Stadtsenatsverantwortung, das ist ja kein Durchgehhaus und keine Frühstücksdirektion die Grazer Stadtregierung und ist ja auch, mit Verlaub gesagt, kein Durchgehhaus für Ihre Sonderparteitage, die Sie im Halbjahrestakt ständig hier abhalten, Frau Kollegin Schröck, und daher sage ich...

Zwischenruf GR. Eichberger: Du musst dich melden, Grosz weg, Grosz da.

GR. **Grosz:** Ich danke für den wunderbaren Zwischenruf und danke, dass der Kollege Eichberger, der Möchtegernstadtrat der SPÖ, der jetzt eh schon darauf spitzelt, mir die Verantwortung eines Stadtrates zumisst, Regierungsverantwortung hat jetzt der Grosz plötzlich, also so wichtig ist er, ob er jetzt drei Monate im Gemeinderat ist oder nicht, da steht die Stadt komplett still oder was? Also das ist jetzt die Begründung. Aber wenn innerhalb von drei Jahren sechs Mal das Regierungspersonal der Sozialdemokratie gewechselt wird, und unterm Strich ist seit dem Jahr 2007 beim Sozialpass nichts weitergegangen, weil Sie es offenbar nicht verstehen, weil Sie offenbar nicht willens sind und dann wundern Sie sich, warum es einen dringlichen Antrag gibt, Frau Kollegin Schröck, dann müssen Sie wirklich das System noch einmal lernen und vor allem, Sie sollten einmal, bevor Sie Zitate lernen, Zitate abschreiben über Augen, über Sehen und Lesen, sollten Sie einmal eine Selbstbetrachtung durchführen, ob das, was Sie so tun, so gescheit ist (*Applaus BZÖ*).

GRin. **Bergmann:** Ich wollte mich eigentlich heute nicht zu Wort melden, weil ich gedacht habe, dass das eigentlich klar ist, und dieser Antrag war für uns eigentlich wichtig, wenn es einen Gemeinderatsbeschluss dazu gibt, dass diese Projektgruppe wirklich legitimiert wird mit einem Gemeinderatsbeschluss, dann hat es einfach für uns jetzt, für unsere Fraktion, einen wesentlich größeren Wert beziehungsweise ist das sozusagen vom Gemeinderat, ich hoffe, einstimmig legitimiert. Aber auf die Frage, liebe Frau Stadträtin, dass in diesem Antrag nicht formuliert ist, was sich die Antragsteller hier für Datenmaterial wünschen, möchte ich einfach nur noch einmal vorlesen, das sind vor allem die Aufstellungen über die bisher gewährten Ermäßigungen und Zuschüsse des Hauses Graz sowie die derzeit jeweils geltenden Anspruchsvoraussetzungen und der Umfang des BezieherInnenkreises sowie die Auflistung der derzeit anfallenden Kosten für die Bonifikationen und den Verwaltungsaufwand. Also ich glaube, da ist ein Teil zumindest hier in diesem Antrag schon formuliert, was sich diese Projektgruppe, was wir uns vorstellen, als Erstes an

Daten zu haben. Du hast gestern im Sozialausschuss, und das finden wir auch sehr lobenswert und aner kennenswert, bereits eure ersten Überlegungen uns dargelegt und da habt ihr natürlich bestimmte Punkte angeführt und diese Zahlen, da steht eigentlich überall nur Gebührenermäßigung, Kostenübernahme, Gebührenerlass, also in welchem Umfang sich das bei den einzelnen Bereichen betrifft, das ist aus diesem Zahlenmaterial, das wir gestern im Sozialausschuss bekommen haben, nicht klar, um das geht es. Und ich glaube, man sollte jetzt nicht polemisieren, sondern es reicht doch, wenn wir diesen Antrag beschließen, dass es wichtig ist, dass diese Projektgruppe arbeitet und es werden sich unter Umständen während der Arbeit dieser Projektgruppe noch andere Daten unter Umständen, die man braucht oder die man sich anschauen will, ergeben. Und ich glaube, wir sollten hier keinen politischen Hickhack machen, sondern es geht wirklich darum, dass wir hier einmal ins Arbeiten kommen, wir haben auch festgestellt, dass die Bandbreite, welche Fraktion sich unter dem Sozialpass als Arbeitstitel jetzt was vorstellt, das ist hier noch sehr weit gestreut, das heißt, wir müssen in dieser Projektgruppe einmal jetzt festlegen, was ist umsetzbar, was ist finanziell möglich, was kann budgetiert werden und was kann, wie du auch den Termin genannt hast, bis Mitte 2012 überhaupt erreicht werden, und das sollte einfach der Diskussionsinhalt in dieser Projektgruppe sein. Aus diesem Grund möchte ich hier keine divergierende Diskussion, die hier entsteht. Danke (*Applaus ÖVP, Grüne und KPÖ*).

GR. **Baumann:** Die große Koalition um den Sozialpass ist noch ein wenig fragil. Ich teile die Ansichten vom Kollegen Grosz, aber auch die Diktion, also den Inhalt sehr wohl vom Kollegen Sippel, nicht die Diktion, also ich glaube, dass an der Nichteinführung oder Nichtarbeit am Sozialpass nicht die schwierige Situation der Grazer SPÖ im Moment ausschlaggebend ist, sondern es ist schon seit vielen Jahren auch davor nicht an diesem Sozialpass ausreichend gearbeitet worden. Wir werden in dieser Projektgruppe die großen Ziele definierten müssen, die Zielgruppe definieren

müssen, wir werden auch Stufen diskutieren müssen, wir werden Vorbereitungen treffen müsse, welche Partner und Partnerinnen wir miteinbeziehen, welche Gespräche noch zu führen sind mit Holding, mit den anderen Beteiligungen. Ich glaube aber, um auf diesen Antrag zurückzukommen, dass dieser Antrag wichtig ist, es hat ja auch gezeigt, dass es erstmalig bis auf kleine Ausrutscher in der Polemik erstmalig keine inhaltlichen Divergenzen hier herinnen diskutiert wird und das ist das, was ich gemeint habe, ich möchte nicht im Gemeinderat über die Details diskutieren und nicht über die Cent-Beträge, die Ermäßigungen im Sozialpass festgehalten werden, sondern wir werden dann, wenn wir gemeinsam in der Projektgruppe, im Unterausschuss ein Ergebnis haben und abgestimmt, wir sind ja noch nicht so weit, wir müssen auch noch die Ziele ganz klar zusammenbringen, wenn wir dann gemeinsam diesen Sozialpass skizziert haben, der dann von deiner Abteilung auch quasi fertiggemacht wird, aufbereitet wird in einem Gemeinderatsstück, ich hoffe dass die nächste Diskussion eine Diskussion über ein Gemeinderatsstück ist, Sozialpass, dass wir dann im Gemeinderat einen Sozialpass beschließen können, der im Vorfeld von allen Fraktionen und von allen Beteiligten gutgeheißen wird. Und ich wünsche dir, Martina, und uns einen Sprint mit Ausdauer, es ist eine Mittelstrecke, die wir jetzt da zu leisten haben in knapp zehn Monaten, acht Monaten, einen Sozialpass auf die Füße zu stellen, auf den wir dann alle stolz sein können und vor allem, dass die benachteiligten Menschen in Graz ein Instrument haben, um Armut ein wenig verringert zu erleben. Dankeschön (*Applaus Grüne*).

GRin. **Potzinger:** Einmal mehr möchte ich betonen, die Einrichtung eines Unterausschusses oder nennen wir das Gremium um Gottes Namen Projektgruppe, daran soll das Ganze nicht scheitern, das ist kein Fehdehandschuh, das ist eine ausgestreckte Hand, um gemeinsam auf einem guten Weg zu gehen. Mit dem Kopf durch die Wand geht gar nichts, mit den Augen nach der Tür suchen, das tut die SPÖ schon lange, mindestens seit 1995. Unser lieber hochgeschätzter Kollege Mario

Kowald ist ein großartiger Politiker, braucht für seine Arbeit, um gut durch die Welt zu kommen einen Blindenstock, um sich zurechtzufinden. Vielleicht braucht die SPÖ auch ein Instrumentarium, das mithilft, dass sehr wohl die Augen nach der Türe gerichtet werden können, dass man einen guten Weg in die Zukunft findet. Wir wollen kein parteipolitisches Hickhack. Ihr lieben Kolleginnen und Kollegen, die ihr schon lange im hohen Haus seid, ihr erinnert euch an die Entstehungsgeschichte der sozial gestaffelten Tarife bei den Kindergärten. Wir haben lange gemeinsam beraten, eine Projektgruppe hat das Team der damaligen ressortzuständigen Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl begleitet und wir haben dann gemeinsam ein sehr gutes Ergebnis präsentiert, das österreichweit Vorbildwirkung bekommen hat. Natürlich hat die Frau Stadträtin den Erfolg für sich verkaufen können, ist ihr gutes Recht und das Gleiche gönnen wir der Frau Drⁱⁿ Martina Schröck. Aber wenn wir gemeinsam den Weg weisen und zum guten Ergebnis kommen, dann wird nicht passieren, dass eine Fraktion allein ein Stück vorbereitet, das dann im Ausschuss zerpfückt wird und das kurz vor der nächsten Wahl zu einem Hickhack führt, sondern dass wir an der Sozialbasis uns in der Menschenrechtsstadt Graz so wichtig, wir sind den Vorbereitungsweg gemeinsam gegangen. Ich möchte die Wortmeldungen, die jetzt waren, nicht im Einzelnen kommentieren, sie waren wertvoll, vor allem auch dahingehend, welche Daten wir brauchen. Wir haben gestern, wie gesagt, dieses zusammenfassende Handout bekommen, wo noch wenige Zahlen drinnen sind, und die Projektgruppe wird am 3. November dann ganz klar definieren, welche Zahlen wir im Detail brauchen, und da geht es dann schon um Detailzahlen, die in diesem Papier nicht enthalten sind. Seriöse Sozialpolitik ist unser Ziel, es kann nicht sein, dass nur im Stadtratsbüro Lebensmittelgutscheine verteilt werden, die dann beim Billa umgesetzt werden in Alkohol, das ist nicht das, was wir uns unter Armutsbekämpfung vorstellen, es muss ganz klare Kriterien geben, wer in welchem Umfang anspruchsberechtigt ist, deshalb ein intelligentes Stufenkonzept, nicht alles oder nichts, ich habe keine Namen genannt, ich gebe nur wider, was ich höre, ohne jetzt Namen zu nennen. Fest steht, dass wir hier im Hause eine große gemeinsame Meinung haben, dass wir einen Sozialpass, ein solches Instrument wollen, dass wir den Weg gemeinsam gehen und

dass alle Fraktionen mitarbeiten werden und die Sozialstadträtin dabei unterstützen werden, dass die soziale Gerechtigkeit im höchsten Ausmaß verwirklicht wird. Danke, ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Am Beispiel Auster und Eishalle: Kostengünstigere Tarife bei städtischer Infrastruktur für die GrazerInnen

GR. **Herper** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Herr Stadtrat Gerhard Rüschi, werte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht noch einen Satz zum Vorhergehenden. Auch wenn man schon sehr lange in diesem Gemeinderatssitzungssaal ist und einige Debatten über die Jahre miterlebt hat, manchmal schüttelt es mich doch noch immer, wenn ich denke, dass man eigentlich sagt, deine Rede sei ja ja, nein nein, aber wie oft Honig ums Maul geschmiert wird oder wenn zumindest Dinge behauptet werden, ohne sie zu belegen, dann denke ich mir schon, es ist ja nur eine Frage des Stils, wie man miteinander umgeht und wie man eine Sache wie den Sozialpass gemeinsam auch durchträgt. Aber gut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Verena im Speziellen! Städtische Infrastruktur wird – das steht wohl außer Streit – zu einem Gutteil durch die Steuermittel der Grazerinnen und Grazer finanziert: sowohl was die Errichtung als auch den laufenden Betrieb betrifft. Die Inanspruchnahme städtischer Infrastruktur sollte damit auch für alle Grazerinnen und Grazer leistbar sein. Gerade in Zeiten wie heute, wo die Leute von Sorgen geplagt werden, im Besonderen, wenn nach der Finanzkrise eine weitere Wirtschaftskrise droht und die Belastungen ständig steigen.

Dem ist aber nicht so, wie erst in den jüngsten Tagen wieder am Beispiel der sogenannten „Auster“ offenkundig wurde. Dass Graz mit der „Auster“ über ein Schmuckstück verfügt, ist offenkundig, ist durchaus erfreulich – weniger erfreulich ist, dass dieses Schmuckstück angesichts der Eintrittspreise vielen Grazer Familien verschlossen bleibt. Denn dass die Saisonkarte für eine Familie mit zwei Kindern beispielsweise um fast 22 Prozent teurer geworden ist, das ist untragbar: 379 Euro auf den Tisch zu legen, ist für viele Familien ein Ding der Unmöglichkeit, das können sich viele schlicht und einfach nicht leisten. Bei solchen Tarifen wird Baden für viele Grazer Familien zum wirklichen Luxus, das sollte uns auch bewusst sein trotz unserer wohlbekömmlichen Situation, in der wir hier herinnen sitzen.

Ähnliches, was die Tarifgestaltungen betrifft, gilt ja auch für die Eishalle Liebenau. Viele Grazer Pflichtschulen müssen aufgrund der hohen Kosten auf das Schuleislaufen verzichten. Und kleine Grazer Eisportvereine wechseln mittlerweile aufgrund der hohen Kosten ins Umland, nach Hart oder nach Frohnleiten. Manche Grazer Vereine trainieren auch in Weiz zur Freude der Eltern der Nachwuchsspieler, die zu jedem Training so weit fahren müssen, ja sogar in Kapfenberg. Bezeichnendes Beispiel: Von einem Grazer Eislauftrainer werden etwa regelmäßig seine NachwuchsläuferInnen in Andritz eingesammelt und mit einem Kleinbus nach Frohnleiten transportiert – diese Mühen nimmt er in Kauf, weil es trotz hoher Spritpreise sowohl für den Verein als auch die Eltern immer noch billiger ist, mit Grazer Kindern nach Frohnleiten auszuweichen, statt mit ihnen in der Grazer Eishalle zu trainieren. Es erübrigt sich zu erwähnen, dass natürlich auch die Tarife für das Publikumslaufen in Hart oder Frohnleiten günstiger sind als in Graz.

Sorgen mit der Preisgestaltung, so wird mir schon angekündigt, haben auch die verschiedensten Vereine in der neu zu errichtenden Sporthalle in Liebenau, immer in Relation zu den zu zahlenden Preisen für Wettspiele, sprich Doppelstunde in anderen Grazer Sporthallen. Was natürlich auch – wie oben angeführt – zu „auswärtigen

Gastspielen“ führen wird, weil die beabsichtigten Preise in Liebenau nicht leistbar sein werden.

In sehr vielen Gemeinden ist man längst dazu übergegangen, für die Nutzung von Infrastruktur, also Eishallen, Hallenbäder, etc. einfach unterschiedliche Tarife anzusetzen: für sogenannte „GemeindebürgerInnen“ beziehungsweise für ortsansässige Vereine und Schulen gibt es ermäßigte Tarife, für die sogenannten Ortsfremden gelten Normaltarife. Was jedoch in dieser Form mit dem EU-Recht in Bezug auf die Dienstleistungsrichtlinie im Widerspruch stehen dürfte, da sogenannte „Einheimischentarife“ als diskriminierend gewertet werden. Allerdings sind Begünstigungen von Ortsansässigen bei Preisen oder Tarifen in Ausnahmefällen zulässig; zum Beispiel, wenn deren Beiträge zur direkten Finanzierung von Einrichtungen dienen.

A priori jedenfalls festzuhalten, dass es keine wie auch immer gearteten Begünstigungen für Grazerinnen und Grazer bei der Inanspruchnahme von städtischer Infrastruktur geben kann, wäre daher falsch – zielführender ist meiner Meinung vielmehr, intensive Überlegungen anzustellen, wie im Einklang mit dem EU-Recht entsprechende Möglichkeiten für solche differenzierte Tarifgestaltungen aussehen könnten; dies als ein Beitrag dazu, dass sich mehr Grazer Familien die „Auster“ leisten können, dass mehr Grazer Schulen, Vereine, sportbegeisterte Kinder und Jugendliche die Eishalle Liebenau benützen können: und zwar endlich zu moderaten, vernünftigen Preisen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen werden im Sinne des Motivenberichtes aufgefordert zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen beziehungsweise Modelle denkbar wären, innerhalb des geltenden EU-Rechtes die Kosten für die Inanspruchnahme von

städtischer Infrastruktur beziehungsweise von Einrichtungen, die von städtischen Gesellschaften betrieben werden, zum Beispiel Auster, Eishalle Liebenau etc für Grazerinnen und Grazer, für Grazer Vereine, Schulen und Kindergärten dahingehend zu senken, als diesen – gegenüber den Normaltarifen - Ermäßigungen angeboten werden sollen. Ich bitte um Annahme (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 16.00 Uhr den Vorsitz.

GR. **Rajakovics** zur Dringlichkeit: Ich kann mich da ganz kurz fassen. Wir haben ja gerade vorhin darüber diskutiert, dass es eine umfangreiche Diskussion darüber geben soll, wer und in welchem Ausmaß und unter welchen Bedingungen eben in den Genuss einer Vergünstigung kommt, und das sollte in Zukunft über eine einheitliche Karte geregelt werden. Ob es dann ein Zugang ist aufgrund eines geringen Gehaltes, aufgrund von mehreren Kindern etc., wie das eben auch geregelt ist bei Zuzahlung zur Nachmittagsbetreuung oder auch im Kindergarten, das alles ist Thema dieser Projektgruppe/Unterausschuss zum Sozialpass und daher sehen wir das im Moment in der Form nicht dringlich, weil wir gerade beschlossen haben, dass wir das ja behandeln werden (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Jahn**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lieber Karl-Heinz! Von uns gibt es eine Zustimmung, was die Dringlichkeit betrifft, weil du ganz Recht hast, wir selber auch als Grüne schon immer wieder Initiativen eingebracht und haben auch dementsprechende Fragen in der Fragestunde gestellt, was die Tarifgestaltung betrifft. Wir wissen alle, es gibt insbesondere bei der Eishalle Probleme, einerseits es

gibt bei den Eiszeiten einen höheren Bedarf als momentan gut abdeckbar ist, es wird da schon zum Teil eng und zweitens, es ist aufgrund der Vorgaben von der Messe, die ja sehr streng sind, was die Finanzgebarung betrifft, auch durch die Erhöhung der Eispreise, wissen wir auch, dass es für manche Vereine eine schwierige Situation entstanden ist, nicht für alle, aber für manche, gerade auch die, die viel in der Jugendarbeit machen, das ist ganz richtig. Ähnliches kennen wir auch bei der Tarifgestaltung bei den Bädern, da gibt es durchaus auch Kommunen, die wesentlich kreativer sind in der Ticket- und in der Tarifgestaltung, die mehr verschiedene Module haben als was wir im Moment haben. Deswegen gibt es auch eine Zustimmung zur Dringlichkeit, allerdings was den Inhalt betrifft, diese Überlegung zu sagen, alle Einheimischen billiger und die Nichteinheimischen sollen mehr zahlen, das ist eigentlich nicht so wirklich unser Zugang. Wir sollten durchdiskutieren und zwar in Ruhe, was das tatsächlichen bringen würde. Also ich würde das auch sehr gerne diskutieren und ich möchte auch sehr gerne bei uns im Sportausschuss, dass wir uns mit diesem Thema auseinandersetzen. Was wir überlegen sollten ist, ob das sinnvoll ist mit der Arbeitsgruppe, die zum Sozialpass diskutiert, also gemeinsam zu diskutieren, müsste man sich anschauen. Mir ist allerdings da jetzt eine Beschlussfassung in der Art, wie ihr sie vorschlagt, zu schnell, wir müssen es bereden in Ruhe und ich würde auch wichtig finden, dass wir uns das Ziel setzen, dass wir für nächstes Jahr, vor allem, wenn die Badesaison wieder beginnt, dass man dann ein bisschen kreativere Tickets auch anbieten können als Stadt Graz und dementsprechend auch gemeinsam mit einem gemeinsamen Forderungskatalog an die Freizeitbetriebe herantreten, weil ich glaube, sonst wird das sowieso nichts, wenn wir nicht da herinnen einen Konsens haben, wohin die Reise gehen soll. Insofern Dringlichkeit ja, Inhalt leider nein (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Laufe der Diskussion sieht man, wie zerpfückt das ganze Thema ist und

dass viele wirklich aneinander vorbeireden beziehungsweise wirklich die Grundlagen nicht ausreichend noch da sind, um hier wirklich aufbauend und wirklich tätig zu werden. Ich gratuliere den Karl-Heinz Herper zu dem Antrag, weil er wirklich hier den Finger auf eine Wunde legt, nämlich dass diverse Einrichtungen, die städtischen Charakter haben, einfach für gewisse Bevölkerungsgruppen, Familien, Sportvereine usw. entweder nicht verfügbar sind oder finanziell einfach nicht mehr tragbar sind, dass man bereits in Umlandgemeinden nach Graz-Umgebung ausweicht. Und das ist eigentlich ein Skandal, dass hier die Landeshauptstadt Graz nicht entsprechende Infrastruktur anbieten kann. Aber es kommt auch aus der Diskussion, ich beziehe mich jetzt auch auf die Sozialpassdiskussion, klar hervor, dass zwar einerseits sehr positive Grundlagen zusammengetragen werden, wie die derzeitige zerklüftete sozialrechtliche Situation ist, das ist absolut richtig und, Frau Kollegin Potzinger, da unterstütze ich dich auch voll, aber auf der anderen Seite in keiner Weise, nicht einmal in einer Fraktion, geschweige denn fraktionsübergreifend, geregelt ist, wer, welche Bevölkerungsgruppen wirklich jetzt in besonderer Form zu Begünstigungen kommen sollen. Wenn man nicht weiß, wer eigentlich der Begünstigte ist, dann wird man auch dieses Maßnahmenpaket nicht hinreichend schnüren können. Das ist meine Kritik und ich denke mir, dass man einfach schaut irgendwas zusammenzuschustern, wo man nachhehr feststellt, das trifft eigentlich nicht den Kern der Sache sozialrechtlich, und auf der anderen Seite erkennt man dann womöglich, hoppla das Geld haben wir gar nicht zur Verfügung, um das zu machen, wir müssen dann runterschneiden etwas, das kann nicht der Gegenstand sein. Und in dem Antrag, und daher verstehe ich die ÖVP nicht in diesem Antrag, in dem Antrag, wo gefordert wird, einfach nur rechtliche Möglichkeiten zu suchen, um hier der heimischen Bevölkerung wirklich die Möglichkeit zu geben, zu ihrem Recht zu kommen, entsprechende Einrichtungen wirklich nutzbar machen zu können und finanzieren zu können, da verstehe ich diese ablehnende Haltung nicht, meine Zustimmung ist zu dem Antrag gegeben. Danke.

GR. **Herper**: Erstens bedanke ich mich bei der grünen Fraktion im Besonderen für die Bereitschaft, der Dringlichkeit die Zustimmung zu geben, weil sie das erkannt hat und selber schon Anträge gestellt hat diesbezüglich. Ich greife auch den Vorschlag meiner Kollegin, Klubvorsitzenden Christina Jahn, gerne auf, sie ist Vorsitzende des Sportausschusses, sollte der heute vorliegende Dringliche keine Mehrheit finden, sodass wir einen Sondertermin machen im Sportausschuss und die Themenlage auf den Tisch bringen und gemeinsam diskutieren, wie wir damit umgehen und wie wir weiter vorgehen. Ich bedanke mich für die Kooperation. Ganz verstehe ich nicht, Thomas, dass du das Ganze vermantschen willst mit dem Sozialpass, weil das sind zwei verschiedene Paar Schuhe und wir sollten es doch so konsequent trennen, wie es die Kollegin Jahn gemacht hat, wir machen einen Sondersportausschuss und beschäftigen uns mit den Themen Eishalle und Auster und Co. Bedanke mich bei allen, die dem Dringlichen ihre Zustimmung geben. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** zum Antrag: Ich möchte gerne nur ein paar Dinge klarstellen, weil sie so, wie sie im Antrag vom Karl-Heinz Herper gestellt worden sind, einfach nicht stimmen, und wenn er auch schon sehr lange hier im Gemeinderatssaal ist, ich denke, recherchieren sollte man immer sehr genau. Und zwar möchte ich einfach das Beispiel mit Hart bei Graz und auch mit Frohnleiten bringen. Und zwar muss es einfach einmal klar sein der Zusammenhang, der gerade bei solchen dringlichen Anträgen gibt zum Budget, auch wenn er formal nicht gegeben ist, der dringliche Antrag dann durchgegeben kann, aber es ist völlig klar, wenn die Tarife sowohl bei der Auster als auch beim Eisstadion Liebenau reduziert werden, dann bedeutet das eine höhere Budgetbelastung der Stadt Graz. Das muss klar sein, das muss auch allen klar sein, die das befürworten. Wir haben im Stadion Liebenau Tarife gehabt bis vor

einem Jahr in der Höhe von Sommer 86 Euro pro Stunde, im Winter 70 Euro pro Stunde, im Durchschnitt also 76 Euro pro Stunden. Wir haben Kosten laut unserer Kostenrechnung einen Tarif von zirka 250 Euro pro Stunde, das sind ganz simpel die Kosten der Halle. Wenn man hochrechnet für alle Vereine, für das Publikumslaufen, für das Schaulaufen, dann fördert die Stadt Graz den Eislaufsport pro Jahr um rund 670.000 Euro. Ich weiß nicht, ob Ihnen klar ist, wie hoch diese Summe ist, das ist zum Beispiel dieselbe Summe, so wie wir den steirischen Herbst fördern, ich sage das immer meinem Kollegen Detlev Eisel-Eiselsberg, wenn er sagt, dass die Kultur so viel mehr gefördert wird als der Sport, das stimmt, aber es ist nicht so, dass wir den Sport ausschließlich über die unmittelbaren Subventionen fördern, die es über das Sportbudget gibt. Das ist zum Beispiel eine sehr bemerkenswerte Summe, 670.000 Euro subventioniert die Stadt Graz den Eislaufsport. Wir haben in zwei Schritten die Tarife erhöht und zwar von 76 beziehungsweise 70 auf 120 Euro pro Stunde. In Hart bei Graz ist der Sommertarif bei 130 und im Winter bei 110 Euro. Also das ist durchaus ein vergleichbarer Tarif. Frohnleiten ist günstiger, kostet 80 Euro sowohl im Sommer als auch im Winter, muss aber dazusagen, dass die Möglichkeiten, die selbst unsere alte, vielleicht auch veraltete, Eishalle bietet, andere sind als wie sowohl in Hart als auch in Frohnleiten, denn es gibt einfach Zuschauerräume, etwa die Spitzensportvereine Graz, die 99ers würde sicherlich nicht nach Hart gehen, nach Frohnleiten, weil da keine Zuschauer sind. Das heißt aber natürlich auch, dass die Kosten dieser Halle, dieser Eishalle von uns in Graz höher sind als in Hart und in Frohnleiten. Ich möchte insofern zusammenfassen, wir haben Tarife gehabt, die einfach aufgrund der Kostensituation nicht haltbar waren. Wir haben diese Tarife in der Eishalle angehoben und sind jetzt durchaus auf Niveau, wir sind nicht höher, es gibt einzelne Tarife, die sind durchaus günstiger, aber in Summe vom Angebot nicht höher als wie in der Umgebung, sodass ich glaube, dass diese Tarife durchaus gerechtfertigt waren und diese Tarifierhebungen auch durchaus gerechtfertigt sind. Im Übrigen haben wir uns geeinigt gemeinsam mit dem Sportamt, dass wir in diesen Übergangsjahren, als diese Erhöhung gekommen ist, einen Teil dieser Mehrkosten jedenfalls abfedern, indem wir eine zusätzliche Subventionen gewährt haben. Ich

bitte Sie, das einfach zu berücksichtigen und auch daran zu denken, dass dieser unmittelbare Zusammenhang zwischen reduzierten Preisen und Budget ein ganz, ganz linearer ist (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper**: Einen Satz, Frau Vorsitzende, lieber Gerhard. Ich rede nicht über den Spitzensport, ich rede auch nicht über die 99ers, ich rede über Kinder, Familien, die wirklich sich Sorgen machen, wie sie mit ihrem Budget zurande kommen. Ich rede über Schulen, ich rede über Kindergärten, ich rede über kleine Grazer Vereine. Das wollte ich nur zur Begutachtung deiner Stellungnahme sagen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 16.15 Uhr den Vorsitz.

3) Gestaltungskriterien und Maßnahmen für mehr Sicherheit

GRin. **Haas-Wippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Haas-Wippel**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sicherheit wird laut Wikipedia als Zustand definiert, der frei ist von vertretbaren Risiken der Beeinträchtigung oder als gefahrenfrei angesehen wird. Unter dem Begriff Sicherheit ist aber nicht nur die Sicherheit vor Unfällen, sondern auch die Sicherheit vor Belästigungen und kriminellen Handlungen zu sehen.

Unüberlegt gestaltete öffentliche und halböffentliche Räume erzeugen nicht nur bei Frauen und älteren Menschen ein Gefühl von Unsicherheit oder Bedrohung – vor allem nachts.

Dieses Angstgefühl hat durchaus weit reichende, aber kaum beachtete Konsequenzen für den Alltag der Betroffenen und schränkt insbesondere Frauen in ihrer Bewegungsfreiheit ein. Um bedrohlichen Situationen aus dem Weg zu gehen, nehmen sie Umwege in Kauf oder lassen sich in ihrer Mobilität und ihren Aktivitäten einschränken.

Vor allem an Orten, die wesentliche Mobilitätspunkte sind, wie wichtige Wegeverbindungen, Eingänge von Gebäuden und Zugänge zu Haltestellen, ist die Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten bei der Gestaltung ganz wesentlich.

Es gibt viele gestalterische und bauliche Möglichkeiten, die sowohl die Sicherheit als auch das subjektive Sicherheitsempfinden verbessern können.

Ziel muss es sein, dass künftig bereits im Planungsstadium darauf geachtet wird, „bauliche Angsträume“ zu vermeiden und damit insbesondere Frauen bei der ungehinderten und sicheren Aneignung des öffentlichen Raumes zu unterstützen. Dies soll unter Einbeziehung des Sicherheitsbeauftragten erfolgen, unter Einbeziehung der Stadträtin, der Frauenstadträtin, unter Einbeziehung des Referates Frauen und Gleichstellung.

So tragen zum Beispiel das Vermeiden einer ausschließlichen Beleuchtung der Fahrbahn und stattdessen eine verstärkte Berücksichtigung der Ausleuchtung von Gehsteigen zur gendergerechten Umsetzung der öffentlichen Beleuchtung bei – so profitieren Frauen und Männer gleichermaßen von gut funktionierender Straßenbeleuchtung.

Nach dem Prinzip "Sehen und gesehen werden" soll die Sicherheit und das persönliche Sicherheitsgefühl erhöht und damit die Chancengleichheit in der Mobilität ermöglicht werden.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion folgenden

dringlichen Antrag:

Es soll die Umsetzung von Gestaltungskriterien für sicher empfundene öffentliche Räume geprüft werden, wie Verbesserungen bei den laufenden Instandhaltungen der bestehenden Beleuchtungen erfolgen können, und auch die Beleuchtungssituation der Tiefgaragen soll einer kritischen Bestandsaufnahme im Sinne des Gender Mainstreaming unterzogen werden.

Des Weiteren soll die Erstellung eines Handbuchs „Richtlinien für eine sichere Stadt“ geprüft werden, um künftig bereits im Planungsstadium darauf zu achten, dass „bauliche Angsträume“ vermieden werden. Ich bitte um Annahme (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Haas-Wippel:** Ich freue mich irrsinnig, da komme ich wirklich nicht gerne zur Ruhe, wenn so eine Dynamik und so ein Verständnis seitens der Kolleginnen und Kollegen da sind. Alle sagen ja, keine Diskussion, ich freue mich schon auf das Handbuch und zum Beispiel die Tiefgaragen, da gibt es wirklich einfache Maßnahmen, die man baulich durchführen kann und das wird besonders den Finanzstadtrat freuen, weil das sind keine zusätzlichen Kosten, da gibt es genaue Richtlinien, wenn man zum Beispiel die Wände mit einer hellen Farbe, die reflektierend ist, bestreicht, dass das Licht eben besser reflektiert wird, weniger Stützen, weniger Sichtbarrieren. Die Türen zu Tiefgaragen sollen Fenster haben, einen Zugang nach außen und, und, und. Also Dinge, die man in einem Handbuch festschreiben soll, um dann da entsprechend bauliche Maßnahmen setzen muss. Aber herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Als Nächstes habe ich eine Frage, und zwar würde jetzt folgender dringliche Antrag von der Gemeinderätin Sigrid Binder vorgetragen, sie wird derzeit, soviel ich weiß, vom Zahnarzt geplagt, kommt aber so schnell wie möglich zurück. Frage ist, ob Sie einverstanden sind, dass wir diesen dringlichen Antrag an das Ende der dringlichen Anträge verschieben?

Keine Gegenstimmen

4) Parteienfinanzierung

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein wesentlicher Bestandteil von demokratischen Gesellschaften sind politische Parteien. Wir Grünen bekennen uns zu Parteien und wollen die Unabhängigkeit der Parteien unterstützen, auch durch öffentliche Subventionen. Allerdings darf und soll die Öffentlichkeit für diese Unterstützung auch eine Gegenleistung erwarten. Eine notwendige Gegenleistung ist die Transparenz der Parteienfinanzierung. Die Gründe für diese Transparenz brauchen in Zeiten wie diesen wohl nicht näher erläutert werden, Korruption, Korruptionsverdacht nahezu jeden Tag in den Zeitungen, leider nicht immer ganz unbegründet.

Diese Transparenz dient nicht nur dem allgemeinen öffentlichen Interesse, diese Transparenz wird zum Beispiel vom Ministerkomitee des Europarates im Zuge der – offensichtlich leider dringend notwendigen – Anti-Korruptionspolitik eingefordert. Trotz dieser Empfehlung des Europarates und trotz all der Auffälligkeiten in letzter Zeit wurden weder auf Bundes- noch auf Landesebene entsprechende Gesetze erlassen.

In der Steiermark gibt es eine viel versprechende und fast beschlussfertige Gesetzesvorlage, konkret das Gesetz über die Förderung der politischen Parteien, Entwurf vom 4.3.2010, Kopie ist im Antrag auch beigefügt. Seit der Landtagswahl und der darauf folgenden Reformpartnerschaft wurde es um diese wichtige Reform allerdings sehr still. Es ist ganz besonders schade, weil auch viele andere Leute, zum Beispiel der ehemalige Rechnungshofpräsident Fiedler, diesen Entwurf als Vorzeigentwurf gelobt hat, und genau diese wichtigen Entwürfe bleiben eben auf der Strecke.

Der Gemeinderat der Stadt Graz kann keine Gesetze erlassen, wir müssen aber auch nicht untätig bleiben. Die Parteienförderung für die Stadt Graz wird jedes Jahr mit dem Budget im Kapitel „Subventionen und Beiträge“ mitbeschlossen. Derartige Subventionen für Parteien soll es hinkünftig nur mehr für jene Parteien geben, die bereit sind, ihre Finanzgebarung offen zu legen. Als Maßstab der Offenlegung ist der 6. Abschnitt des oben erwähnten Gesetzesentwurfes anzuwenden.

Insbesondere sind Parteispenden gesondert auszuweisen, Spenderinnen und Spender, die im Jahr über 1.000 Euro spenden, sind namentlich zu erwähnen, das wäre eine Möglichkeit, Korruption hintanzustellen. Unseres Erachtens hat die Öffentlichkeit ein legitimes Interesse an der Transparenz derartiger Zahlungen. Schließlich könnte ja die Vermutung bestehen, dass bei höheren Geldspenden legale und vielleicht auch illegale Gegenleistungen erbracht werden. Hier bedarf es einfach mehr Transparenz.

Völlig unakzeptabel unseres Erachtens auch noch zwei weitere Details der Grazer Parteienförderung. Für die Subventionen an Parteien ist derzeit überhaupt kein Verwendungsnachweis notwendig – eine klare Ungleichbehandlung gegenüber anderen Subventionsnehmern. Allerdings ist der reine Verwendungsnachweis noch immer kein ausreichendes Mittel gegen die oben erwähnte Intransparenz und zur Verringerung der Korruption, aber trotzdem eine wohl notwendige und wichtige Pflichtübung.

Außerdem erhalten die Parteien in Graz Sondersubventionen für den Betrieb von Jugend- und Studierendenheimen. Diese an sich sinnvollen Subventionen sollen natürlich allen BetreiberInnen von derartigen Heimen gleichermaßen zur Verfügung stehen, eine Sonderstellung der Parteien und eine Subvention nach Parteiengröße und nicht nach Größe der Heime sind nicht begründbar.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Klubobleutekonferenz wird unter Einbeziehung der jeweiligen Parteivorsitzenden beauftragt, zum Thema Transparenz der städtischen Parteienfinanzierung Richtlinien zu erarbeiten. Dabei sind folgende Vorschläge in die Verhandlungen einzubeziehen:

a) Gültigkeit der städtischen Subventionsordnung auch für Subventionen an politische Parteien.

b) Die Mittel der Töpfe 1 („Parteienförderung“) und 2 („Diverse Subventionen“), auch diese Bezeichnungen gibt es, der politischen Subventionen sollen nur mehr jenen Parteien gewährt werden, die sich zur Offenlegung ihrer Parteikassen im Sinne des

6. Abschnittes des Entwurfes zum Steiermärkischen Parteienförderungsgesetz 2010 verpflichten. Insbesondere sollen, wie bereits erwähnt, Parteispenden von über 1.000 Euro und die Gesamteinnahmen der Parteien aus eigener wirtschaftlicher Tätigkeit offengelegt werden. Es gibt ja Parteien unter uns, die für dünne Gutachten sehr viel Geld erhalten, wie der Kollege Grosz sicherlich weiß.

c) Die Mittel der Töpfe 3 („Jugendheime“) und 4 („Studentenheime“) der politischen Subventionen sollen nicht nur politischen Parteien, sondern allen HeimbetreiberInnen gleichermaßen zugänglich sein. Die dafür vorgesehenen Mittel an politische Parteien sollen dem für Jugendheime und Studentenheime zuständigen Ressort zuzuschlagen und sinngemäß verwendet werden.

Ein Zwischenbericht über den Fortgang der Verhandlungen ist dem Gemeinderat bis Ende 1. Quartals 2012 durch das Präsidialamt vorzulegen. Ich bitte um Annahme
(*Applaus Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 16.20 Uhr den Vorsitz.

StRin. **Kahr** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Transparenz bei der Parteienfinanzierung ist für uns selbstverständlich, ist eine lange Forderung auch von uns und alles, was du hier vorgetragen hast im Motivenbericht, ist inhaltlich nur zu unterstreichen. Parteienförderung und auch Subventionen, Subventionen für Jugendheime und auch für Studierendenheime müssen transparent nachvollziehbar und auch offengelegt werden. Deshalb werde wir allen drei Punkten nicht nur der Dringlichkeit, sondern selbstverständlich auch dem Inhalt zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Das war klar, dass diese Initiative von Ihnen, von den Grünen, heute kommt, auch die Grazer Grünen müssen natürlich als Erfüllungsgehilfe der Bundespartei mit aller Kraft versuchen, ein künstliches Saubermann-, bei Ihnen heißt es eher Sauberfrau-Image herzustellen. Ob das gelingt bei einer Politik á la Peter Pilz, sei allerdings dahingestellt. In der Tat, das Thema Parteienfinanzierung ist in Zeiten der allgemeinen Einsparungen immer dringlich, deshalb gibt es natürlich von uns auch Zustimmung zur Dringlichkeit. Wir sind gerne bereit, darüber auch in Form einer Klubobleutekonferenz zu diskutieren. Über was wir ebenso diskutieren können, das ist über eine bessere oder auch von mir aus auch mehr Kontrolle bezüglich den Parteifinzen zum Beispiel durch externe Wirtschaftsprüfer, wir haben da absolut nichts zu verbergen. Was für uns aber mit Sicherheit nicht in Frage kommt, ist ein Klubparteienfinanzstrip, nennen wir es einmal so, der in Wirklichkeit nur eines fördert, nämlich grüne Schnüffelei und eine unnötige öffentliche Rechtfertigungsdebatte für die Selbstverständlichkeit der Parteienfinanzierung in unserer Stadt und in unserem Land. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.30 Uhr den Vorsitz.

GR. **Grosz**: Herr Gemeinderat, wir unterstützen den Antrag der Grünen selbstverständlich, eine wertvolle Initiative, gläserne Parteikassen, Offenlegung, das BZÖ wird sich hier sehr leicht tun, denn wer nichts in der Kasse hat, tut sich auch sehr leicht beim Offenlegen dieser Kasse, zumal auch das BZÖ jene Gruppierung ist, die zumindest aus diesem Gemeinderat oder aus dem Topf politische Subventionen mit Abstand am wenigsten von allen anderen bekommt. Jawohl, auch das wird gerne offengelegt und auch auf diesen Umstand wird gerne hingewiesen. Ich bitte nur um eines, und ich glaube es war nicht Absicht, sondern es ist offenbar in der Hektik

passiert, und zwar die Klubobleutekonferenz wird unter Einbeziehung der jeweiligen Parteivorsitzenden, ich würde daher vorschlagen, ich bringe jetzt zum dringlichen Antrag folgenden Abänderungsantrag ein: „Die Klubobleute und der Fraktionsvorsitzende werden unter Einbeziehung der jeweiligen...“

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Nein eine Abänderung, kein Zusatz, ich ändere direkt den Text ab: „...werden der jeweiligen Parteivorsitzenden beauftragt.“ Also Klubobleutekonferenz/die Einführung, Fraktionsvorsitzender, damit ist nämlich gewährleistet, dass tatsächlich alle am Tisch sitzen, die aus dem Topf politische Subventionen erstens etwas bekommen und daher auch verpflichtet sind, nach dem sehr guten Vorschlag des Kollegen Wohlfahrt offenzulegen. Ich glaube wirklich, das ist nicht absichtlich passiert, sondern eher unabsichtlich, weil halt die Klubobleutekonferenz ein Begriff ist, die Fraktionsvorsitzenden, die aber in der Geschäftsordnung als solche geschaffen sind, eben nicht und bitte, das nachzuholen. Ich glaube angesichts dieser Korruptionsfälle, dieses Korruptions-Tsunamis, der durch Österreich fegt, der über Österreich fegt, der über alle Schande bringt, der im Übrigen alle Parteien gleichermaßen betrifft, zumindest auf bundespolitischer Ebene...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz**: Nein bundespolitischer Ebene, und jetzt rede ich ja nicht von der Turmöl, das BZÖ betrifft mit Gorbach, jawohl, die Freiheitlichen betrifft mit Reichhold bis Scheuch, die Grünen, wenn ich heute das NEWS gelesen habe, offenkundig Langtaler und Moser in der Telekom, ich kann ja nur das zitieren, was ich im NEWS gelesen habe, also es ist nicht der Hohegger, der jetzt groß auspackt, also die Grünen involviert sind samt einer illegalen Parteienfinanzierung in Wien mit 220.000 Euro pro Jahr für den Herrn van der Bellen nach dem Motto, was war meine Leistung. Das ist ja auch zu diskutieren, aber das wird eh in diesem Untersuchungsausschuss diskutiert. Die ÖVP: Mensdorff-Pouilly, die Sozialdemokratie: Telekom, Inseratenvergabe, das bringt ja über alle Schande und das bringt bis zu den kleinsten Gemeinderäten natürlich eine Situation, wo jeder sagt, jeder Politiker ist ein Verbrecher. Und ich glaube, das Signal, das die Grünen hier, die Grazer Grünen zumindest, möchte es ja nicht mit den Wiener Grünen vergleichen, aber die Grazer Grünen hier senden, ist ein gutes, einmal zu zeigen, dass es gerade auf der Ebene von Gemeinden, auch in Ländern nicht nur kleinkriminelle Politiker gibt, sondern auch Politiker, die hier eine gute Vorgangsweise auch in der Parteifinanzierung treffen und daher unterstützen wir diesen Antrag.

Bgm. Mag. **Nagl**: Darf ich nur noch eine Konkretisierung haben, hätte der Gemeinderat Grosz gerne „Partei- und Fraktionsvorsitzende“, damit niemand ausgeschlossen ist.

GR. **Grosz**: Klubobleutekonferenz/Fraktionsvorsitzende unter Einbeziehung der jeweiligen Parteivorsitzenden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Du bist jetzt Fraktionsvorsitzender?

GR. **Grosz**: Fraktionsvorsitzender ist Schröck und ich bin Parteivorsitzender.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Jetzt ist alles klar.

GR. **Grosz**: Wenn wir hier wirklich diskutieren wollen und zwar fair diskutieren wollen, dann nimmt der Klubobmann...

Ah-Rufe aus den Reihen.

GR. **Grosz**: Ihr habt es notwendig, soviel Butter am Schädel, dass bei Sonne nicht hinausgehen könnt, aber wurscht. Also, wenn wir fair in dieser Runde diskutieren wollen, dann nehmen der Klubvorsitzende Piffel-Percevic für die ÖVP und der Parteivorsitzende Siegfried Nagl teil. Da nimmt der Klubvorsitzende Herper und die Parteivorsitzende Schröck teil, da nimmt auch beim BZÖ der Fraktionsvorsitzende statt dem, mangels an Klubobmann samt dem Parteivorsitzenden, also wir schinden uns keinen zusätzlichen Platz heraus, wie wohl wir sicherlich, Kollege Baumann, wie wohl wir sicherlich eine Kernkompetenz hätten, für saubere Parteikassen zu sorgen,

weil wer „Wir säubern Graz“ plakatiert, muss selbstverständlich immer seinen eigenen Stall auch sauber halten.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Dr. **Piffli-Percevic** zum Antrag: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Wir leben, so heißt es in der Bundesverfassung, in einer demokratischen Republik und das ist auch die Grundfeste in unserer Gesellschaft. Ihr Recht geht nämlich vom Volk aus, das Recht der Republik und damit das funktioniert, bedarf es einer pluralistischen Demokratie und das ist interessant, dass auch als Verfassungsbestimmung im Parteiengesetz des Bundes sozusagen als Sonderbestimmung zur Bundesverfassung die Existenz und Vielfalt politischer Parteien sind wesentliche Bestandteile der demokratischen Ordnung der Republik. Und ein vielfältiges Nebeneinander, heißt es bei einem Autor, ein vielfältiges Miteinander von verschiedenen Parteien ist erforderlich, damit das Ganze leben kann. Daher muss auch für die Existenzmöglichkeit dieser Parteien und dieser Vielfalt Sorge getragen werden. Das funktioniert einerseits durch Parteienförderungen. Wie wir wissen, das Parteiengesetz des Bundes stellt auf die im Nationalrat vertretenen Parteien ab, dort gibt es auch entsprechend dem Wahlerfolg sogar für Parteien, die nicht eingezogen sind, einen gewissen Grundsockel, damit das Werk, wenn ich das salopp sagen kann, auch funktioniert. Wenn es jetzt so Bestimmungen gibt und die, Kollege Wohlfahrt ist ein wertvoller Mitstreiter hier auch im Gemeinderat, aber er hat auch gut recherchiert, es gibt bekanntlich im Landtag einen Gesetzesentwurf für ein Parteienförderungsgesetz des Landes. Dort sind also diese Zitate, die auch in seinem Dringlichen angeführt sind, entnommen. Es ist eine Möglichkeit, eine Variante, dort Anleihen zu nehmen, aber es geht auch um das Parteienfinanzierungsgesetz des Bundes. Es ist kein einfaches Unterfangen, wir bekennen uns zur Transparenz, wir

bekennen uns zur pluralistischen Demokratie, wir bekennen uns daher zu Parteienförderungen und sind selbstverständlich jederzeit gerne bereit, auch darüber zu sprechen. Wenn es sein soll in einem Ausschuss ergänzt um die Fraktionsvorsitzenden des Hauses. Die ÖVP wird daher mit der Maßgabe nicht allen Punkten, aber doch dem wesentlichen Inhalt zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich kann der Vorrede von Peter Piffll durchaus über weite Strecken folgen. Grundsätzlich sage ich namens der sozialdemokratischen Fraktion ja zur Transparenz, ja zur Offenlegung, ja zur Klärung von Unklarheiten und durchaus auch für eine kritische Bestandsaufnahme, denn wir haben ja auch nichts zu verbergen und wollen auch nichts verbergen. Wir leben in einer Parteiendemokratie, so ist unsere demokratische Ordnung strukturiert. Wenn es eine bessere Methode oder Mittel gibt, den Willen der Bevölkerung oder Bevölkerungsinteressen oder bestimmter Interessen zu bündeln und zu befördern und zu transportieren, dann möge man es mir sagen. Vorläufig sind wir so strukturiert, wie wir sind in einer demokratischen Verfasstheit in dieser Republik und deswegen bekennen wir uns auch in diesem Sinne zur notwendigen Erhaltung, Förderung und Möglichkeiten, dass die Parteien auch ihrer Aufgabe gemäß die Interessen der Bevölkerung und Bevölkerungsteile wahrnehmen können. Ich bedanke mich für die Initiative, das ist eine sehr wichtige Initiative und wir bekennen uns auch, dass wir das in einer Klubobleutekonferenz/Fraktionsvorsitzende plus Parteivorsitzende behandeln werden. Bin auch dafür, dass wir zu bestimmter Zeit, so wie du das gefordert hast, lieber Gerhard, im ersten Quartal 2012 doch einen Zwischenbericht erhalten über den Fortgang der Verhandlungen der Gespräche und wir werden dem die Zustimmung geben, aber nicht in allen Punkten, weil es sollte doch dann erst in der Klubobleutekonferenz die Sachlage für und wider abgewogen werden und behandelt werden und nicht hier im Gemeinderat. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Danke für die schon angekündigte Unterstützung. Die inhaltliche Diskussion war ja sehr kurz, alle sind für Transparenz, aber keiner will sie näher definieren. Ok, man muss Diskussionen nicht vorgreifen, es ist schade, dass SPÖ und ÖVP im Landtag einen so tollen Entwurf schaffen und in der Stadt davon sich ganz schnell ein wenig distanzieren wollen. Aber vielleicht ist es ja auch nicht so, vielleicht geht das ja eh in diesem Sinne durch, aber im Sinne einer offenen Diskussion, die ich auch unterstütze, ändere ich meinen Antrag dahingehend ab, dass ich diese kritischen Punkte a), b), c), wo diese inhaltliche Festlegung drinnen ist, die ja momentan keiner diskutieren will im Gemeinderat, wie ich gesehen habe, im Motivenbericht raufnehmen als Begründung für das Ganze und der Antrag selbst dann nur mehr der Beschlusstext dahingehend ist, dass die Klubobleute plus Parteivorsitzende sich treffen mögen und den Bericht vorlegen und ich kann das andere auch im Motivenbericht raufnehmen, es muss eh dort diskutiert werden. Sie können sicher sein, ich bringe das dort wieder ein, Sie können sicher sein, das, was im Land schon geredet wurde, wird dort wieder zur Debatte stehen, also das, glaube ich, das ist schon wesentlich, aber rein formal sind natürlich ist dieser Konferenz nicht vorzugreifen und die Idee kann ich auch im Motivenbericht einbringen. Die Änderung von Gerald Grosz können wir unterstützen, sie sollen nämlich mitdiskutieren dürfen, er wäre jedenfalls davon betroffen, offenlegen zu müssen oder was dann halt beschlossen wird, so gesehen ist es legitim, dass er auch mitdiskutiert. Tut mir leid, ich wollte ihn nicht aussperren in dem Sinn, aber keine Sorge, bei der Transparenz wäre er ja auf jeden Fall dabei gewesen, weil ich nehme an, dass die Klubobleute hier eine sinnvolle Regelung finden, die alle erfassen. Sonst noch eine kleine Anmerkung, wie alle Parteien betroffen sind, nochmals auf Gerald Grosz, ich glaube, er verwechselt ein paar Sachen. Wenn ich Gerichtsverhandlungen, Gerichtsurteile erstinstanzlich und rechtskräftig auf eine Ebene stelle mit irgendwelchen komischen Anpflaumungen von irgendjemand, dann bin ich da etwas durcheinander. Es gibt rechtskräftige Verurteilungen in dem Bereich von anderen Parteien, es gibt jede Menge Gerichtsverfahren, Vorerhebungen durch die Staatsanwaltschaft und, und, und. Wir wissen, dass Korruption in Österreich offensichtlich viel intensiver auftritt

als bisher gedacht und es gibt Anschuldigungen von irgendjemanden, der selbst sehr tief im Schlamassel steckt mit einem Rundumschlag auch gegen Personen der Grünen Partei, hier sollte man doch etwas warten, was da dran ist, ein bisschen hinschauen und nicht alles sofort nachreden. Ich halte es auch für problematisch, wenn man von illegalen Parteifinanzierungen von van der Bellen redet, wenn das noch überhaupt nicht rechtskräftig entschieden ist. Also ich nehme an, da müssen wir aufpassen, damit der Herr Kollege Grosz da nicht Probleme kriegt. Ich meine, ich weiß, er ist geschützt durch Immunität hin und her, da kann man alles sagen, das Privileg hat nicht jeder, aber auf solche Privilegien zurückzugreifen, ist schon ein bisschen peinlich und ich würde vorsichtig sein mit illegalen Handlungen vorzuwerfen, bevor das noch nicht so klar ist. Und ich bin überzeugt davon, da ist nichts Illegales dran, aber wie gesagt, ich mache das bei anderen nicht a) aus Prinzip und b) bin ich halt nicht so gut geschützt wie andere. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Dr. Wohlfahrt, vielleicht auch noch eine Anmerkung, nachdem es sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene jetzt gesetzliche Neuregelungen geben werden kann, möchte ich nur darauf verweisen, dass zum Beispiel in der landesgesetzlichen Regelung bis zu sechs Punkten von verschiedenen Arten der Parteienförderung einmal ausgegangen wird und viele Parteien, auch auf der städtischen Ebene, gar nicht selbst rechtsfähig sind, sondern, wenn ich so sagen darf, Abteilungen oder Niederlassungen der Landes- oder Bundesparteien sind und aufgrund dessen ist es heute schon schwer, all den Punkten zuzustimmen, die Sie da einmal vorgeschlagen haben. Aber sie werden sowieso eingebracht in die Diskussion und ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher Punkt, und zweitens schaut die städtische Förderung seit mehr als zwei Jahrzehnten ganz anders und konträr zum Land, also wir haben noch nie einen Wahlkampfkostenersatz gehabt und vieles mehr. Also da gibt es viel zu besprechen und das möchte ich nur noch anmerken, weil Sie gesagt haben, Land, auch im Bund, es gibt viele Überlegungen, wir werden unsere

anstellen und ich bin mir sicher, dass wir auch eine Neuregelung für Graz finden werden. Jetzt darf ich zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen, wer dafür ist, dass wir nicht nur die Parteivorsitzenden, sondern auch den Fraktionsvorsitzenden miteinladen zu dieser vorbereitenden Arbeiten für den Gemeinderat, darf ich bitten um ein Zeichen mit der Hand.

Der Abänderungsantrag von GR. Grosz wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt kommen wir zum mittlerweile abgeänderten Antragstext, das heißt, wir vergleichen nur noch sicherheitshalber der erste Absatz und der letzte Absatz, das heißt, diese Konferenz wird einberufen, die Vorschläge sind jetzt nicht einzubeziehen quasi die fallen weg und zum Schluss kommt ein Zwischenbericht; über den Fortgang der Verhandlungen ist im Gemeinderat bis Ende erstes Quartal 2012 durch das Präsidialamt vorzulegen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Resolution zur Sicherung kommunaler Grundversorgung

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein dringlicher Antrag ist eine Resolution und behandelt die Sicherung kommunaler Grundversorgung. Sehr viele, sehr namhafte

Organisationen, wie die Armutskonferenz, Attac Österreich, GLOBAL 2000, Greenpeace und andere, auch Gewerkschaften, Teilgewerkschaften haben sich zu einer Allianz zusammengefunden, die sich nennt „Wege aus der Krise“. Diese Allianz hat sich zur Aufgabe gemacht, Informationen für sinnvolle Lösungen der Finanz- und Wirtschaftskrise an die Öffentlichkeit zu bringen und auch etwas dazu beizutragen, um Lösungen voranzutreiben.

Ein Schwerpunkt ihrer Aktionen ist die „Gemeinderesolution zur Sicherung kommunaler Grundversorgung“. Denn eines, und das wird euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, ja nicht fremd sein, die Aufgaben und Dienstleistungen, die Kommunen und Städte zu gewährleisten und abzusichern haben. Genau diese Absicherung wird immer schwieriger einzuhalten, wer von Ihnen die Zeitschrift „Kommunal“ einigermaßen regelmäßig durchschaut, wird auch immer wieder sehen, dass hier ganz massiv Kritik geübt wird, dass den Kommunen immer wieder Aufgaben übertragen werden, aber die Zusatzfinanzierung nicht mehr ausreicht.

Öffentliche Dienstleistungen sind ein wesentlicher Bestandteil des österreichischen Wirtschafts- und Sozialsystems. Und die BürgerInnen haben das Recht darauf, dass eine umfangreiche Palette von diesen Dienstleistungen sehr zuverlässig, sehr stabil, sehr effizient und auch mit hoher Qualität von den Kommunen und mit leistbaren Preisen gewährleistet werden.

Die österreichischen Städte und Gemeinden tragen auch eine wichtige Rolle und eine bedeutende Rolle dazu bei, dass diese Dienstleistungen erbracht werden. Allerdings stehen dem eben immer wieder geringer werdende Finanzierungen der öffentlichen Hand gegenüber und seit Jahren werden die finanziellen Möglichkeiten immer mehr eingengt. Die Kommunen können die Leistungen, die sie eigentlich zu erbringen hätten, nur mehr ganz, ganz schwer und doch auch schon mit einigen Abstrichen durchführen. Weil die finanziellen Belastungen immer höher werden und die Bevölkerung zusätzlich auch mit weiteren Belastungen wie Erhöhung von Tarifen etc. an die Kasse geben wird. Die Folgen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise belasten die öffentlichen Haushalte zusätzlich und verschärfen die ohnehin

angespannte Situation für die Kommunen. Schon bisher, und das wissen wir in Graz sehr genau, versuchen die Städte und die Kommunen auf ihrer Ebene durch Verwaltungs- und Personaleinsparungen ihrer prekären finanziellen Lage zu begegnen. Da weitere Effizienzsteigerungen über Einsparungen kaum mehr realisierbar sind, stehen Leistungseinsparungen für die Bevölkerung im Raum und das ist eine akute Bedrohung. Damit auch in Zukunft die Erbringung der öffentlichen Aufgaben durch die Kommunen gewährleistet ist, muss daher eine verteilungsgerechtere und breitere Finanzierung der Staatsausgaben durch den Ausbau vermögensbezogener Steuern erfolgen. Die Stadt Graz schließt sich, das wäre mein Wunsch, der Forderung an, dass eine faire Mittelaufteilung durch einen aufgabenorientierten Finanzausgleich und eine klare Kompetenzaufteilung zwischen den Gebietskörperschaften erfolgt, zusätzliches Geld aus dem Bundesbudget eingesetzt wird, um öffentliche Dienstleistungen wie Altenpflege, Gesundheitsdienste etc und kommunale Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge sicherzustellen und auszubauen sind. Eine Modernisierung der gemeindeeigenen Abgaben erfolgen müsste, Vermögen und Vermögenseinkommen beziehungsweise Vermögenszuwächse wie Zinsen, Dividenden, Kursgewinne oder Fondserträge grundsätzlich nicht geringer besteuert werden soll, als Arbeitseinkommen und das Finanztransaktionen EU-weit zu besteuern sind. Mit den daraus resultierenden Einnahmen und den frei werdenden Mitteln könnten gesellschaftlich wertvolle Arbeitsplätze im Gesundheitsbereich, im Bildungsbereich, in der Kinderbetreuung, im öffentlichen Verkehr usw. erneuerbare Energien geschaffen werden. Die Kommunen sind dadurch finanziell auch in der Lage, ihren Beitrag zu leisten und zahllosen Menschen in Österreich aus der Armut und der Armutgefährdung zu holen.

Wichtige Dinge, die uns bewusst sein müssten, die uns auch dazu bringen sollten, hier nicht nur schöne Worte zu verlieren, sondern natürlich auch mit dieser Resolution als Kommune ein wichtiges Zeichen zu setzen. 130 Kommunen in Österreich haben diese Resolution bereits beschlossen oder Bürgermeister haben sie unterschrieben.

Daher stelle ich im Namen meiner Fraktion den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz unterstützt und beschließt die im Motivenbericht dargestellte Resolution „Kommunale Grundversorgung sichern“. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Eber** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Bei diesem Überblickszettel bei der Fragestunde bist du ja, liebe Sigi, der ÖVP zugeordnet worden, das hat mich sehr gewundert. Jetzt stellst du einen dringlichen Antrag, du wirst den Grünen zugeordnet, es wundert mich auch eigentlich, es wundert mich deswegen, weil ich natürlich diesen Antrag vollinhaltlich unterstützen kann, dennoch sehe ich natürlich einen gewissen Widerspruch zwischen der Politik der ÖVP und der Grünen und dieser Resolution. Wenn ich denke an das Haus Graz, welche Diskussionen wir da geführt haben, welche Ausgliederungen da vorgenommen worden sind und wie wir ja zum Teil ja auch wissen, sind diese Ausgliederungen oftmals, ich will da nichts unterstellen, aber oftmals sind natürlich Ausgliederung eine Vorstufe zu Privatisierungen. Von da her halte ich diese Resolution, die du da eingebracht hast, die von diesen verschiedenen Organisationen ausgearbeitet worden sind, für sehr wichtig und natürlich auch für sehr dringlich, weil es ja wirklich eine Frage ist, wie kann man in dieser schwierigen Situation mit der Wirtschafts- und Finanzkrise auf kommunaler Ebene auch dagegensteuern und da glaube ich, ist es wirklich auch notwendig und wichtig, dass man mit den eigenen Betrieben, mit den eigenen Möglichkeiten, die man hat, da versucht, einerseits das bestmögliche Angebot für die Bevölkerung zu schaffen, andererseits natürlich auch versucht, hier qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu sichern beziehungsweise auch zu schaffen (*Applaus KPÖ*). In dem Zusammenhang möchte ich auch nur darauf verweisen, aber das liegt natürlich nicht an dir, sondern ist es sozusagen auch eine kleine Schwäche der

Resolution, dass beispielsweise leistbares Wohnen fehlt, was die Grundversorgung anbelangt, weil ich glaube auch, das ist eine kommunale Dienstleistung, die sehr wichtig ist. Von da her werden wir aber natürlich diesem dienstlichen Antrag sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt nach zustimmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Kolar:** Geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Sigi! Logisch ist das für mich natürlich auch eine sehr einfache und klare Positionierung hier, weil wir das ja auch als Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Kunst, Medium, Sportvereine, Berufe auch mitgestaltet haben. Wir stehen natürlich ganz besonders auch dazu, dass Städte und Kommunen, die ja hervorragende Dienstleistungen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern tagtäglich erbringen und damit für Lebensqualität, aber was natürlich auch sehr wichtig ist, für Standortqualität innerhalb unserer Städte und Gemeinden sorgen, und dass natürlich diese vielen Aufgaben, wie hier schon gesagt, übertragen wurden, wo das eine oder andere Mal logischerweise auch die finanziellen Mitteln gefehlt haben und wo die Wirtschaftskrise dazu beiträgt. Ich hoffe, dass unser dringlicher Antrag, den du da hier eingebracht hast, nicht nur von 138 oder 140 oder 139, wie sie jetzt sind, sondern von vielen dieser 2.352 Gemeinden, die es österreichweit gibt, dass die dann noch mittun. Angeschrieben haben wir sie alle, das darf ich hier sagen, das eine oder andere Mal hat es einen Bürgermeister gegeben, der schon aktiv geworden ist oder einen Gemeinderat. Ich finde es schön, dass hier der Grazer Gemeinderat mit einer dringlichen Resolution und mit dem dringlichen Antrag hier eben die Unterstützung erteilt und ich hoffe auch, dass das letztendlich in weitere Folge auch auf der Bundesebene und auf der Landesebene Gehör findet, dass man den Kommunen und Städten ihre Lebensader, ihren Lebensnerv nicht abschneidet. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Frölich**: Geschätzte Frau Kollegin und Antragstellerin, Herr Bürgermeister! Wir haben als ÖVP einen sehr, sehr guten Kontakt zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden des Städtebundes, der mir heute auch bestätigt hat, er sitzt hier vor Ihnen, der mir bestätigt hat, dass der Städtebund sich sehr eindringlich mit diesem Thema beschäftigt. Nicht zuletzt auch aufgrund der Tatsache, dass wir im Jahre 2010 einen Gemeinderatsbeschluss zustande gebracht haben, einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss zustande gebracht haben, Sie werden ihn kennen. Es lohnt sich ihn zu lesen, er ist, wie ich meine, noch etwas pointierter und zielorientierter als der von Ihnen heute eingebrachte, zielt aber genau auf dieselbe Problematik, die uns allen bewusst ist und die wir alle kennen. Wir wissen, dass der Städtebund sich mit diesem Thema intensiv auseinandersetzt. Wir haben damals auch das Thema der Transaktionssteuern miteingegenommen, auch das ist ein Thema gewesen. Die Vermögenssteuer ist eine eigene Geschichte, die steht da so nicht drinnen. Wir sehen hier eine Bewegung, wir sehen, dass das Bewusstsein über diesen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss des Grazer Gemeinderates geschaffen ist und der Städtebund diese Dinge in der Hand hat und ich bitte um Verständnis, dass wir der Dringlichkeit Ihres Antrages deshalb nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Darf ich vielleicht nur noch anmerken, dass aus meiner Sicht da drinnen auch ein Fehler ist, der korrigiert gehört, das kann man auch diesen Gruppierungen usw. ausrichten, ich glaube, dass die Finanztransaktionen EU-weit besteuert werden. Sollte auch weltweit ganz schnell ausgetauscht werden, weil dort liegt die Crux und darauf hat unser ehemaliger Vizekanzler Joschi Riegler auch als Präsident des ökosozialen Forums mit dem Marschallplan schon vor 20 Jahren hingewiesen, dass das eines Tages das auslösen wird, was wir heute leider auch jeden Tag in der Zeitung lesen müssen.

GRin. **Binder**: Kann ich durchaus vertreten, was Sie gesagt haben, Herr Bürgermeister. Dieser Resolutionstext, das möchte ich schon noch einmal sagen und Willi Kolar hat das ja auch gesagt, ist ja nicht von mir oder von uns formuliert worden. Ich habe diesen Text nur sehr gerne aufgegriffen, weil ich ihn für extrem wichtig halte. Und, liebe KollegInnen, wir werden über die Vermögenssteuer diskutieren müssen, nicht nur über die Transaktionssteuer, sondern über die Vermögenssteuer (*Applaus Grüne*) und da wird kein Weg vorbeiführen und wir werden der Wurzel auf den Grund gehen müssen, wie der Zahnarzt jetzt bei mir gemacht hat. Ich habe vor einigen Jahren, diese Tafel hier gezeigt und auf dieser Tafel hat sich überhaupt nichts geändert. Da geht es darum, vom Gesamtsteueraufkommen, weil man das so schwer lesen kann hinten, der Anteil der Vermögenssteuern am Gesamtsteueraufkommen und da stand damals Österreich im Vergleich von Großbritannien über Spanien, Schweden etc., Ungarn, stand Österreich an letzter Stelle mit ungefähr 1,7 %. Jetzt ist Österreich nur mehr an vorletzter Stelle mit 1,3 %, also das ist noch einmal gesunken, an letzter Stelle steht Tschechien mit 1,1 %, das war damals da noch nicht oben. Also irgendwie habe ich den Eindruck, das ist jetzt, glaube ich, sechs oder sieben Jahre her, es hat sich was getan, es ist noch schlimmer geworden, es ist noch schlimmer geworden und nach wie vor ist es so, dass beim Steueraufkommen Besteuerung der Arbeit immer noch den Löwenanteil ausmacht und das kann bitte so nicht sein, dass eine Umverteilung ständig in den letzten Jahrzehnten immer nur von unten nach oben geht, das kann nicht sein, das können wir nicht hinnehmen und dass natürlich die ÖVP da jetzt nicht mitgeht, tut mir wirklich leid und tut mir weh, muss ich wirklich sagen, weil es immer wieder, wir können nur dann echt stark sein, wenn wir da zusammenhalten und wie gesagt, da geht es ums Eingemachte. Aber was ist das Eingemachte? Das Eingemachte heißt auch Vermögenssteuer anschauen und angreifen und die Grundsteuer, wir haben, das möchte ich noch sagen, wir haben auch beschlossen, die Grundsteuer zu reformieren, mit der ÖVP haben wir das beschlossen, die Grundsteuer ist auch eine Vermögenssteuer, Grund ist Vermögen, also ich verstehe nicht, warum ihr dann immer so zurückzieht (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Mindestsicherung: Verschlechterungen aufheben

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, liebe Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bekanntlich ist die steirische Mindestsicherung vom Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit höchst mangelhaft. Das haben neben vielen Initiativen in unserem Lande sogar Sozialminister Hundstorfer und der UVS festgestellt. Eine Reparatur des Gesetzes im Landtag ist daher dringend notwendig.

Ohne die vielen anderen Mängel des geltenden Gesetzes vernachlässigen zu wollen, erscheint es geboten, vor allem darauf hinzuweisen, dass die Mindestsicherung – im Unterschied zur bisherigen Sozialhilfe – nur zwölf Mal und nicht vierzehn Mal ausbezahlt wird. Alle BezieherInnen verlieren dadurch mindestens rund € 1.100.

Damit wird das Verschlechterungsverbot der §-15a-Vereinbarung über die Mindestsicherung unterlaufen. Es wurde vereinbart, dass es in keinem Bundesland durch die Einführung der Mindestsicherung zu einer Verschlechterung gegenüber der jetzigen Sozialhilfe kommen soll. In der Steiermark wurde dieses Verschlechterungsverbot nicht eingehalten.

Mit dem ursprünglich behaupteten Ziel der Armutsbekämpfung hat die Mindestsicherung in unserem Bundesland daher nichts zu tun. Das Gesetz muss so schnell wie möglich repariert werden.

Ich stelle daher namens der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz wendet sich mit einer Petition im Sinne des Motivenberichtes an den Landesgesetzgeber und tritt dafür ein, dass dieser bei einer Reparatur des Landesgesetzes sicherstellt, die Mindestsicherung künftig 14 Mal auszubezahlen und das Verschlechterungsverbot der §-15 a-Vereinbarung einzuhalten. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

StRin. Mag^a Drⁱⁿ. **Schröck** zur Dringlichkeit: Ich möchte mich ganz kurz halten. Die SPÖ wird diesen Antrag natürlich unterstützen, ich habe das immer wieder gesagt, ich bin für eine 14-malige Auszahlung. Ich habe ein halbes Jahr nach Einführung der Mindestsicherung in Graz eine Statistik vorgelegt, die eindeutig gezeigt hat, dass die Armut nicht kleiner geworden ist in unserer Stadt, die Armut wächst und wächst und darum ist es dringend notwendig, die Mindestsicherung künftig 14 Mal auszubezahlen. Ich möchte nur darauf hinweisen, es ist von Seiten des Landes geplant in Parteienverhandlungen noch in November zu gehen und das Mindestsicherungsgesetz zu überarbeiten. Es gibt neben dieser 14maligen Auszahlung noch weitere Fehler, auf die hast du eh hingewiesen, Kollege Fabisch, ich denke, ein ganz großer Fehler, der zu beheben ist, ist das, wenn man in den ersten sechs Monaten, wenn man die Mindestsicherung bezieht, eine Arbeit annimmt, dass man dafür bestraft wird, das ist eigentlich genau gegen die Intentionen des Mindestsicherungsgesetzes, es war immer formuliert als Sprungbrett in den Arbeitsmarkt, es gibt einiges zu reparieren, aber ich sehe es auch so, das Dringendste ist wirklich die 14malige Auszahlung. Ich hoffe, dass die anderen Fraktionen diese Petition mitunterstützen. Von Seiten der SPÖ sagen wir zur Dringlichkeit ja und natürlich auch zum Inhalt ja (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Hohensinner** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, liebe Gäste auf der Galerie! Die Mindestsicherung oder die Idee der Mindestsicherung begleitet uns ja schon in den letzten Jahren. Vergangenen Dienstag hat es im Landtag eine Diskussion dazu gegeben, also über einige Stunden, ich weiß nicht, ob irgendwer dieser Diskussion gelauscht hat. Die SPÖ war es anscheinend nicht, das kann sonst nicht die Grundlage der Argumentation von unserer Sozialstadträtin sein. Die Erwartungshaltung in die Mindestsicherung war eine ganz, ganz große. Ich kann mich erinnern, wir haben sehr viel diskutiert, der Herr Stadtrat Eiselsberg hat einmal ein Bürgergeld vorgeschlagen, es hat verschiedenste Ideen gegeben und ich möchte heute den Zeitpunkt nutzen, dass ich gegenüberstelle die Ziele, die wir seinerzeit formuliert haben oder die Erwartungshaltung und was heute rausgekommen ist. Und da habe ich vier konkrete Punkte, der erste Punkt oder ein Ziel der Mindestsicherung war sicher, dass man eine Vereinbarung macht, dass man die neuen Sozialhilfegesetze einfach vereinfacht. Dieses Ziel wurde einfach nicht erreicht, wir haben heute neun Sozialhilfegesetze und neun Mindestsicherungsgesetze. Zweiter Punkt, die Bezugsberechtigten sollen besser abgesichert werden. Wenn man heute den Antragspiegel anschaut, gleich zwei dringliche Anträge beschäftigen sich mit der Mindestsicherung, also die Anspruchsberechtigten sehen heute keine Verbesserung zur Sozialhilfe zu vorher. Ziel Nummer drei, die Bürokratie soll sich vereinfachen. Ich kann mich erinnern, wir haben vor kurzer Zeit einen Sozialausschuss gehabt, da war der Herr Dr. Graf eingeladen, das ist der Regionalstellenleiter des AMS und er hat einfach erklärt, wie er sich momentan bemüht, alles umzusetzen und er hat gesagt, er hat es nicht geschafft mit den momentanen Mitarbeitern, er hat vier neue Mitarbeiter aufnehmen müssen. Das Sozialamt hat zwei Mitarbeiter zusätzlich aufnehmen müssen. Also die Vereinfachung oder die Bürokratie ist damit nicht weniger

geworden und das Ziel, das Hauptziel, den Leuten den Einstieg ins Erwerbsleben zu erleichtern, das ist auch leider nicht erreicht worden, das wissen wir heute und unsere Idee ist oder unsere Vorstellung von der Gesellschaft ist, dass man das Ganze gesamtheitlich sehen muss. Es ist so, dass jeder Mensch gebraucht wird, das ist unser Standpunkt, und es ist eine wechselseitige Verantwortung, die es gibt, das heißt, die Gesellschaft hilft (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) dem Individuum, wenn es dem Einzelnen schlecht geht, aber wir sehen auch, dass jeder Einzelne eine Verantwortung hat gegenüber der Gesellschaft. Und wir meinen auch, dass Geldleistungen allein, wenn jetzt die Mindestsicherung allein ausbezahlt wird, nicht wirklich der Weisheit letzter Schluss sind. Deswegen denken wir, der Mensch hat auch das Recht, Verantwortung zu übernehmen und wir fordern deshalb auch den Zugang zu gemeinnützigen Tätigkeiten, das haben wir schon einmal in diesem Haus gefordert. Zusammengefasst geht uns der KPÖ-Dringliche nicht weit genug, wir begrüßen die Initiative heute, aber die Mindestsicherung sollte eigentlich ein Fangnetz sein, dass jemand, dem es nicht so gut geht, aufgefangen wird und dass er in der Gesellschaft wieder eine Strickleiter bekommt, dass er reinkraxelt. Das ist es nicht, die Mindestsicherung ist zum heutigen Zeitpunkt leider ein Schweizer Käse. Es ist nicht die Unterstützung, die wir uns erwartet haben, deswegen werde ich heute einen Abänderungsantrag einbringen, den möchte ich jetzt verlesen und zwar: Namens der Klubs von ÖVP, FPÖ und BZÖ stelle ich den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen: „Die Stadt Graz wendet sich mit einer Petition an den Landesgesetzgeber und tritt dafür ein, dass das Steiermärkische Mindestsicherungsgesetz unter Einbeziehung der Sozialhilfeverbände sowie des Städte- und Gemeindebundes evaluiert und in weiterer Folge novelliert wird.“ Also gesamtheitlich das Ganze anschauen. Insbesondere sollen die rechtlichen Möglichkeiten geprüft werden, Bezieherinnen und Bezieher der Mindestsicherung einen, sofern gesundheitlich zumutbar, verpflichtenden gemeinnützigen Dienst von mindestens zehn Wochenstunden zu ermöglichen, um ihnen den Wiedereinstieg in ein geregeltes Erwerbsleben zu ermöglichen. Bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Bevor wir hier weiterdiskutieren, möchte ich a) um etwas ersuchen und b) darauf aufmerksam machen, dass mir ein Fehler beim Abstimmen passiert ist. Wie es um den dringlichen Antrag von Herrn Dr. Wohlfahrt gegangen ist, hat ja der Herr Gemeindevizeiter Grosz eine Änderung gewünscht, das war kein Abänderungsantrag, sondern es ist ja, nachdem nur der Fraktionsvorsitzende dazugekommen ist, ein Zusatzantrag, habe auch von der Reihenfolge her abgestimmt, aber wenn alle einverstanden sind, belassen wir es mit der Korrektur, die ich jetzt anbringe. Wenn jemand noch einmal abstimmen möchte, mir das bitte zu sagen.

GR. **Eber** zur Geschäftsordnung: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Zur Geschäftsordnung möchte ich schon Folgendes festhalten. Also was im dringlichen Antrag der KPÖ im Wesentlichen gefordert wird, ist die 14-malige Ausbezahlung der Mindestsicherung. Was im Abänderungsantrag von ÖVP, FPÖ und BZÖ gefordert wird, ist eigentlich ganz was anderes, nämlich eine verpflichtende Arbeitsleistung im Ausmaß von zehn Stunden, dass man die ermöglichen soll. Also von daher sehe ich den unmittelbaren Zusammenhang nicht und für mich ist das kein Abänderungsantrag, sondern eigentlich ein neuer, eigenständiger Antrag (*Applaus KPÖ und SPÖ*).

GR. **Grosz** zur Geschäftsordnung: ...weil inhaltlich komplett ident mit Ihrem Antrag, inhaltlich und daher auch zusammen zu verhandeln und daher auch als Abänderungsantrag zulässig. Und zwar aus schlichtweg einfachem Grund: Ich könnte auch zu diesem. Ihren Antrag jetzt zum Beispiel einen Antrag einbringen, der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen und an den Landesgesetzgeber herantreten und die Mindestsicherung sofort abzuschaffen. Auch das wäre möglich.

Komplett, Sie bringen das Thema aufs Tablett mit einem dringlichen Antrag als Trägerrakete gemäß Geschäftsordnung, unter anderem ist es erlaubt, das Mindestsicherungsgesetz, wo Sie Verbesserungen wollen, wir evaluieren wollen in erster Linie und das Zweite, was wir wollen, ist, dass wir endlich Leistungsanreize bei der Mindestsicherung einführen. Wo ist das bitte jetzt geschäftsordnungsgemäß ein Widerspruch zu Ihrem dringlichen Antrag? Nein, es heißt ja auch nicht, dass wir den zweiten Antrag, die genetische Kopie Ihres Antrages einbringen, deswegen steht ja Abänderungsantrag, dass wir was anderes wollen, ist ja wohl noch legitim und ich lasse mir wirklich nicht vorschreiben, dass wir die Geschäftsordnung biegen und wir uns das Recht nehmen lassen, sollen hier nicht einen Abänderungsantrag einzubringen, der inhaltlich mit der Materie komplett übereinstimmt, aber eben eine andere Intention hat. Punkt.

Zwischenruf GRin. Binder: Stimmt nicht.

GR. **Grosz:** Na was denn?

Bgm. Mag. **Nagl:** Darf ich einmal zur Geschäftsordnung zwei Dinge festhalten. Das Erste ist, der dringliche Antrag der KPÖ wird unter dem Titel Mindestsicherung, Verschlechterungen aufheben eingebracht. Man kann unterschiedliche Sichtweisen haben, was an der Mindestsicherung schlecht ist, die einen wollen ein 13. und 14. Gehalt zusätzlich, wir haben einen Vorschlag, der eher in Richtung einer Novelle, Petition und gesetzliche Veränderung geht. Ich glaube aber gar nicht, dass wir über

diesen Abänderungsantrag letzten Endes abstimmen werden, weil die Dringlichkeit ja voraussichtlich gar nicht gegeben sein wird. Aus diesem Grund...

Zwischenrufe: Die haben wir schon beschlossen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Haben wir schon beschlossen? Gut, dann wird drüber abgestimmt werden.

GR. **Grosz**: Ach wie ist das Thema doch schön, Mindestsicherung, vorher gerade von der Kollegin Binder, Vermögenssteuer. Frau Kollegin Binder, alle wünschen sich Mindestsicherung, Sozialpass, eine neue Autobahn, einen dritten Kreisverkehr, zweite Auster, jeder wünscht sich etwas, was auch immer. Und Faktum ist, dass wir in einem Land leben und in einer Stadt leben, der leider Gottes, aufgrund welcher Maßnahmen auch immer das Geld ausgegangen ist. Und weiteres Faktum ist, dass rund 70 % des Steueraufkommens in Österreich und damit auch in Graz von nur rund 20 % der Bevölkerung getragen werden. Östat, nein, nicht das ist nicht richtig, Östat, ich weiß schon, das ist eine der wenigen Institutionen in dem Land, wo Sie noch keine Umfragen fälschen können, aber es ist das Österreichische statistische Zentralamt, Östat, Punkt. Also, noch einmal, 70 % Steueraufkommen von 20 % erbracht. Währenddessen 2,6 Millionen Einkommensbezieher in Österreich überhaupt keine Einkommenssteuer zahlen, 2,6 Millionen Einkommensbezieher zahlen überhaupt keine Steuer. Aber in diesem sogenannten Topf, den Sie jeden Tag aufs neue verteilen, weil Sie offenbar in einem Keller Gelddruckmaschinen haben und dann in der Steiermark wahnwitzigerweise und in Österreich, und ich kritisiere es zutiefst,

eine Mindestsicherung eingeführt haben, gehen Sie jetzt her und wollen die 14-mal auch noch auszahlen. Erstens nicht finanziert und zweitens ohne Leistungsanreize. Immer mehr kommen wir drauf, dass wir mit dieser sogenannten vermaledeiten Mindestsicherung sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene als Politik etwas erreicht haben. Dass wir Menschen, die zwar arbeiten könnten, als Politik regelrecht in der Arbeitslosigkeit belassen, weil wir ihnen keine Anreize und keine Perspektiven geben, in die Leistungsgesellschaft zurückzukehren. Und jetzt rede ich nicht Leistungsgesellschaft als moderne Begriff, jeder muss leisten, jeder muss modern sein, jeder muss schön sein, nein, jeder muss seinen Beitrag in eine solidarische Gesellschaft erbringen und das tun sehr viele nicht. Sehr viele, weil sie nicht können, aber auch sehr viele, weil sie nicht wollen. Und Ihr System der Mindestsicherung zielt darauf ab, dass es jene bekommen, die es nur wollen, aber niemals jene auch bekommen, die es tatsächlich brauchen. Und jene, die es tatsächlich brauchen und jene, die tatsächlich es wollen, nicht dazu gezwungen werden, auch wieder dorthin zu kommen, dass sie einen Beitrag in die Solidargesellschaft leisten und da beißt sich der sprichwörtliche Hund in den eigenen Schwanz und das ist das Problem. Und das ist auch das Problem der Mindestsicherung, dass sie nicht leistungsorientiert ist, dass sie nicht Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zurückführt. So wie man in der Gesundheit auch denkt, wir denken in allen Bereichen in Österreich seit Kreisky denken wir überall gleich. Wir wollen Leute nicht wieder gesund machen, sondern wir wollen sie in der Krankheit belassen, weil in der Krankheit bringen sie ja unserer Medizinlobby viel mehr. Wir lassen Leute viel lieber in der Armut und fördern sie noch in der Armut, weil in der Leistung würden sie ja mündig werden und plötzlich draufkommen, was wir für ein System in Österreich haben. Das ist ja ein ideologisches Grabenfeld, dass wir hier betreten, sehr geehrte Damen und Herren. Und ich stehe dazu, dass wir in Österreich alles daran setzen müssen, dass wir Menschen im Leistungsprozess haben, so lange sie können, weil sie nur dadurch einen Beitrag in die solidarische Gesellschaft erbringen können. Und das ein Ungleichgewicht ist auch im Interesse des sogenannten viel zitierten Mittelstandes, dass dieser Mittelstand, diese 20 %, 70 % der Steuerleistungen in Österreich zahlen

dürfen aber keinerlei herausbekommen und dann gehen Sie her und sagen noch, Vermögenssteuer damit man noch die 13. oder 14. Mindestsicherung finanzieren können und meinen damit Vermögen, die über 100.000 Euro liegen im Jahr, ja die meinen Sie ja, da ist ja genau 100.000 die Grenze und ab dann ist der Mittelstand wieder vorbei zwischen 20.000 Euro und 100.000 Euro. Bei Ihnen ist ja einer, der 110.000 Euro im Jahr hat, ein Vermögender, der jetzt noch mehr Steuern zahlen muss, nachdem er eh schon 47 % Steuern zahlt und Abgaben zahlt und Sozialversicherungsabgaben zahlt und einer, der Erbschaftssteuer in Zukunft wieder nach Ihrer Methode zahlen muss, muss also das noch einmal versteuern, was sein Urgroßvater versteuert hat, seine Großmutter versteuert hat, seine Mutter versteuert hat, und wenn es nach Ihnen geht, versteuert er das gleiche Grundstück, die vermaledeiten 2000 Quadratmeter, das siebente Mal in einer Familie. Sehr geehrte Frau Kollegin Binder, so wie Sie sich Ihren Staat vorstellen, funktioniert es nicht, das ist nun leider das Problem. Sie müssen auch, wenn Sie sparen wollen und wenn Sie Einnahmenquellen erschließen wollen, endlich einmal sich selbst überdenken, an welchem System der aufgeblähten Verwaltung Sie selbst beteiligt sind und nicht bereit sind, auch Ihr System, wo Sie in Wien und jetzt in Graz beteiligt sind, einer Verwaltung, einem leistungsgerechten Prinzip zu unterwerfen. So werden Sie die 13. und 14. Mindestsicherung nicht finanzieren (*Applaus ÖVP und BZÖ*).

StRin. **Kahr**: Es ist manchmal wirklich gut, dass man eigentlich eh da diskutieren unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit, weil das trifft vielleicht auch auf jede Fraktion zu, auch nicht wir reden immer supergescheite Sachen, da nehme ich mich selber nicht aus, aber das, was jetzt da vorgeführt wird, ist schlichtweg alles nur Unsinn. Weil über was reden wir jetzt? Wir reden über eine Gruppe von Menschen in unserer Stadt Graz, die großteils, dass 100 % immer alles treffsicher ist, wie es schon heißt, das hat es in der Geschichte nie gegeben und wird es auch künftighin nicht geben. Aber zu 80 %, das traue ich mir ungeschauter sagen, weil ich habe mit Leuten tagtäglich zu tun,

die leider auf diese frühe Sozialhilfe und jetzt Mindestsicherung angewiesen sind und liebend gerne bereit wären, genau das, was vorhin da angesprochen worden ist, auch von dir, Gemeinderat Hohensinner, arbeiten zu gehen, die sind nicht glücklich, aber ein Großteil, und schau dir die Statistik an, sind ältere Menschen, die Jahrzehnte gearbeitet haben, die aber keine Arbeit mehr finden. Und jetzt möchte ich dir Folgendes sagen: Ich schicke künftighin wirklich Jeden und Jede, die ein Problem hat, auch zu eurer Fraktion, damit ihr einmal begreift, was das bedeutet, keinen 13. und 14. Monatsbezug zu haben, das war der einzige Notgroschen in der Vergangenheit für die Sozialhilfebezieher und wäre es auch jetzt für die Mindesthilfebezieher. Ich sage zum Beispiel Folgendes: Was sagst du einer Dame oder eine, Herrn, wo zu Hause der Boiler kaputt wird oder die Gastherme kaputt wird und solche Sachen, wo gehen denn die Leute hin, wenn sie es selber nicht zahlen können, nicht einmal ich privat hätte auf einmal so viel Geld, was das kostet. Wo gehen sie hin, sie gehen erst wieder zum Sozialamt, zur Sozialarbeiterin und zur Caritas und zu anderen Einrichtungen, weil sie es selbst nicht bewältigen können. Gar nicht zu reden, wie viele Leute es schon gibt, die gar keinen Zahnersatz oder irgendwelche Prothesen sich mehr machen, weil sie ja nur einen Teil rückerstattet bekommen. Ja, aber wenn ihr das wisst, dann frage ich mich, warum man sich wehrt, einen 13. und 14. Monatsbezug wieder einzufordern für jene Menschen, die auf Mindestsicherung angewiesen sind (*Applaus KPÖ und SPÖ*)?

GRin. **Binder:** Also ich bin auch erstaunt, dass dieser Abänderungsantrag durchgeht, und dass man sich jetzt sozusagen auf die Überschrift konzentriert und sagt, ja aber da steht ja das und das, aber der Inhalt des Antrages der KPÖ ist so was von klar und bezieht sich tatsächlich nur auf diese 14-malige Auszahlung der Mindestsicherung, wo ich mir denke, stellt doch bitte das nächste Mal einen eigenen dringlichen Antrag mit diesen Inhalten. Die sind ja auch nicht von der Hand zu weisen, aber in dem Fall hat das nichts zu tun und, Herr Grosz, irgendwie das Biowetter scheint Ihnen heute nicht

gut zu tun, weil ich weiß nicht, warum Sie so in Rage geraten, Sie hoffen natürlich, dass die Welt, wie ich sie mir vorstelle, so nicht zu realisieren ist. Ich sage Ihnen, ja meine Vision ist wirklich nicht so schnell zu realisieren, aber ich hoffe, dass Ihre und die Vorstellung der Welt Ihrer Freunde niemals Realität wird, weil was Sie mir da erzählen oder uns da erzählen (*Applaus SPÖ und KPÖ*) über diese Vermögensgeschichten und wer wie viel Steuer zahlt, ich möchte Ihnen schon sagen, und das ist nicht von mir gefälscht, weil ich wüsste gar nicht, wie ich Statistiken verschieben kann, ich war in Mathematik nie besonders gut, in Statistik habe ich es gerade noch irgendwie geschafft. Aber das vom ganzen Steueraufkommen 56 %, also knapp 57 %, nur aus der Lohnsteuer, also von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geleistet wird, das kann man nicht so wegwischen, wie Sie das machen und dann einen für mich doch sehr unseriösen Vergleich anstellen, und nur ganz kurz noch eine Information, die wird Sie auch interessieren. 1975 war das Aufkommen, also der Anteil von Lohnsteuer und Gewinnsteuer, zirka bei 18 % und bei beiden gleich. Heute ist das ganz anders, soll ich Ihnen das auch noch sagen? Das...

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Weil es keine Gewinne mehr gibt.

GRin. **Binder:** Ja, weil es keine Gewinne mehr gibt, ok. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Meine geschätzten Damen und Herren! Ich war im Finanzausgleichsverhandlungsteam damals mit dabei, wie das Thema der

Mindestsicherung aus meiner Sicht sehr schnell mit vielen anderen Regelungen vor der letzten Bundeswahl auf den Tisch gekommen ist, und jetzt sage ich das im vollsten Ton der Überzeugung, was ich damals auch gesagt habe, sich auf ein solches Mindestsicherungsmodell als ein additives einzulassen, ohne zu wissen, was das kosten wird, das ist durchgepeitscht worden, ich sage es, ist durchgepeitscht worden. Wir haben damals, und ich kann mich gut an die Kollegin Braun von Wien erinnern, die hat gesagt, ich habe ja keine Ahnung, was das überhaupt sein wird. Da hat es geheißen, der Finanzausgleich ist quasi unterbrochen in dem Augenblick, ich glaube es noch im Kopf zu haben, wenn es der Bundeshauptstadt Wien mehr als 50 Millionen Euro dann schon kostet, aber dann wird der Finanzausgleich quasi wieder weiterverhandelt, weil man nicht einmal weiß, auf was man sich einlässt. Und ich betrachte es nach wie vor, und da kann man gerne auch in benachbarte oder in europäische Länder schauen, dass es dringend an der Zeit ist, einmal darüber nachzudenken, was der ganze Sozialverwaltungsapparat in diesem Land kostet, was es für die Menschen letztendlich bedeutet, und es hat der Kollege Hohensinner zu Beginn ja schon gesagt und wir helfen und helfen und helfen, obwohl die Gelder dafür schon gar nicht mehr da sind. Wir haben zum Teil Familienzustände, und da brauche ich ja nicht extra darauf verweisen, es gibt mittlerweile Familien, in denen die Kinder gar nicht mehr wissen, was es bedeutet, wenn Eltern zur Arbeit gehen und es wird immer schwieriger, Menschen auch in Lohnbereichen, die nicht so hoch sind, zu erklären, warum es neben einer Grundabsicherung von Menschen ohne Arbeitsleistung auch noch eine solche Hülle und Fülle an anderen Sozialleistungen gibt. Ich kenne überhaupt niemanden, und ich werde mir die Mühe jetzt einmal machen und im Gemeinderat wirklich berichten darüber, Frau Stadträtin kann es uns vielleicht eher sagen, was auf Bundes-, Landes- und Stadtebene zusätzliche Förderungsmöglichkeiten und Freibeträge etc. entsteht, dass man das einfach einmal auf den Tisch kriegt. Wenn man die gesamte Verwaltung dazurechnet, ich bin ja bald soweit, dass ich sage, die Verwaltung kostet bald mehr an Geld innerhalb Österreichs als die Menschen, denen es nicht gut geht, und über das hätte nachgedacht werden sollen, deswegen habe ich mich auch vor wenigen Tagen einmal zu Wort gemeldet in

einer Tageszeitung und habe gesagt, diese Grundsicherung halte ich in manchen Bereichen für ungerecht, da bin ich dabei, man kann es nur nicht schnell lösen und sagen, 13 und 14, da sind wieder ein paar glücklich, wir glauben aber, und deswegen auch der heutige Antrag, es fehlt das wesentlichste Element einer Sozialpolitik unter dem Titel, dass jeder gebraucht wird, und wenn man endlich einmal wegkommen vor der Angst, dass das auf einmal, ich sage jetzt einmal ein Arbeitsdienst ist, wie man ihn historisch schon einmal hatte, sondern einfach einmal als Angebot versteht und sagt, Menschen kriegen eine Beschäftigung, sie dürfen an der Gemeinschaft wieder mitwirken, dann wird so eine Chance für die Menschen wieder aufgehen. Jahrelang zu Hause zu sein und dann nur mehr hinzurennen und zu sagen, es ist jetzt wieder weniger geworden, jetzt fehlt mir das 13. oder das 14., das befriedigt nicht und über das müsste endlich in der Republik gemeinsam ohne Zank und Hader diskutiert werden und auch diese ganzen Steuerdebatten, sind das Ertragssteuern, Vermögenssteuern etc. Es hat schon was für sich, dass viele Menschen sagen, muss ich das jetzt wirklich versteuern, was mir zum Teil mit fast 50 % schon versteuert haben, zusammengetragen haben und jedes Jahr etc. Da gibt es auch einen großen Unmut, also wenn ich sagen darf, beide Dinge, ich halte das nicht für einen Unsinn, was der Kollege Grosz gesagt hat, da gibt es viele Menschen, die verstehen die Republik nicht mehr und das sollte man einfach einmal alles wieder reintun. Ja, da gehören wir alle mittlerweile dazu und dieses System, das Sozialsystem, das nur darauf ausgeht, ich habe es im Drogenbereich da unten am Hauptplatz habe ich es mehrfach erlebt, helfen, helfen, helfen, ich habe gesagt, sagen wir den Menschen endlich wieder einmal, dass sie selbst auch was können.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein ich habe nicht nur die im Kopf, ich habe viele im Kopf, weil bei mir gibt es jeden Tag viele Menschen, die nicht ein noch aus wissen und die zu mir kommen und wo ich versuche zu helfen nicht nur als Bürgermeister, sondern auch noch andere Wege und Möglichkeiten suche. Es will sich bei uns manchmal, ich weiß nicht, manchmal finde ich es wirklich witzig, ich unterstelle da herinnen niemandem, dass er nicht wirklich den Menschen, denen es nicht gut geht, helfen will, manchen kannst du gar nicht mehr helfen, das tut besonders weh, das erleben wir auch und du hast es wahrscheinlich auch schon oft erlebt. Was ich mir einmal wünschen würde, wäre eine Durchforsten und ein Neuansatz, weil ich glaube, das, was wir auch mit dem Städtebund zum Schluss mitbeschlossen haben, uns alle nicht glücklich machen wird und schon gar nicht die Menschen, die betroffen sind, so das ist mein Plädoyer dafür (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag^a **Grabe** zur Geschäftsordnung: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu der Frage, warum jetzt der Antrag, der zusätzlich eingebracht wurde, als Abänderungsantrag zugelassen wurde, würde ich dringend bitten, dass das seitens der Magistratsdirektion in irgendeiner Form einmal ausführlich erläutert wird, in welchen Fällen das zulässig ist und in welchen nicht. Für meine Interpretation ist es jetzt eine völlige Umdrehung von dem ursprünglichen Zweck des Antrages. Sie können inhaltlich dafür oder dagegen sein, das ist eine völlig andere Frage, aber der inhaltliche Zweck ist ganz klar, 13. und 14. Mal diese Mindestsicherung auszubezahlen. Der sogenannte Abänderungsantrag macht inhaltlich was völlig anderes, was Ihnen unbenommen sei, dass Sie das inhaltlich fordern, aber dann mit einem eigenen Antrag, und die Frage für mich ist jetzt, was sind die Kriterien? Es ist wirklich, wie es jetzt geklungen hat, rein die Überschrift, weil im Betreffzweck steht Mindestsicherung, Verschlechterungen aufheben, so kann es ja wohl nicht sein, dass wäre absurd, wenn ich zum Beispiel einen Antrag habe zum Thema Verkehrsverbesserung und es steht im eigenen Antrag drinnen, daher Ausbau des

öffentlichen Verkehrs und es kommt irgendeine andere Mehrheit und macht daraus einen Abänderungsantrag zur Einführung von weiteren Pkw-Spuren, ist das genau das Gegenteil, obwohl in der Überschrift steht, Verkehrsverbesserung, so kann es ja, denke ich, nicht sein. Und wenn es wirklich so wäre, dann würde das zu den absurden Dingen führen, dass wir völlig barocke Titel anwenden. Da nennt man beim Antrag heute den Betreffantrag, dass die Stadt Graz sich mit einer Petition im Sinne des Motivenberichtes bla, bla, bla, kann man machen, aber das ist ja unsinnig, weil es inhaltlich was völlig anderes ist und den ursprünglichen Antrag aushebelt. Dann lehnen Sie den Antrag ab, das ist ok, aber den Antrag auszuhebeln und nur mit einer ganz groß allgemeinen Thematik, die halt natürlich zusammenpasst, weil es auch um die Mindestsicherung geht, den Inhalt völlig umzudrehen, das kann so nicht sein. Daher zur Geschäftsordnung, also ich bitte dringend, dass die Magistratsdirektion, ich weiß nicht in welcher Form das möglich ist, ausführliche Erläuterungen einmal macht, in welchen Fällen solche Abänderungen möglich sind und welche nicht und wie man sich, wenn man einen Antrag macht, dagegen schützen kann, dass der von einer anderen Mehrheit einfach umgedreht wird. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich könnte auch einige Beispiele aufzählen, wo das schon hier herinnen passiert ist, aber der Herr Magistratsdirektor kann vielleicht auch den Wunsch der Frau Gemeinderätin Grabe erfüllen.

Magistratsdirektor Mag. **Haidvogl**: Ich weiß nicht, ob die Antwort sehr befriedigend ist, aber es ist grundsätzlich so, dass Zusätze und Abänderungen einfach mit dem Hauptantrag in unmittelbaren Zusammenhang stehen müssen. Das heißt, es muss um den gleichen Antragsgegenstand gehen und das ist in dem Fall das Mindestsicherungsgesetz. Dass Abänderungsanträge ja ganz bewusst darauf gerichtet

sind, etwas anderes zu erreichen, liegt ja schon geradezu im Zweck des Abänderungsantrages. Die Grenze liegt nur darin und das sagt auch das Statut, dass Anträge, welche lediglich auf die Ablehnung des Antrages gerichtet sind, sind nicht Gegenstand der Abstimmung, das ist also die totale Umkehrung, aber sonst ist eine Abänderung ja ganz bewusst eine solche, die der Antragsteller eigentlich nicht will und so ist es, denke ich, auch in diesem Fall und durchaus auch bei allen Stücken, die auf der Tagesordnung stehen. Sobald ein Stück auf die Tagesordnung kommt und in die Verhandlung kommt, sind Abänderungen in alle Richtungen und zwar wirklich in alle Richtungen möglich.

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es verblüfft mich schon, wie bei einer sehr konkreten Forderung, natürlich im finanziellen Bereich, wo sonst, dann unheimlich bunte nebulöse Bilder und nette Phrasen auftauchen. Dann ist die Rede von ganzheitlicher Betrachtungsweise, Dienst am Gemeinwohl, Gebrauchtwagen, alles nette Phrasen. Das wir diesen Menschen, die jetzt eine absolute Verschlechterung erfahren, in keiner Weise helfen, erklären Sie das den 280.000 Arbeitslosen in Österreich, wenn man 40.000 offene Stellen haben, erklären Sie ihnen das. Auch das 13. und 14. als Gehalt zusätzliches Einkommen wird diesen Menschen garantiert keinen Luxus ermöglichen, glauben Sie mir das. Liebe ÖVP, Sie dürfen nicht vergessen, ihr dürft nicht vergessen, jeder Euro, der in diesem Einkommensbereich zusätzlich möglich ist, fließt in den Konsum, wäre eine elegante Form der Wirtschaftsförderung, dürft ihr nicht vergessen, und zum Abschluss möchte ich noch sagen, es ist nicht mehr so lange bis Weihnachten, auch diese Menschen würden gerne ihren Lieben oder vielleicht einmal sich ein kleines Weihnachtsgeschenk ermöglichen. Dankeschön (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*).

Der Abänderungsantrag von GR. Hohensinner wurde mit Mehrheit angenommen.

7) Mindestsicherung – Anteil für Wohnungsmieten

GRin. Mag^a **Taberhofer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Mag^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die „bedarforientierte Mindestsicherung“ wird ein halbes Jahr nach der Einführung, laut einer Zeitungsmeldung, von 5682 Personen in Graz in Anspruch genommen. Das bedeutet einen Zuwachs von 12% im Vergleich zum alten Sozialhilfesystem. Damit sind derzeit 40.400 Personen, da sind 16 %, in Graz armutsgefährdet. Der Betrag von 752,93 Euro pro Monat, der nur mehr 12 Mal im Jahr ausgezahlt wird, liegt weit unter der Armutsgrenze und trägt damit zur Armutsverfestigung vieler Menschen bei. Abgesehen von den finanziellen Nachteilen für die Anspruchsberechtigten verdeutlicht sich jetzt auch, dass auch organisatorische Mängel eine nachhaltige Hilfe für die Betroffenen erschweren. Konkret geht es um den Anteil für Wohnungsmieten. Er wird nunmehr an die EmpfängerInnen ausbezahlt und nicht mehr wie bisher direkt auf die jeweiligen Mietenkonto überwiesen. Wie im Rahmen der sozialen Wohnplattform, an der VertreterInnen des Wohnungsamtes, des Sozialamtes, des Jugendamtes, der gemeinnützigen Genossenschaften und der Caritas teilnehmen, festgestellt wurde, führt diese neue Praxis zu vermehrten Mietrückständen. Es ist nicht überraschend, dass viele BezieherInnen aufgrund des finanziellen Drucks den für die Wohnungsmiete gedachten Teil für andere dringend erforderliche Anschaffungen und Ausgaben aufwenden und so die Miete schuldig bleiben. Diese so entstandenen Mietrückstände können auch im Rahmen der Delogierungsprävention kaum noch abgebaut werden, so dass Delogierungen unvermeidlich werden. Abgesehen von der Not der betroffenen Familien wirkt sich

das aber auch auf das Sozialbudget der Stadt sowie der anderen helfenden Einrichtungen aus.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Das Sozialamt der Stadt Graz wird ersucht, an die zuständigen Stellen des Landes Steiermark heranzutreten, um eine Regelung zu finden, dass Mietzuschüsse wieder direkt auf die jeweiligen Mietenkonto überwiesen werden können, um damit letztendlich im Interesse der Menschen einer drohenden Delogierung aufgrund der Mietrückstände vorzubeugen (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 17.40 Uhr den Vorsitz.

StRin. Mag^a Drⁱⁿ. **Schröck**: Ich muss jetzt einmal eines aufklären, weil dieser Antrag geht von falschen Tatsachen aus. Grundsätzlich ist es so, im Steiermärkischen Mindestsicherungsgesetz ist festgehalten, dass grundsätzlich die Leistung als Geldleistung an die jeweilige Partei ausbezahlt ist. Das ist im § 9 festgehalten, begründet wird, zur Wahrung der eigenen Menschenwürde ist es notwendig, dass die Partei frei über die Art und Weise der Bestreitung des Lebensunterhaltes entscheiden kann. Also grundsätzlich sieht das Steiermärkische Mindestsicherungsgesetz vor, dass der gesamte Betrag an die Partei angewiesen wird. Wir haben jetzt jedoch schon die Möglichkeit, wie bei der Sozialhilfe, und da hat es anders, als du das begründet hast, Uli, schon auch immer die Möglichkeit gegeben, dass wir den Anteil der Wohnkosten direkt an den Vermieter überweisen. Wir können das vor allem auch dann machen,

wenn eine Delogierung droht, dann brauchen wir die Partei dazu gar nicht befragen. Es passiert jetzt im Sozialamt so, wenn ein neuer Antrag gestellt wird, dass die Partei gefragt wird, ob sie das direkt ausbezahlt haben möchte oder ob sie das an den Vermieter überweisen lassen möchte. 80 bis 85 % der Parteien wünschen, dass das Geld auf das Konto überwiesen wird und dass es nicht direkt an den Vermieter kommt. Jetzt ist halt die Frage, was wir politisch wollen, wollen wir eine einheitliche Regelung haben, dass der Mietanteil automatisch immer an den Vermieter überwiesen wird, davor möchte ich aber warnen, weil, wie gesagt, 80 bis 85 % wollen das nicht, und man muss ja auch überlegen, es ist natürlich auch stigmatisierend, weil was geht das den Vermieter an, ob die Partei die Mindestsicherung bekommt oder nicht, also das ist ein schmaler Grad, den wir da beschreiten. Du hast die Wohnplattform erwähnt, da geht es um alle Delogierungen in Graz und nicht nur um die Mindestsicherung. Bei der Mindestsicherung haben wir sogar einen Rückgang. 2010 waren 430 Fälle von Mietrückständen, das hat das Sozialamt 214.676 Euro gekostet, 2011 bis dato 192 Fälle mit 87.994 Euro. Also es ist ein deutlicher Rückgang da und, wie gesagt, es besteht jetzt schon die rechtliche Möglichkeit, dass Menschen entscheiden, dass der Mietanteil direkt an den Vermieter ausbezahlt wird. Ich weiß nicht, was jetzt wirklich die politische Intention der KPÖ ist, wenn es grundsätzlich um die Möglichkeit geht, das zu machen, dann haben wir überhaupt keinen Regelungsbedarf, dann ist dieser Antrag hiermit obsolet. Wenn es darum geht, dass alle automatisch an den Vermieter überwiesen werden, dann muss es tatsächlich eine Änderung des Landesgesetzes geben, dann müssen wir aber eine Petition an das Land machen. Ich für meine Fraktion sage, dass ich das nicht möchte, weil ich sage, dass die Parteien das selber entscheiden müssen, ob sie das haben wollen oder nicht. Wir werden daher der Dringlichkeit und dem Inhalt nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner**: Ich möchte jetzt ein bisschen aus meiner Arbeitspraxis in der Lebenshilfe erzählen, und für mich steht eigentlich auch die Selbstbestimmung ganz,

ganz weit oben. Ich begleite in meinem eigentlichen Beruf einige Familien und da habe ich die Erfahrung gemacht, und, liebe Frau Stadträtin, du hast schon Recht, der Antragsteller wird dann gefragt, soll das aufs Konto überwiesen werden oder soll das direkt dem Vermieter überwiesen werden. Das sind Familien, wo oft der Vater oder die Mutter spielsüchtig ist beziehungsweise der Alkoholsucht verfallen ist und da ist es so, das ist ein Selbstschutz für die ganze Familie, weil sehr oft war das der Fall, dass wir uns bemüht haben, dass das dann direkt überwiesen wird und da gehört irrsinnig viel Arbeit dazu, dass der Vater oder die Mutter dann einwilligt und dass man eben da eine direkte Leitung verschafft und ich würde da bitten, normalerweise Selbstbestimmung wirklich total übergeordnet, aber da ist es für die Familien ein Selbstschutz, und aus meiner Erfahrung würde ich bitten, dass man das rechtlich noch einmal klärt insgesamt und dass das, wie in der Sozialhilfe das eh ohnedies früher der Fall war, dass das direkt dann überwiesen wird, also wir werden hier der Dringlichkeit zustimmen und auch dem Inhalt (*Applaus ÖVP, Grüne und KPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß schon, dass es hier um die Abwägung von Rechten geht, aber ich bin besonders von einer Sozialstadträtin enttäuscht, die hier die Notwendigkeit, dass die Wohnversorgung wirklich durchgehend gewährleistet ist, nicht in dem Umfang sieht, das ist die eine Seite, weil ich glaube, das ist eine der wesentlichsten sozialpolitischen Maßnahmen, dass man hier Delogierungen im Vorfeld nach Möglichkeit verhindert und alle Maßnahmen trifft, um das zu gewährleisten. Und da ist natürlich für die Betroffenen gesellschaftlichen Gruppen, die hier eine staatliche Unterstützung bekommen, unter welchem Titel auch immer, ist absolut notwendig, dass man hier Vorsorge trifft, dass dieser Fall einfach nicht eintritt, und ich sage auch noch was gemäß dem Gleichheitsgrundsatz zwischen jenen, die das Geld ausbezahlt bekommen und einfach zum nächsten Billa- oder Spar-Geschäft gehen und das in Konsum umsetzen, der nicht unbedingt erforderlich ist, ich sage unter dem Stichwort

Genussmittel, und andere sparen sich das auf ihrem Freiheitsgrundsatz folgend und legen sich das Geld zurück, um die nächste Miete zu bezahlen, dann ist ja eine völlige Ungleichbehandlung der Personen gegeben, das ist nicht tolerierbar auch gegenüber dem Steuern- und Abgabenzahler, der dann zweimal zahlen muss, nämlich einmal die staatliche Förderung, die er bar auf die Hand ausbezahlt bekommt und das zweite Mal, um noch einmal in die Tasche zu greifen, um die Delogierung vielleicht noch im letzten Moment abzuwiegeln beziehungsweise nachher noch höhere Kosten aufzuwenden, um wieder eine neue Wohnung zu versorgen. Also solch eine Stellungnahme von einer Sozialstadträtin zu hören hier im Haus auf konkrete Frage nach einem dringlichen Antrag, bin ich wirklich sehr enttäuscht und ich denke mir meinen Teil. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

StRin. **Kahr** zum Antrag: Es liegt mir nämlich am Herzen und aus folgendem Grund: Prinzipiell gebe ich der Martina vollkommen Recht, wenn sie sagt, dass das Selbstbestimmungsrecht des Menschen was Wichtiges ist. Aber eines kannst du mir wirklich glauben aus sechs Jahren Zuständigkeit auch für das Wohnungsamt, wo ich wirklich mit einkommensschwächeren Menschen zu tun habe, wenn wir nicht eine interne Delogierungsprävention bei uns am Wohnungsamt selbst noch hätten, gäbe es in der Realität weit mehr Delogierungen, weil eben leider viele Menschen aus unterschiedlichen Gründen, weil sie halt krank sind, und das Spannungsfeld brauche ich, ihr wisst das alle selbst im Sozialamt besser, nicht in der Lage sind. Und wenn du jetzt sagst, jetzt kriegt der das Ganze oder sie oder die Familie die Mittel vom Sozialamt, es ist halt manchmal verlockend, dann endlich einmal, und ich weiß es, weil es mir ja selber Familien und Personen so sagen, verlockend, endlich einmal eine neue Schultasche, dem Kind das und das und das zu kaufen. Gott sei Dank, und ich

gönne das tausendmal, ich finde das eh alles eine Katastrophe und man könnte manches Mal dazuweinen, was da manchmal an Sachen auch passiert, aber noch schlimmer ist es, wenn die Familie insgesamt die Wohnung verliert, und in der Abwägung dieser Dinge ist es bei manchen notwendig, glaube ich, und da spreche ich auch im Namen all jener, die sich regelmäßig bei der Wohnplattform beteiligen, weil die haben uns nämlich gebeten, diesen Antrag einzubringen. Es entspringt ja nicht einmal nur unseren, weil wir uns so wichtig machen wollen, das wir das heute zur Sprache bringen und wieder versuchen, einen Weg zu finden, das wieder mehr abzufangen und nicht mehr und nicht weniger und das geht nur Hand in Hand mit Sozialamt und den Wohnbauträgern, anders wird das nicht gehen (*Applaus KPÖ und Grüne*).

StRin. Mag^a Drⁱⁿ. **Schröck**: Elke, ich stimme dir vollinhaltlich zu, diesen Weg gibt es ja schon. Ich habe mich vielleicht vorher ein bisschen verschachtelt ausgedrückt, weil es irrsinnig kompliziert ist. Wir haben ja jetzt die Möglichkeit, wenn eine Delogierung besteht, dass wir dann, ohne dass wir die Partei fragen...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Vorher schon.

StRin. Mag^a Drⁱⁿ. **Schröck**. Ja, aber schau, da müssen wir dann die Entscheidung treffen, wollen wir das generell für alle machen, weil dann müssen wir das im Landesgesetz ändern. Im Landesgesetz steht drinnen, zur Wahrung der Menschenwürde ist grundsätzlich, außer in bestimmten Ausnahmefällen, wie eben bei der Delogierung, es vorgesehen, dass das Geld ausgezahlt wird. Da müssen wir

uns jetzt einfach entscheiden und da müssen wir nicht an das Sozialamt herantreten, sondern da müssen wir das Mindestsicherungsgesetz ändern. Wir können das jetzt schon, wir fragen jetzt die Parteien und wenn Delogierung da ist, wenn Spielsucht da ist, dann können wir das ja jetzt schon machen vom Sozialamt, und der Weg ist ja jetzt schon da und, wie gesagt, die Zahl ist bei den Mindestsicherungsbeziehern, diese Zahl habe ich zur Verfügung, sind diese Zahlungen vom Sozialamt vom vorigen Jahr auf heuer deutlich gesunken. Also ich bin da offensichtlich völlig falsch verstanden worden. Mir geht es darum, wir müssen eine grundsätzliche Entscheidung treffen, wollen wir alle Mindestsicherungsbezieher da in einen Topf werfen und sagen, wir nehmen ihnen alle die Mieten weg und überweisen sie direkt, dann haben wir aber dieses Beiwagerl, dass wir sagen, alle Vermieter wissen, wenn Geld vom Sozialamt kommt, oder wir lassen es so wie es jetzt ist, dass das Sozialamt die Möglichkeit hat, bei Mietrückständen das automatisch zu machen. Das sind die zwei Wege, und beim Sozialamt kann sich im Moment nichts ändern, wenn dann müssen wir eine Petition an das Land machen, dass das Mindestsicherungsgesetz in seiner Intention geändert wird, das ist der Punkt (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner:** Noch einmal das auf den Punkt gebracht. Es ist natürlich problematisch, wenn ein Familienvater oder eine Mutter eben ins Sozialamt kommt und dann gefragt wird, sind Sie bereit, dass man das direkt überweisen, ja oder nein? Der, der süchtig ist, kann nicht anders, der wird immer sagen, bitte direkt auf das Konto überweisen. Und man nimmt keiner Familie das Geld der Miete oder des Mietzuschusses weg, sondern es wird dem Zweck zugeführt, wenn man die Direktüberweisung macht. Und die Selbstbestimmung hört dann auf, wenn Kinder und die restliche Familie dann vom Vater, der spielt, fremdbestimmt sind. Also da muss man schon sagen, und leider, Frau Stadträtin Schröck, wird es nur so gehen, dass man das insgesamt regelt und dann eben ist der Landesgesetzgeber gefordert, also es wird auf das hinauslaufen und ich bitte noch einmal, das ganz genau zu prüfen

und wenn es so ist, kannst du ein Gemeinderatsstück vorbereiten, in den Sozialausschuss einbringen und dann beschließen wir das im nächsten Gemeinderat (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wenn ich es richtig verstanden habe, dann geht es darum, dass es letztendlich um eine Veränderung auf Gesetzesebene geben sollte, wenn man sagt, bei allen muss es gelten, und hier geht es darum, das zu prüfen mit dem Antrag, und die Antwort aus dem Sozialressort wird dann im Ausschuss zu behandeln sein, so ist es zu verstehen.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: In aller Kürze, weil die Diskussion dauert eh schon lang darum, aber ich glaube, es gibt schon einen Zwischenweg, man braucht nicht die pauschale Lösung generell, da tritt genau das Problem auf, was die Martina Schröck sagt. Da werden Leute entmündigt. Das Problem meines Erachtens ist, dass der Ausnahmetatbestand zu eng gefasst ist. Der Ausnahmetatbestand gehört ein wenig erweitert, weil dann kann man hier mehr Spielraum entwickeln und das ist eigentlich der springende Punkt und da glaube ich, dass das die Martina Schröck auch unterstützen würde und in dem Sinn gibt es vielleicht einen gemeinsamen Nenner. Generell alle zu entmündigen, die eh das selbst lösen können, ist sicher der falsche Weg. Den Ausnahmetatbestand so eng zu fassen, so wie er jetzt gefasst ist angeblich, der ist zu eng gefasst, da bedarf es einer Erweiterung und ich glaube, das ist bei allen mehrheitsfähig, soweit ich das bisher herausgehört habe und vielleicht in diese Richtung das noch zu lösen (*Applaus Grüne, ÖVP und SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich lese jetzt noch einmal den Antrag vor, weil letztendlich der Antrag dieses besagt: Das Sozialamt der Stadt Graz wird ersucht, an die zuständigen Stellen des Landes Steiermark heranzutreten, um eine Regelung zu finden, dass Mietzuschüsse, und da steht nicht, dass alle Mietzuschüsse wieder direkt auf die jeweiligen Mietenkonten überwiesen werden können, um damit letztendlich im Interesse der Menschen einer drohenden Delogierung aufgrund der Mietrückstände vorzubeugen.

Zwischenrufe unverständlich.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich bringe jetzt diesen Antrag, wie er da liegt, weil es gibt keinen Abänderungsantrag, der mir vorliegt, diesen Antrag zur Abstimmung.

GRin. Mag^a **Taberhofer**: Ich fühle mich auf alle Fälle der Wohnplattform verantwortlich und denen, die diese Problemsituationen vielfach geschildert haben und deshalb war das auch der Anlass, warum wir das zum Thema gemacht haben. Die jetzige Diskussion, also wir haben es auch allgemein mit der Formulierung, eine Regelung zu finden, bei dem belassen, weil es ja tatsächlich jetzt auch aufgezeigt hat, dass eine Vielzahl an unterschiedlichen Überlegungen zu treffen sind und auch zu diskutieren ist. Fakt ist für mich also, dass man im Interesse der Menschen handeln muss, die die Mindestsicherung beziehen mit dem Ziel, dass sie auch letztendlich ein Dach über den Kopf weiterhin haben sollen, müssen und damit plädiere ich quasi für ein Recht auf Wohnen und die Sicherung dieser Menschen unter Regelungen oder

Bedingungen, die noch zu überlegen oder zu diskutieren sind und wünsche mir, dass der Antrag angenommen wird (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8) Anerkennung der deutschsprachigen altösterreichischen Volksgruppe in Slowenien

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Marburg, Maribor der Vollständigkeit halber, das gilt für den gesamten Antrag auch in weiterer Folge, ich werde das dann korrekt so der Protokollstelle übermitteln, ist im Jahr 2012 europäische Kulturhauptstadt. Die ehemalige Kulturhauptstadt 2003 Graz und Marburg wollen in diesem Zusammenhang nicht nur künstlerisch eng zusammenarbeiten (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Auch in vielen anderen Bereichen ist eine dementsprechende Kooperation angedacht. Nach Aussagen der Generaldirektorin von Marburg 2012, Suzana Zilic Fiser, soll Graz in vielen Bereichen oder gilt Graz in vielen Bereichen als Vorbild. Unter Betonung der gemeinsamen Geschichte gibt es außerdem eine Kooperation mit dem Universalmuseum Joanneum, da sich tausende Ausgrabungsstücke aus der Untersteiermark in steirischen Archiven befinden. Auch nach dem Kulturjahr 2012 soll eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Marburg und Graz forciert werden.

So erfreulich das Ganze und diese ganze Entwicklung nun auch ist, so unverständlich ist das Verhalten des slowenischen Staates in Bezug auf die deutschen Minderheiten,

auch vor allem jetzt zu dem konkreten Zeitpunkt, wo ja Österreich, im Speziellen das Land Kärnten, hier wirklich eine hervorragende Lösung im langjährigen Ortstafelkonflikt gefunden hat, nämlich in Bezug auf die deutschen Minderheiten in Slowenien.

Als einziger postkommunistischer Staat verweigert die Republik Slowenien ihrer deutschen Minderheit die Anerkennung als autochthone Volksgruppe, obwohl die deutsche Besiedelung, wie Sie ja vielleicht wissen, der Untersteiermark bereits im 8. und 9. Jahrhundert begann. Das österreichisch-slowenische Kulturabkommen aus dem Jahr 2001 nennt seinerseits eine „deutschsprachige Volksgruppe“ in Slowenien, wobei aber hier der Begriff „Volksgruppe“ der in Österreich seit 1976 kodifizierte Ausdruck für die nationalen Minderheiten im Land ist, im slowenischen Text hingegen ist lediglich von einer „deutschsprachigen Gruppe“ die Rede. Rechtsterminologisch ist dieser Begriff bedeutungslos, während in der slowenischen Verfassung die italienischen und die ungarischen Minderheiten – sehr wohl in rechtlich relevanter Auslegung – jeweils als Volksgruppe auch bezeichnet werden.

Darüber hinaus bezeichnet die slowenische Verfassung die in den Nachbarstaaten lebenden Slowenen als „nationale Minderheit“. Zwischen den Formulierungen „Gruppe“, „Volksgruppen“ und „nationale Minderheiten“ besteht ein rechtlich bedeutender qualitativer Unterschied, sind doch weitergehende Rechte an die zuletzt genannten Begrifflichkeiten geknüpft.

Einer Anerkennung der deutschen Volksgruppe stehen – so aus Slowenien von offizieller Seite – die zahlenmäßige Kleinheit und die Verstreutheit der deutschen Volksgruppen im Wege. Diese Argumentation bezeichnen sogar namhafte slowenische Kulturvertreter als blanken Zynismus, ist doch die Dezimierung dieser Volksgruppe auch auf die Nichtanerkennung und das Ignorieren der Minderheitenrechte zurückzuführen.

Wichtig, dieser Antrag zielt nicht darauf ab, Vorwürfe zu erheben oder gar überzogene Ansprüche zu stellen. Außerdem ist die Beziehung der Partnerstädte Marburg und Graz und eben auch Laibach nicht geeignet für diplomatische

Ränkespiele. Durchaus können allerdings auf persönlicher Ebene Diskussionen geführt und Standpunkte ausgetauscht werden sowie auch um Verständnis dafür geworben werden.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Menschenrechtsstadt Graz bekennt sich zur Gleichbehandlung aller angestammten ethnischen Minderheiten und stellt einen derartigen Anspruch auch an ihre Partnerstädte.

Herr Bürgermeister Nagl wird daher ersucht, auf persönlichem Wege die relevanten politischen Vertreter der Partnerstädte Marburg/Maribor und Laibach/Ljubljana auf die Situation der deutschen Minderheiten in Slowenien hinzuweisen, um solcherart zur Sensibilisierung für gegenständliche Problemstellung beizutragen. Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Liebe Vorsitzende, lieber Armin Sippel! Du wirst dich sicher nicht wundern, dass ich kein Problem habe mit einem dringlichen Antrag, außer dass es mancher Zungenschlag mir vielleicht missfällt, weil schließlich geht es hier um einen EU-Nachbarschaftsstaat, EU-Mitgliedstaat Slowenien und nicht nur um eine postkommunistischen, und mir wäre es recht, wenn man die Bezeichnungen Marburg/Maribor und Laibach/Ljubljana festhalten würde. Mir haben Historiker gesagt und die historischen Jahrbücher belegen es, vor gut 100 Jahren hatte nämlich Graz zu einem Drittel slowenischsprachige Bevölkerung, durch den Anpassungsdruck

hat es natürlich nicht so ein Bekenntnis gegeben zur slowenischen Sprache, deswegen war die umgangssprachliche Realität nicht übereinstimmend mit der Zahl, nämlich der Minderheit in Graz, also man sieht, wie die historische Entwicklung sich wandelt und wechselt in einem Jahrhundert. Außerdem bin ich immer sehr vorsichtig, wenn die Worte wie Volk, Volksgruppe und Volksschaften usw. genannt werden. Aber im Grundsatz stimmen wir in der Dringlichkeit und in dem Inhalt überein, weil die Gleichbehandlung ist schwer abzulehnen und Minderheiten sind allseits diesseits und jenseits der Grenze anzuerkennen und steht auch im Interesse der beiden EU-Mitgliedsstaaten, liegt auch im Interesse der österreichischen Außenpolitik und durchaus im Umgang mit unseren Nachbarn. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrter Herr Kollege Sippel, liebe KollegInnen, Frau Vizebürgermeisterin! Wir können der Dringlichkeit zustimmen und wir können dem Motivenbericht so weit zustimmen. Für uns überraschend, und der Kollege Herper hat einiges davon schon vorweg genommen, was ich sagen wollte, für uns überraschend ist, dass man die deutschsprachige Minderheit im Motivenbericht dann im Antragstext als deutsche Minderheit darstellt, das ist historisch unseres Erachtens so nicht richtig, da dies eine altösterreichische Deutsch sprechende Volksgruppe, die Gottscheer, ist, um die es hier geht. Dahingehend nur für das Protokoll diese Anmerkungen, ansonsten Zustimmung in der Dringlichkeit und in der Sache. Dankeschön.

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Ich darf mich ebenfalls anschließen den grundsätzlichen Ausführungen von Karl-Heinz Herper und auch vom Kollegen Dreisiebner. Ich glaube einen Anlass wie diesen darf man nicht auslassen, sich grundsätzlich zu Minderheitenrechten und zu deren Effektuierung zu

bekennen. Ganz besonders gilt es, wenn es um ethnische Minderheiten geht. Bei uns im Gemeinderat ist der Obmann des Südtirolerbundes in der Steiermark, Georg Topf, es sind viele Südtiroler auch in unserer Stadt, die eine neue Heimat gefunden haben, vor allem deswegen, weil ihnen auch die Rechte zuerkannt wurden gleich auf Anhieb, die auch alle anderen haben. Das ist sicher leichter, wenn sie diese Minderheit einer gleichen Sprachgruppe angehört. Umso sensibler muss man sein, wenn das nicht der Fall ist. Ich danke dir, Armin, du hast das sehr sorgfältig recherchiert, darf mich auch der Wortmeldung von Dreisiebner anschließen, es ist eine altösterreichische Minderheit unten so wie es auch eine österreichische Minderheit in Südtirol ist, übrigens Landeshauptmann Durnwalder, der im November auch nach Graz kommen wird, betont jetzt auch immer wieder, dass es eine österreichische Minderheit in Südtirol ist. Über dieses spezielle Idiom hinaus Bekenntnis zu den Minderheitenrechten, wir stimmen der Dringlichkeit zu und auch der Art und Weise, dass der Bürgermeister in seinen persönlichen Kontakten das tun möge, was er ohnedies schon tut, es ist durchaus eine sympathische Formulierung, wir können dem nur zustimmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat! Jetzt bin ich kein Deutschtümler und auch als solcher niemals auffällig geworden, das werden auch Sie mir zugestehen von den Grünen. Ich weiß nicht, warum Sie sich da so schwer tun, dass man sagt, das ist eine deutsche Minderheit, eine österreichische ja, aber seit wann? Seit 1840, wo das Erzhaus Österreich sich zum Kaiserreich Österreich formiert hat und vorher, im Übrigen auch unter dem Erzhaus Österreich, das Herzogtum Krain immer eigenständig war, also reden wir nicht mehr über die österreichische Minderheit oder deutsche Minderheit, sondern über die krainsche Minderheit, das ist ja ein Blödsinn. Sehr geehrte Damen und Herren, wir sollten uns zuerst dazu bekennen, dass wir dem deutschsprachigen Kulturraum angehören, Schweiz, Deutschland, Österreich, auch eine gemeinsame Geschichte haben, auch durch die Völkerwanderung, zumindest die letzten 2000

Jahre in irgendeiner Form immer wieder verbunden waren und den Geschichtsausflug weglassen. Wir haben es hier mit einer Minderheit zu tun, um die sich die letzten 60 Jahre niemand gekümmert hat. Währenddessen in Österreich es sehr wohl Bemühungen gegeben hat, über Jahrzehnte hinweg, den Staatsvertrag umzusetzen, und es vor zwei Monaten im österreichischen Parlament gelungen ist, den letzten Artikel zu erfüllen, nämlich Artikel 7 des Österreichischen Staatsvertrages, hat es Slowenien immer verabsäumt, diese Minderheit anzuerkennen erstens, zweitens hat es Slowenien in seiner Geschichtsaufarbeitung auch verabsäumt, die Verbrechen an der deutschsprachigen Minderheit in Slowenien endlich aufzuklären. Es gibt unzählige Profil-Artikel, Zeitungsartikel, Berichte von Massengräbern, die im Karstgebiet gefunden worden sind, Marburg etc., Maribor, wo sich der Staat Slowenien mit der Begründung wehrt, sie sind nicht der Nachfolgestaat Jugoslawiens, aber genau mit der gleichen Begründung, weil sie der Nachfolgestaat Jugoslawiens waren, darauf drängt, dass wir den Artikel 7 in Österreich erfüllen. Der Artikel 7 wurde jetzt erfüllt und daher halte ich den Antrag auch vom Zeitpunkt her für sehr richtig, weil er auch seitens der Stadt Graz, einer Stadt im Übrigen, und da hat der Kollege Herper jetzt Unrecht, wenn er sagt, da hat es jetzt ein Drittel slowenischsprachige Bevölkerung gegeben, das ist falsch. Deutschsprachige aus dem Gebiet Krain, bestes Beispiel, Ritter von Jakomini, der als Spekulant, im Übrigen sinnigerweise die Grundstücke rund um Jakomini, aus St. Daniel am Karst kommt, also genau aus diesem Gebiet, aus dem heutigen Slowenien und der dort die sogenannte Graz-Vorstadt, die Jakomini-Vorstadt begründet hat durch sein exzellentes Wirtschaften, das sind die Beispiele. Jetzt nicht slowenischsprachige Minderheit ein Drittel, das ist nämlich auch ein Blödsinn, aber wurscht. Um zurückzukommen, wir unterstützen den dringlichen Antrag, er ist wichtig, er ist auch ein Zeichen, dass wir sehr wohl Geschichtsaufarbeitung wollen auch in Slowenien und dass wir selbstverständlich auch von Slowenien uns in allem Respekt und Höflichkeit erwarten, dass endlich nach 60 Jahren diese Restbestände der Minderheit einer autochthonen Bevölkerung, einer Sprachinsel, die sich dort unten befindet, nämlich auch die Gottscheer, endlich anerkannt werden und auch den Stellenwert

bekommen, den bei uns in Österreich erst unlängst die Kärntner Slowenen bekommen haben.

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Ja, herzlichen Dank für diese breite Zustimmung zu diesem wichtigen Thema. Ich glaube, es ist hier die einhellige Meinung vorherrschend, dass diese Form der Diskriminierung, und nichts anderes ist es, keinen Platz mehr haben kann oder dass es keinen Platz dafür mehr in einem vereinten Europa geben kann. Es geht hier auch nicht um irgendeine historische Aufrechnung, ich glaube, davon sind wir schon weit davon entfernt, und es geht auch letztendlich nicht darum, wie man diese Volksgruppe hier tatsächlich bezeichnet, altösterreichische, deutsche Volksgruppe, österreichische Volksgruppe, ich glaube, da kann man sich darauf verständigen, dass man hier die Eigendefinition nehmen sollte, und sie verstehen sich halt einmal als deutsche Minderheit in Slowenien. Und ganz kurz vielleicht noch, dass dies keine Worthülsen oder hoffentlich leere Worte bleiben und dieser symbolische Akt auch tatsächlich über die Grenzen unsere Stadt hinausstrahlt, ich glaube, dafür werden sozusagen auch als mahnendes Gewissen mit Sicherheit die hervorragend arbeitenden Vereine wie der Alpenländische Kulturverband Südmark, die Österreichischen Landsmannschaften, die sich mit dieser Frage seit Jahren beschäftigen, aber auch zum Beispiel der Kulturverein Marburger Brücken mit Sicherheit sorgen. Noch einmal danke für die Zustimmung, so viel von mir, dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9) Sicherheitstgipfel/Islamismus in Graz

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Mein zweiter dringlicher Antrag dreht sich um die Frage Islamismus und diesbezüglich ein Sicherheitstgipfel in Graz. Wie einigen Medienberichten in der letzten Zeit auch zu entnehmen war, fand vor wenigen Wochen am Grazer Hauptbahnhof eine Werbe- und Verteilaktion von Vertretern einer fundamentalislamistischen Gruppe statt, im Übrigen sind diese Stände unserer Information nach bis weit ins Jahr 2012 weiterhin reserviert und auch genehmigt. Diese Stände haben den Zweck gehabt, neue Mitglieder anzuwerben und es wurden dort auch Druckmaterialien und CDs an interessierte Personen verteilt und vergeben. Der Inhalt jenes Materials, das dort zur Verteilung gelangte, gibt aber berechtigten Anlass zur Sorge und zur Skepsis gegenüber einzelnen radikalen Gruppen in unserer Stadt. So wurde beispielsweise eine CD mit dem Titel „Bedecke dich, Schwester!“ angeboten, auf der die nicht verhüllte Frau in übelster Weise als „unrein“ beschimpft wird. Unter anderem erklärt eine Stimme auf gegenständlicher CD: „Wir sehen hier Frauen, die sind halb nackt auf den Straßen. Deswegen gibt es viele Krankheiten in der westlichen Gesellschaft. Eine Frau darf lediglich die Hände zeigen, alles andere ist komplett verdeckt.“ und diese Stimme verordnet dann als Lösung eben die Burka oder den Hijab. An anderer Stelle schreit dann auch die Stimme: „Du redest hier über Allahs Wort! Der Hijab ist Pflicht. Hast Du die Welt erschaffen? Wenn nicht, dann sei ruhig!“ Selbst unkritische oder in dieser Frage weniger kritische politische Strömungen werden hier auch zugeben müssen, dass gelebte religiöse Toleranz anders aussieht. Nach einer Auskunft von Landessicherheitsdirektor Klamminger handelt es sich bei dieser Gruppe um Salafisten. Wie das Christentum, wie Sie wissen, ist auch der Islam in mehrere Strömungen unterteilt. Der Salafismus ist eine besonders konservative und radikale Strömung des sunnitischen Islams. Er stellt die Scharia, das islamische Recht, über die säkulare Gesetzgebung und predigt, den Ungläubigen drohe die Hölle. Die Salafisten legen den Koran im Übrigen auch wörtlich aus. Auch wenn dieser

Gruppe seitens der Polizei keine Gewaltbereitschaft attestiert wurde, ist berechtigter Anlass zur Sorge gegeben, war doch der Salafismus die ideologische Grundlage des Terroristen Osama bin Laden. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein soeben erschienener Artikel in „Die Zeit“, dort wird über einen Konvertiten ein Artikel geschrieben, der auch von seinen Erfahrungen berichtet und da ist zu lesen, dass dieser Konvertit in der Bibel gelesen hat und er fand sie im Gegensatz zum Koran voller Widersprüche: „Die Lehre des Propheten Mohamed ist unverfälscht und eindeutig. Von Nichtmuslimen gilt es sich fern zu halten im gesellschaftlichen Umgang, wohlgemerkt nicht bei der Dawa, bei der Missionstätigkeit. Demokratie, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit sind Götzendienste, denn nur Gott darf Gesetze machen.“ Halte man sich nicht daran, so auch dieser Konvertit weiter, werde man im ewigen Feuer nach dem Tod in das ewige Feuer eingehen, also das Höllenfeuer.

In Deutschland, wo die Salafisten in jüngster Zeit verstärkt in Erscheinung treten, hat der Verfassungsschutz explizit festgestellt, dass nicht alle Salafisten Terroristen sind, dass aber alle jungen Männer, die in den letzten Jahren von Deutschland aus in den sogenannten Heiligen Krieg gezogen sind, Kontakt zu den Salafisten hatten.

Leider stellen nun Aktionen wie eben auch gegenständliche Verteilung am Hauptbahnhof keinen Einzelfall dar. In jüngerer Vergangenheit schwenkten, wie Sie ja wissen, und das ist auch da herinnen bereits debattiert worden, es hat eine Anfrage von mir an den Bürgermeister gegeben, schwenkten bosnische Muslime bei einer öffentlichen Demonstration am Grazer Hauptplatz die Dschihad-Fahne, und wenig später hat auch der Sicherheitsdirektor Klamminger vor radikalen Zellen in unserer Stadt gewarnt. Und noch einmal, das habe ich auch bei meinem letzten Antrag so gesagt, leider habe ich da nicht besonders viel Gehör bekommen dafür, es ist keineswegs die Intention dieses Antrages, den Islam als solchen anzugreifen oder einzelne Gruppen auch zu inkriminieren. Aber dennoch muss dieses Thema eine größere Aufmerksamkeit in unserer Stadt, als dies bisher der Fall war, bekommen. Wenn sich in Graz Gruppen formieren, deren Weltbild nicht mit unserer Gesellschaft

kompatibel ist, wäre es eine sträfliche Fahrlässigkeit, über diesen Themenbereich den Mantel des Schweigens zu hüllen. Zudem erzeugen nicht erkannte Gefahrenpotentiale und Probleme ihrerseits Spannungsfelder, die radikale Gruppen auf allen politischen Seiten auf den Plan rufen. Dies gilt es im Interesse einer friedlichen und funktionierenden Gesellschaft zu vermeiden. Hier ist nun eine sachlich nüchterne Diskussion auf politischer Ebene vonnöten, die sich an den Fakten orientiert und sich nicht von parteipolitischen Kalkül oder ideologischen Unterschieden leiten lässt. Im Interesse kommender Generationen muss zu diesem Thema ein vorurteilsfreier politischer Dialog gesucht werden, an dessen Ende aber eine klare Trennlinie zu jenen Gruppen gezogen wird, die an unserer Gesellschaft und ihrem Wertesystem nicht teilhaben wollen.

Bislang ist es leider nicht gelungen, Sicherheitsbehörden und Vertreter der kommunalen Politik und auch Vertreter des interreligiösen Beirates zu einer sachlichen und ergebnisorientierten Diskussion zu bewegen. Es ergeht daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat distanziert sich von jenen fundamental-islamistischen Inhalten, welche bei gegenständlicher Verteilaktion unter anderem vermittelt wurden und ersucht die zuständigen Stellen, soweit die bestehende Gesetzeslage dies zulässt, derartige Aktionen künftig nicht mehr zu genehmigen.
2. Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, einen Sicherheitsgipfel auszurichten, zu dem neben den Vertretern der im Gemeinderat vertretenen Parteien und parteilosen Personen auch die zuständigen Vertreter der Sicherheitsbehörden sowie der Interreligiöse Beirat der Stadt Graz einzuladen sind. Im Rahmen dieses Gipfels soll das

Gefahrenpotential durch radikal islamistische Gruppen für unsere Gesellschaft erörtert werden, wobei besonders auf die Einwirkungsmöglichkeiten der Kommunalpolitik Bedacht zu nehmen ist. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse sind dem Gemeinderat vorzulegen und sollen als Grundlage für eine breite politische Diskussion herangezogen werden. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeisterin, lieber Armin! Das ist schon eine sehr wichtige Frage im Kontext mit dem Zeitläufen nicht nur in Europa, sondern auch im Umfeld international, auf dies aufmerksam zu machen. Ich als bekennender Demokrat, der sich sogar zu einer wehrhaften Demokratie bekennt, nämlich im Sinne der Erfahrungen der 30er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts sage, dass das Gefahrenpotential jedweder radikaler Gruppe in Augenschein zu halten ist und beobachtet werden muss. Jeder fundamentalistischen Gruppierung, die solchen Ansichten folgt...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Herper**: Bringst du das zusammen, dass... danke. Vor drei Monaten hat nämlich, und wir erinnern uns alle noch der schrecklichen Szenen, ein Attentäter an der Spreeblick, getrieben von einem Hass gegen den Islam, gegen Linke und gegen alles Fremde, ein Rechtsradikaler in Norwegen Dutzende Menschen umgebracht mit einem Sprengstoffattentat im Zentrum von Oslo und auf dem Überfall mit Massaker auf ein sozialdemokratisches Jugendlager. Deswegen bin ich sehr vorsichtig, das alles nur sehr einseitig zuzuordnen, es gibt sozusagen Einzeltäter, es gibt Gruppierungen,

es gibt Strömungen, es gibt natürlich auch einen christlichen Fundamentalismus, wie man beim Anders Breivik sieht, und es gibt natürlich auch die Gefahren des Islamischen, nämlich des Islamistischen, vor allem des Wahhabismus, der von Saudi Arabien in alle Erdteile exportiert wird. Ich will auch nicht alle Muslime in Graz, Muslimas in Graz, in einen Topf werfen, ich kenne sehr viele, auch in Gesprächen, die haben eine gute Tradition des Miteinanders, nicht nur im interreligiösen Dialog, in Gesprächen, Veranstaltungen, da gibt es sozusagen die Linie, die sich doch mehrheitlich zu Demokratie, zu Menschen und Frauenrechten bekennt und überzeugt ist, dass das die richtige Form ist, ich bezeichne dies als Euroislam. Wir werden der Dringlichkeit die Zustimmung geben, wir werden dem Punkt 1, der durchaus gerechtfertigt ist, nämlich gegenständliche Verteilaktion entsprechend zu beobachten und entsprechend auch Aktionen künftig zu genehmigen, mit der Einschränkung, dass die bestehende Gesetzeslage zu beachten ist, die Zustimmung erteilen, beim Punkt 2 halte ich das zu einseitig, dass nämlich nur radikal islamistische Gruppen in unserer Gesellschaft erörtert werden sollen in einem solchen Sicherheitsgipfel, wobei ich sowieso zweifle, was solche Sicherheitsgipfel brächten, weil wir haben schon etliche Sicherheitsgipfel gehabt, die Larifari waren und nur zum Palaver geführt haben, aber nicht zur gemeinsamen Aktion. Wir werden dem Punkt 2 nicht die Zustimmung geben, weil wir der Ansicht sind, Gefahren in der Demokratie lauern nämlich nicht nur von islamistischer Seite, sondern auch von anderer Seite und das ist auch sowohl auf religiöser Ebene als auch auf politischer Ebene immer in Beobachtung zu halten. Das sage ich als ausgefuchster Demokrat, danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Antragsteller, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden diesen Antrag unterstützen. Religiöse Extremisten, die es fast in allen religiösen Gemeinschaften gibt, sind meist antidemokratisch, frauenfeindlich, hetzerisch und gewaltverherrlichend, kurz, das sind eigentlich rechtsextreme und

faschistische Tendenzen. Gegen alle diese Formen verbaler oder nonverbaler Gewalt haben wir im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens scharf aufzutreten. Viele Menschen in Österreich sind zu Recht verunsichert, weil sie im Hinterkopf Bilder autoritärer Gottesstaaten haben, wie es sie in der Vergangenheit gegeben hat und wie es heute sie noch gibt. Auch die österreichische Geschichte, ich denke an Dollfuß und Schuschnigg, ist nicht frei davon. Eine klare Trennung von Kirche und Staat in Österreich könnte derartige Ängste reduzieren, die gilt es einzufordern. Im Punkt 2 schließen wir uns dem Karl-Heinz Herper und der SPÖ an, der scheint uns auch ein wenig zu einseitig. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Der eingebrachte Antrag ist auch für uns einer, den wir unterstützen würden und zwar in beiden Punkten. Meiner Meinung nach die wichtigsten Aussagen rund um die Menschenrechtsdeklaration sind zwei Dinge, das eine ist, dass die Würde des Menschen unantastbar ist und dass die Menschenrechte universell und unteilbar sind, und genau deswegen ist es notwendig, eine klare Grenze zu ziehen zwischen religiösem oder politischem Fanatismus, der eben diese Werte oder die diese Werte untergraben. Und auch weil wir in einer Integrationsdebatte in einer offenen Gesellschaft, zu der wir uns bekennen, dem nichts Gutes tun, wenn wir nicht trotzdem kritisch hinschauen, welche Bewegungen im Zusammenhang mit bestimmten Strömungen in Graz auftreten und eben auch kritisch hinschauen, ob es einen Unterschied gibt zwischen einem radikalen Islamismus und dem Islam. Das heißt, genau deswegen ist es uns wichtig, dass wir hier auch den Sicherheitsaspekt betrachten und es eben trennen von einem religiösen Diskurs, weil der religiöse Diskurs, da geht es darum, wie das Zusammenleben zwischen unterschiedlichen Menschen, unterschiedlichen kulturellen Hintergrund gestaltet wird. Im Fall der Salafisten, die hier beschrieben sind, und vielleicht auch der einen oder anderen Gruppe, muss man genau hinschauen, was das wirklich auch im Zusammenhang mit der Sicherheitsfrage in Graz

bedeutet. Deswegen werden wir beiden Punkten zustimmen, der Dringlichkeit und dem Antrag, es gibt einen Wunsch, ich weiß nicht, ob der an den Antragsteller herangetragen wurde, dass im Text statt parteilosen Personen Experten oder Expertinnen angeführt wird.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ach so, ich verstehe ok, dann habe ich das jetzt verstanden. Gut, ist auch ein Experte natürlich, aber dann verstehe ich jetzt, warum parteilos Personen drinnen steht.

GR. **Rajakovics:** Nachdem alle sich zur Dringlichkeit melden, damit wir da etwas rascher dann weiterkommen, auch die Volkspartei stimmt der Dringlichkeit zu und auch dem Antrag in beiden Punkten aus zwei Gründen: Der eine ist, dass es gestern im Parlament, soviel ich weiß, Gerald Grosz wird das noch besser wissen, eine Änderung des Terrorismusparagrafen gegeben hat oder einen Beschluss dazu, der es eben genau ermöglicht, dass man entsprechendes Gutheißen terroristischer Taten auch unter Strafe stellen kann und mit bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe bedroht ist. Das Hauptproblem, warum tatsächlich solche Gipfel meistens recht unerquicklich geendet haben, war, dass die lapidare Feststellung, dass außer dem Wiederbetätigungsparagrafen kaum eine Handhabe ist, gegen solche Werbung vorzugehen. Also die Stadt Graz kann etwas nicht genehmigen, einen Stand dann, wenn er quasi irgendwo im Weg steht, aber wenn das nicht der Fall ist, zum Beispiel am Bahnhof ist es so, hat man kaum eine Handhabe, dem etwas entgegenzusetzen,

das hat auch der Sicherheitsdirektor Klamminger hier relativ in dem Interview auch gesagt und das, was er dort einfordert, ist interessanterweise ja auch Thema der Diskussion im Parlament gewesen, daher macht es, glaube ich, durchaus Sinn, sich auch unter den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen zusammensetzen und zu schauen, was kann man da machen. Dass die Zivilgesellschaft oft schneller ist als wir, auch als Gemeinderäte, wollte ich nur auch anmerken, weil das Afro-Asiatische-Institut ist aktiv geworden und hat den interreligiösen Beirat, den es dort auch gibt, bestehend aus den Religionsgemeinschaften, da gibt es eine studentische Vereinigung, die ähnlich besetzt ist wie auch der interreligiöse Beirat der Stadt Graz, nicht ganz so hochkarätig, jedenfalls wird es bei der nächsten Aktion, so sie überhaupt noch zuzulassen ist, der Salafisten auch eine Verteilaktion aller Religionsgemeinschaften geben, die in einem gemeinsamen Flugblatt auch auf die wahren Intentionen der Salafisten hinweisen werden und so auch Menschen darauf aufmerksam machen, was letztlich hinter diesen Werbeaktionen hinter dieser Gruppe sich verbirgt. Das heißt, die Zivilgesellschaft ist schon aktiv geworden, das ist sehr gut, deshalb finde ich nur mehr als berechtigt, dass auch wir sehr genau hinschauen, wobei ich mich dem anschließen möchte, was der Karl-Heinz Herper gesagt hat, was durchaus auch in einem Gespräch mit dem Herrn Sicherheitsdirektor sehr stark herausgekommen ist, dass in Zeiten der Krise insgesamt an allen Ecken und Enden auch radikalere Tendenzen zu sehen sind, so gibt es in Internetforen ganz linker Seite auch den Aufruf von Globalisierungsgegnern etc., durchaus auch Kapitalisten umzubringen, was keiner von uns befürwortet, auf der anderen Seite habe ich erst vor kurzem einen sehr umfangreichen Bericht gesehen über die Verquickungen von Rockerszene und rechtsextremer Szene, die sehr wohl auch zu sehr massiver Gewalt bereit sind und auch aufrufen, das heißt, diese radikalen Tendenzen gibt es, über die sollen wir reden und wir müssten auch ganz genau hinschauen, was können wir wirklich machen, um Werbung wenigstens für solche Gruppen möglichst hintanzuhalten, die in unserer Stadt und auf unseren Plätzen passiert. Deshalb danke in dem Fall für die Initiative, wir werden schauen, dass wir einen solche Enquete oder ein solches Treffen inklusive der Sicherheitsbehörden und des Beirates zustande

bringen und ich hoffe, dass wir dann auch wirklich Möglichkeiten haben einzugreifen
(*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Auslöser dieses dringlichen Antrages war ja wirklich schockierend und wenn man gesehen hat, wie wenig Handhabe der Rechtsstaat bis dato auf Basis der gegebenen Gesetze bietet, und diese Werbeaktionen der Salafisten die Freiheit, die Selbstbestimmung, die Freiheit vor allem der Frauen auch in massivster Weise nicht nur einschränken, sondern de facto auf null reduzieren möchten, ist besonders Besorgnis erregend. Besorgnis erregend ist aber auch, wir gut anscheinend die Berater, die Experten, Juristen dieser Salafisten im Hintergrund genau wissen, genau Bescheid wissen, wie unser Rechtssystem funktioniert, welche Handhabe es ermöglicht und wo sie gerade noch auf Basis der Gesetze gesehen werden müssen und daher freie Handhabe haben, das ist der zweite Punkt. Und der dritte Punkt ist, dass ich einfach gesellschaftlich wahrnehme, und der Kollege Rajakovics hat das eigentlich auch mit seinen Worten ausgeführt, dass in Zeiten der Krise, ich sage das einmal unter diesem Stichwort, „Bevölkerungsschichten“ hier in Österreich anfällig sein könnten, sage ich jetzt einmal, um extremistischen „Propheten“, unter Anführungszeichen, auf den Leim zu gehen, das ist die dritte Seite. Die Erweiterung des Themas vom Klubobmann Karl-Heinz Herper angeregt auf irgendwelche rechtsextremistischen Strömungen Skandinaviens etc. halte ich aus diesem Grund nicht für sinnvoll, weil ich sage, je größer man den Schneeball macht des Themas, desto schwieriger ist, wirklich konkret das zu erarbeiten, weil da müssten wahrscheinlich auch die autonome Szene der Autoabheber von Berlin genauso als europäisches Phänomen erkennen wie die linksextremistischen Terroristen, die schon S-Bahn-Stationen in Berlin auch in die Luft haben gehen lassen in jüngster Zeit. Ich denke, diese Situation haben wir derzeit in Graz noch nicht, sie sind für mich zumindest noch nicht wahrnehmbar, Gott sei Dank, sage ich, wir sollten uns mit dem Thema, was hier die FPÖ aufgegriffen hat und auch

ausgeführt hat, wirklich zweckmäßig widmen und dieses Thema endlich einmal in der Öffentlichkeit den Stellenwert beimessen, den es wirklich hat und zunehmend hat und nicht unter den Teppich kehren und nicht die Wohlfühlhaube drüberstülpen des Herrn Bürgermeisters und zu sagen, wir sind alles Menschen, wir sind alle lieb und es ist alles eitel. Wonne nein, wir müssen diesen wunden Punkten in der Gesellschaft ins Auge sehen, nicht größer machen als sie sind, aber auch nicht kleiner machen und schauen, einer Lösung zuzuführen, ich glaube, dann sind wir gemeinsam auf dem richtigen Weg. Ich stimme daher dem Antrag zu. Danke.

GR. **Grosz:** Der Antrag ist ja hervorragend, nur wage ich zu bezweifeln, dass wir irgendetwas in Graz ändern. Kollege Rajakovics hat das richtigerweise angesprochen, es hat gestern eine Änderung des Terrorismuspräventionsgesetzes gegeben und es wurde unter anderem auch der Verhetzungsparagraph geändert. Indem die Gruppe gegen die man hetzen kann, also die Gruppe der Opfer, in dem Fall erweitert worden ist. Nur lügen wir uns doch nicht in den Sack, was haben wir denn für eine Situation allein hier in der Gerichtsbarkeit Steiermark innerhalb von einem halben Jahr? Wir haben zwei Fälle wegen Verhetzung zu diskutieren gehabt, wegen dem gleichen Paragraphen. In der Obersteiermark, und da komme ich auch zum Staat und Kirche in Österreich noch nicht getrennt hätten, aber gut, da lebt er halt im vorigen Jahrtausend, das ist ja schon der Fall. Was haben wir denn für eine Situation? Wir haben im Frühjahr dieses Jahres in der Obersteiermark Verbotstafeln gehabt beim Betreten eines Waldgrundstückes, wo a priori und zwar nicht nur indirekt, sondern direkt alle Priester der Kinderschänderei bezichtigt worden sind, den Wald nicht betreten durften, obwohl in der Bundesverfassung geregelt ist, wie es mit nicht einzäunten Waldgrundstücken aussieht. Da hat die Leobner Staatsanwaltschaft dieses Verfahren, diese Anzeige innerhalb von vier Werktagen inklusive Zustellung eingestellt und auf der anderen Seite, im Übrigen mit der Begründung, dass es sich bei katholischen Priestern um eine Berufsgruppe handelt, Begründung Beatrix Karl,

seltsam. Und auf der anderen Seite haben wir die Situation, dass wir in der Steiermark seit einem Jahr ein Verfahren, das bis zu einer Anklage geführt worden ist, gegen einen steirischen Landesrat, der in ähnlicher Form muslimische Muezzine zum Hauptbestandteil eines Internetspiels gemacht hat, dort hat die schwarze Justiz sehr wohl hingesehen und hat ein Jahr lang ein Verfahren bis hin zu einer Anklage gebracht. Ich halte daher von diesem Antrag sehr viel, wie wohl ich glaube, dass es nicht viel bringen wird, zumal wir gegen diese Form der Verhetzung seitens muslimischer Extremisten nicht vorgehen können, so lange in Österreich nicht die Justiz und die Exekutivbehörden mitspielen. Solange eine Verhetzung immer nur dann vorliegt, wenn man sich politisch gegenüber dem Islam äußert, aber niemals eine Verhetzung vorliegt, wenn sich der extremistische Islam gegenüber unserer Demokratie äußert, werden wir uns solche Sicherheitsgipfeln schenken können und werden wir uns Gesetzeserweiterungen uns schenken können, Petitionen etc. Solange wir selber nicht endlich erkennen auch als Zivilgesellschaft, auch als politische Gesellschaft, was uns gut tut und was uns nicht gut tut, dass halt manche Religionsausprägungen, die eher den Frieden, die Liebe und die Gerechtigkeit verkündigen, vielleicht für uns doch interessanter sein sollten, auch wenn Sie bei der KPÖ damit nichts am Hut haben, bei Ihnen gibt es nur einen Säulenheiligen, das ist der Herr Stalin, und dann gibt es einen Seeligen, das ist der Herr Lenin, das ist wieder eine andere Frage, und wir nicht in irgendeiner Form uns Marx, Engels...

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Grosz:** Ja, nur die wollen, wenn sie gelebt hätten, hätten sie mit der Truppe eh nichts tun haben wollen, das muss man auch ehrlicherwise dazu sagen. Aber grundsätzlich, solange wir nicht erkennen, dass uns die extremistische Ausprägung

des Islams halt in unserer Demokratie, in unserer Zivilgesellschaft, in unseren Menschenrechten uns schädigt und eigentlich nur Böses in unsere Gesellschaft bringt, solange wir das nicht kennen und auch in Österreich nicht ausjudizieren, wird die Situation immer schlimmer werden. In diesem Sinne unterstützen wir diesen Antrag als weiteres Mosaiksteinchen in den Bemühungen, hier effektiv gegen solche Ausprägungen extremistischer Religionen vorzugehen, wagen aber oder bezweifeln es aber tatsächlich, dass hier in irgendeiner Form etwas Sinnvolles, eine sinnvolle Bekämpfung der derzeitigen Situation herauskommt.

GR. **Sippel**: Vielleicht in Richtung SPÖ und KPÖ, also von mir aus kann man natürlich auch andere demokratiefeindliche Gruppierungen bei so einem Sicherheitsgipfel diskutieren, an dem soll es nicht scheitern. Was halt nicht sinnvoll ist, wenn man das eine gegen das andere aufwiegt und sich dann in irgendwelchen Relativierungen ergeht, also das sollte nicht passieren. Ansonsten nehmen wir halt zwei/drei Tage uns Zeit und dann kann man sicher auch über Linksautonome oder Rechtsradikale auch diskutieren, also damit haben wir kein Problem. Ich könnte Ihnen jetzt auch einen langen Vortrag halten über dieses Netzwerk, wie das funktioniert von den Salafisten ausgehend von Bosnien, wo sich ja ein Zentrum in Zeniza befindet, sieben/acht Stunden, Autostunden übrigens von Graz entfernt, wie das operiert via Deutschland, Drehscheibe Pierre Vogel, der auch in Graz im Übrigen gesichtet worden ist, über Wien nach Graz. Diese Dinge sind durchaus interessant, vor allem auch deswegen, weil uns ja der Verfassungsschutz mitteilt, dass im Einflussbereich dieses Zentrums auch Autos mit Grazer Kennzeichen bei eben diesen islamistischen salafistischen Moscheen gesehen worden sind und da stellen sich natürlich auch die Fragen, inwieweit die Autos, ob es da Überschneidungen gibt auch mit Leuten, es war nämlich in Bosnien-Herzegowina, in der muslimischen-bosnischen Gemeinschaft sind die, die in Graz eine Moschee bauen wollen. Also das sind auch Themen, die bei diesem Sicherheitsgipfel erörtert werden und ich kann den Pessimismus einmal

vorerst auch aufgrund der breiten Zustimmung des Kollegen Grosz nicht teilen, der sagt, da können wir uns zusammensetzen und dann kommt nichts heraus. Also ich bin überzeugt, dass man da mit Experten, Sicherheitsexperten, mit Vertretern aller Parteien, interreligiösem Beirat usw. durchaus diese Dinge durchleuchten können und da wirklich auch etwas zustande bringen, dass diese demokratiefeindlichen verfassungsfeindlichen und unseren Grundwerten widersprechenden Strömungen in unserer Stadt nichts verloren haben. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Binder** zum Antrag: Ich muss sie trotzdem enttäuschen, Herr Grosz, es ist keine Wortmeldung, es ist ein Zusatzantrag. Ich hätte nur gerne, Herr Sippel, dass in diesen Kreis jener Leute und ExpertInnen, die da eingeladen werden zum Sicherheitsgipfel, auch der Menschenrechtsbeirat eingeladen wird, das ist mein Zusatzantrag bitte.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von GRin. Binder wurde einstimmig angenommen.

10) Beibehaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen im Univiertel und verstärkte Kontrollen beziehungsweise Polizeipräsenz in besagten Gebieten

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Sehr geehrte Damen und Herren! Das Univiertel sorgt einmal mehr für ausreichenden Diskussionsstoff in unserer Stadt. Die bekannten Problemfelder umfassen Vandalenakte, Lärmbelästigung durch teilweise stark alkoholisierte Besucher dieses Viertels und Gipfeln oftmals in einer Fülle an Raufhändeln. Wir alle stehen in der Verantwortung, das Eigentum der Anrainerinnen und Anrainer zu schützen, für Sicherheit zu sorgen und ungestörte Nachtruhe dieser Menschen in diesem Gebiet zu gewährleisten. Es wäre schön, wenn die Vorsitzende auch ein bisschen für Ruhe auch in diesem Raum sorgen könnte. Die von Bürgermeister Nagl angeregte Diskussion rund um die Vorverlegung der Sperrstunde in den betroffenen Lokalen wird zur Lösung dieses Problems allerdings nicht beitragen. Im Gegenteil, der Bürgermeister kriminalisiert auf diese Weise die ansässigen Wirtschaftstreibenden sowie alle Besucherinnen und Besucher des Univiertels. Der Umstand, dass es sich bei den Vandalen nicht um die Mehrheit der Grazer Studentinnen und Studenten handelt, sondern um eine unverbesserliche Minderheit, wird dabei leider außer Acht gelassen.

Die letzten Gespräche zur Lösungsfindung wurden mit den Gastronomen nicht einmal vom Bürgermeister selbst geführt und datieren aus dem Frühjahr 2010.

Im Rahmen dieser Gesprächsrunde legten die Wirte dem ersatzweise erschienen Gemeinderat Rajakovics ein von ihnen in Auftrag gegebenes Sicherheits- und Lärmschutzkonzept vor. Wobei zu befürchten ist, dass dieses in den Weiten des Bürgermeisteramtes verschollen sein dürfte. Die Gastronomen haben auch immer wieder und auch in den letzten Gesprächen mit mir ihre Bereitschaft bekundet, Mehrkosten für Sicherheit und Reinigung zu übernehmen.

All diese Initiativen der Lokalbetreiber wurden aber scheinbar bislang ignoriert. Man hat viel mehr mit hilflosen Placebo-Initiativen geantwortet. Einige Monate später wurden „Speibsackerl“ und Aufkleber an die von Vandalismus betroffenen Menschen und Einrichtungen verteilt, um dann mit einer naiven Plakataktion gegen Vandalismus die eigene Hilflosigkeit in diesem Themenfeld zu demonstrieren. Das grundlegende Problem sind nicht die Wirte und nicht die Sperrstunde, denn die hat es schon immer

gegeben. Die bestehenden Gesetze würden durchaus ausreichen, werden aber unzureichend exekutiert.

Was der Bürgermeister jetzt plant, ist ein Eingriff in den Besitz von Gastronomen, der aber auch für die Anrainerinnen und Anrainer eine eklatante Verschlechterung ihrer Situation bedeuten wird. Weil wenn man sich das nur ein bisschen zu Ende überlegt, treibt der Bürgermeister mit dieser Maßnahme bis zu 3000 Studentinnen und Studenten in der Nacht von den Lokalen auf die Straße und hat mit dem neu gestalteten „Shared Space“ - Platz und der dort aufgestellten „Steinsitzgruppe“ auch noch die nötige Infrastruktur zum Verweilen auf dieser Straße geschaffen.

Es ist blanker Populismus, nun die Wirte für die Exzesse einiger Weniger zu bestrafen, zumal gerade die Bau- und Anlagenbehörde bislang überhaupt keine Bedenken hatte, Genehmigungen für diese Lokale auszustellen. Die Stadt Graz dürfte eher noch gutes Geld an den Gastronomen verdient haben. Ich erinnere an den Verkauf des Grazer Meldeamtes, das dann zu einem Lokal umgebaut wurde und dessen Betreiber erst im letzten Jahr, als die Probleme durchaus schon bekannt waren, eine De-facto-24-Stunden-Genehmigung erteilt wurde. Außerdem wird es unerlässlich sein, den Taxistand auf einen anderen Bereich zu verlegen, um Lärm und Abgase möglichst vom Wohngebiet fernzuhalten.

Es steht fest, dass die Stadt sich in dieser Sache hinter die Anrainerinnen und Anrainer zu stellen hat, welche ein Recht auf Ruhe und Lebensqualität haben, jedoch darf dieser Zwist nicht auf dem Rücken der Gastronomen ausgetragen werden. Es geht nicht an, dass der Bürgermeister nach Gutdünken auf der einen Seite der Stadt ein Viertel und dessen Wirtschaft zerstört, während er auf der anderen Seite ein neues erstehen soll.

Die vom Bürgermeister angestrebte Lösung einer Verkürzung der Sperrstunde ist daher nicht das geeignete Mittel, der Problematik im Univiertel Herr zu werden.

Daher stellt der unterfertigte Gemeinderat folgenden

dringlichen Antrag:

Der Bürgermeister möge an die Grazer Polizei herantreten, um sie zu ersuchen, eine verstärkte Überwachung der derzeit geltenden Gesetze im Univiertel durchzusetzen. Gleichzeitig wird er aufgefordert, die Ordnungswache zu ersuchen, das Univiertel verstärkt zu überwachen (*Applaus BZÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.45 Uhr den Vorsitz.

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Kurz möge ich sein, der andere sagt, der Herr Stadtrat, endlich tritt der Eichberger ans Rednerpult, so unterschiedlich sind halt die Zugänge. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch wenn eine gewisse Heiterkeit jetzt entsteht, aber das Thema an und für sich ist leider nicht zum Lachen. Es ist so, dass dieses Problem und dieser Konflikt nach wie vor latent ist, das heißt im Klartext, wir haben nach wie vor ein ungelöstes Problem im Bereich der Universitäten und aus diesem Grund, glaube ich, ist dieses Thema dringlich, ist auch letztendlich der Motivenbericht korrekt und ist letztendlich auch die Antragstellung hier an den Herrn Bürgermeister, aktiv zu werden, vollkommen aus unserer Sicht auch berechtigt. Weil was geschah bisher? Es gab verschiedene Aktionen, verschiedene Ankündigungen, verschiedene Alibi-Aktivitäten, die aber bis dato und, wie man sieht, ja überhaupt zu keinem Ergebnis geführt haben, es gibt nach wie vor den schwelenden Konflikt zwischen den BewohnerInnen, zwischen den Wirten und als dritte Gruppierung natürlich mit den Gästen. Und was ist passiert? Man hat versucht mit Ehrlichkeit, mit Vehemenz oder mit Weniger hier mit verschiedenen Maßnahmen, seien es unter Umständen bezahlte Gehsteigreinigungskampagnen, seien das Werbekampagnen in Bezug auf Verhinderungen von Vandalismus, wobei es ja schon interessante Geschichte ist, auf der einen Seite initiiert der Herr Bürgermeister hier diese Kampagne und

Plakataktionen und Sackeraktionen, wo gleichzeitig bei seiner Parteikollegin in der Elisabethstraße im Lokal die Auslagenscheiben zerbrochen wird und dergleichen. Also im Großen und Ganzen ein Tohuwabohu, ein unbefriedigender Zustand. Es haben auch bisherige Sonderaktionen zum Teil Erfolge gebracht, aber leider halt auch nicht in dieser lang anhaltenden Form, wie sich das alle Beteiligten wünschen würden. Und deshalb unterstützen wir zum x-ten Mal jetzt natürlich auch solche Aktionen, um endlich für ein vernünftiges Miteinander in diesem Bereich zu sorgen. Nur auf der anderen Seite fürchten wir um eines, dass unsere Ambitionen, hier für entsprechende Ruhe und Ordnung dort zu sorgen, scheitern, weil wenn wir schon wissen, dass sogar die Polizei bis dato verzichtet hat auf das Angebot des Herrn Bürgermeisters, Überstunden zu konsumieren, um mehr auf der Straße zu sein, muss man sich natürlich auch berechtigterweise fragen, wie ernst nimmt der Herr Bürgermeister diese Hilfe und diesen Einsatz für diese Betroffenen, wenn vor wenigen Stunden tatsächlich vom Herrn Bürgermeister in der Stadtensatssitzung eine neue Dienstzeitregelung für die Ordnungswache vorgelegt wird, und viele von euch werden das gar nicht kennen und viele glaubten auch an einen schlechten Scherz, wenn hier die Rede ist, jetzt reden wir gar nicht davon, dass uns ja was anderes vorgeschwebt ist, was nämlich die Anzahl der Ordnungswache-Mitarbeiter betrifft, nämlich einmal 24, jetzt sind es gerade noch 12 und zu guter Letzt, und das ist nämlich das Besondere, sollen diese Männer und Frauen der Ordnungswache, die eh schon ziemlich degradiert worden sind vom Aufgabengebiet, nur mehr bis zum Einbruch der Dunkelheit eingesetzt werden. Das ist überhaupt das Größte, was der Herr Bürgermeister heute vorhatte mit der Dienstzeitregelung der Ordnungswache, heißt im Klartext, in der Winterzeit, wenn man rausschaut, ist es vielfach um 17.00 Uhr bereits finster, müssten die Ordnungswachemitarbeiter sich entweder eine Grubenlampe aufsetzen, müsste man ein Flutlicht in der Elisabethstraße hineinbringen, um dort noch kontrollieren zu dürfen. Also im Großen und Ganzen werden hier wirklich Maßnahmen gesetzt, die ja alles andere bringen als das, was wir letztendlich wollen und deshalb sieht auch die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion diesen Antrag wieder einmal als Beispiel, wo leider hier versagt

wurde, wo es leider nicht zu diesen angekündigten Lösungen und Verbesserungen für die Bevölkerung kommt und ich darf an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, wirklich appellieren zum x-ten Mal, wirklich ernsthaft, ehrlich, nicht Alibi-Maßnahmen, sondern wirklich konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in diesem Gebiet zu setzen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unsere Fraktion wird der Dringlichkeit dieses Antrages durchaus zustimmen, dem Antrag jedoch nicht. Wir glauben, dass sehr viele Maßnahmen in diesem Viertel wichtig sind, aber wir sind auch der Meinung, dass eine Sperrstunde um zwei Uhr sehr wohl angedacht werden sollte in diesem Gebiet, und aus diesem Grund lehnen wir den Antrag selbst ab. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall, dann darf ich mich auch namens meiner Fraktion, aber auch als Stadtsenatsmitglied, der über die Bau- und Anlagenbehörde und über viele andere Bereiche und als Bürgermeister dort versucht, eine Lösung herbeizuführen, vielleicht ein paar Dinge zu dem dringlichen Antrag sagen. Zuerst einmal, ich kriminalisiere nicht alle BesucherInnen des Univiertels und schon gar nicht kriminalisiere ich die Wirte. Was ich den Wirten allerdings sehr gerne ausrichten möchte ist, dass es nicht angehen kann zu sagen, es gibt keinen Zusammenhang zwischen uns Wirten und dem, was dort stattfindet. Durch die besondere Ansammlung in einem Wohngebiet, noch dazu in einer sehr stark und wichtig befahrenen Straße für Graz, haben wir dort ein Problemstellung, und ich werde gleich darauf eingehen, die sich gewaschen hat und zwar nicht erst seit kurzem, sondern jetzt schon seit längerer Zeit. Die Wirte haben ein, so sagt der Gemeinderat Schröck, ein Sicherheits- und Lärmschutzkonzept

vorgelegt. Ich habe es mitgebracht und ich bitte und ich gebe es dann gerne herum, es wäre im Übrigen auch möglich gewesen, dass die Wirte vielleicht einmal initiativ werden mit den Dingen wie Erstversorgung, Erste-Hilfe-Ausrüstung, Anlaufstelle für Bewohner, Fundgegenstände etc. Man hätte auch einiges von ihrer Seite einmal tun können. Ich möchte das schon sagen, weil das Problem, das neun Wirte oder vielleicht auch noch mehr in Summe dort verursachen, wird im Moment zu Lasten der öffentlichen Hand von allen getragen und zwar von der Reinigung beginnend, auch aus einem Sicherheitsgrad empfohlene Vandalismusaktion bis hin zu den Einsatzzeiten, die wir von der Polizei mit Mehrdienstleistungen haben. Ich will das nur ganz kurz einmal auch dem Kollegen Schröck wieder sagen, weil es ist für uns deswegen nicht dringlich und inhaltlich wichtig, weil erstens einmal ich schicke dort garantiert nicht ein einziges Mitglied der Ordnungswache dorthin, die sind heilfroh, und zwar alle miteinander, dass sie dort nicht mehr hin müssen, weil ihr Befugnisse, und ich würde auch sagen, ihre körperlichen Möglichkeiten, dort überhaupt einzuschreiten, nicht gegeben sind. Wir haben auch vorwiegend Frauen, es ist undenkbar zu Nachtzeiten, und da können wir über die Betriebszeiten, wenn ich so sagen darf, der Ordnungswache gerne diskutieren dort jemanden hinschicken. Die Polizei, die im Übrigen mit uns jedes Mal, wenn die Studentenzzeit losgeht, die Schwerpunktaktionen setzt, hat in den letzten drei Wochen im Univiertel 279 überstunden gemacht, hat, wenn ich so sagen darf, fast 300 Vergehen wieder geandet von Ordnungsmandaten, Verwaltungsanzeigen, Alkoholübertretungen, Sachbeschädigungen bis hin zu Körperverletzungen und es ist dringend an der Zeit, dass sich dort was ändert. Ich lade auch alle ein, im Speziellen lade ich auch dich das nächste Mal ein, nicht nur da zu behaupten, und zwar fälschlicherweise zu behaupten, dass das in irgendwelchen Weiten des Bürgermeisteramtes verloren geht und dass der Thomas Rajakovics quasi nur einmal gnadenhalber dort war, sondern es gab mehrere Treffen, unter anderem...

Zwischenruf GR. Grosz: Vielleicht gehst einmal selber hin.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, ja ich bin eh dort, keine Sorge und wo ich ihn einlade, ist einmal dann zu kommen, wenn auch ein lieber Freund von dir dort im Besonderen einlädt, auf die Bürgerinnen und Bürger, die dort betroffen sind, einmal zu stoßen und mitzudiskutieren. Es war dort nicht einmal der ÖH-Vertreter und die -Vertreterin zum Schluss mehr dabei, die irgendetwas gesagt hätte in Richtung, da müssen wir doch schon daran denken, dass das Fortgehen eine klasse Geschichte ist, weil dort wäre fast keiner lebendig hinausgekommen aus dem Hörsaal. Den Menschen reicht es bis dort oben hin, dass jeden Tag ihr Eigentum beschmutzt, kaputt ist, dass sie nicht schlafen können, dass ältere Frauen keinen Schlaf finden und das ist kein witziges Thema...

Zwischenruf GR. Schröck: Das behauptet auch niemand.

Bgm. Mag. **Nagl**: So, es behauptet niemand, aber ich sage noch einmal, dorthin kommen, dann wird man auch einmal sagen, dass etwas zu tun ist. Und das, was zu tun ist, haben wir in mehreren Arbeitssitzungen, zu denen manche dann ja auch nicht kommen, festgelegt. Da war dabei eine Vandalismuskampagne, da war dabei der Einsatz mit der Polizei den permanent nach Möglichkeiten zu forcieren. Wie gesagt, ich habe es gerade wieder aufgezählt, wie die Polizei dran ist, das wird auch noch weitergehen, deswegen ist es für uns nicht dringlich und auch nicht notwendig, nochmals darauf hinzuweisen und schon gar nicht die Ordnungswache einzusetzen. Dann werden da drinnen Dinge behauptet, die überhaupt nicht stimmen und zwar einmal, ganz wichtig, wie wir die Stadt Graz, das Meldeamt dort aufgegeben haben, haben wir nichts verkauft, sondern dieses Palais hat uns, wenn ich so sagen darf, als Stadt leider nie gehört, wir waren dort eingemietet, also haben wir auch teure Miete, wir sind dort ausgezogen, es ist schon wieder schlecht recherchiert, in anderen Punkten auch. Jetzt weiß ich, dass dort Wirte investiert haben, aber jetzt möchte ich

einmal zu der Geschichte kommen, wer dort dabei ist, weiß, dass sehr viele Rechtsanwälte dort wohnen. Diese Rechtsanwälte haben eines klargestellt, wenn dort Gesundheitsprobleme für die BewohnerInnen auftreten, hat die Stadt Graz etwas zu tun und zwar in erster Instanz der Bürgermeister. Und ich werde das jetzt vorlesen, damit das endlich einmal alle gehört haben. Die Regelung betreffend Sperrstunden und Aufsperrstunden finden sich im § 113 der Gewerbeordnung. Diese Gesetzesstelle sagt im Absatz 5 unter anderem, dass, wenn sicherheitspolizeiliche Bedenken bestehen, die Gemeinde eine spätere Aufsperrstunde oder eine frühere Sperrstunde vorzuschreiben hat. Weiters wird in diesem Absatz festgehalten, dass Nachbarn, die eine Verkürzung der Betriebszeit des Gastgewerbebetriebes bei den Gemeinden angeregt haben, was sie intensiv getan haben, sogar mit der Androhung von Amtsmissbrauch, wenn wir es nicht endlich tun, Beteiligte im gegenständlichen Verfahren sind, das heißt, die Anrainerinnen und Anrainer dort sind beteiligt in einem Verfahren, diese Bestimmung hat meiner Meinung nach folgende Konsequenz: Wenn es, wie im konkreten Fall, eigentlich der Fall ist, Parteien eine Verkürzung beziehungsweise ein früheres Zusperrn von Betriebsstätten anregen, so ist ein Verfahren gemäß diesen Bestimmungen einzuleiten, was wir auch getan haben, und ich würde niemandem empfehlen, auch nicht der zweiten Instanz, einmal diese Spielregeln zu missachten. Wenn sich bei diesem Verfahren herausstellt, dass sicherheitspolizeiliche Bedenken aufgrund von erhobenen Tatbeständen bestehen, so hat die Gemeinde diese frühere Sperrstunde vorzuschreiben. Ein Ermessensspielraum steht eigentlich der Behörde in diesem Fall nicht zu, es ist ja vom dringlichen Antrag dein Vorschlag weggekommen, weil das wäre, wenn ich so sagen darf, hier nicht möglich zu beschließen, dass wir anders agieren, das heißt, die Verfahren wurden eingeleitet und die Verfahren sind zu Ende zu führen. Jetzt kann man schon hingehen und einmal sagen, meine lieben Anwohner, wir müssen was tun, und dann am Abend ins Lokal gehen und sagen, das ist ein bössartiger Bürgermeister, der will uns nicht feiern lassen. Man sagt, dass Menschen unterwegs seien und es so tun. Es besteht jedoch die Möglichkeit, diese Vorverlegung, wenn sie auch bescheidmäßig erfolgt ist, und das ist wichtig, selbst wenn wir jetzt einen solchen Bescheid ausstellen, können

wir ihn dann widerrufen, wenn angenommen werden kann, dass der für die Vorschreibung maßgebende Grund nicht mehr gegeben sein wird. Das heißt ganz konkret, selbst wenn wir die Sperrstundenregelung also mit 2.00 Uhr vorverlegen, aber der Grund wegfallen sollte, weil zum Beispiel die Wirte einmal wirklich von sich aus ein Konzept starten, damit es gar nicht so weit ist, können wir das auch jederzeit wieder zurückziehen. Dies bedeutet, sollte nach dem ein derartiger Bescheid über die Vorverlegung der Sperrstunde ergangen ist, durch Maßnahmen der Betroffenen angenommen werden, dass der für die Vorschreibung maßgebende Grund nicht mehr gegeben ist, kann sie auch widerrufen werden. Die Behörde in dieser Angelegenheit ist jedes Mal in erster Instanz der Bürgermeister und wenn ich jetzt die Bescheide dann hinauslasse, nehme ich an, dass sie beeinsprucht werden, dann kommt sie in die zweite Instanz. Die zweite Instanz ist der Gemeinderat, da es sich um Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde handelt, kein übertragener Wirkungsbereich. Dies bedeutet, dass gegen einen Bescheid des Bürgermeisters über die Vorverlegung der Sperrstunde an unseren Berufungsausschuss Berufung erhoben werden kann. Der Berufungsausschuss entscheidet dann letztinstanzlich, dies bedeutet, dass der Bescheid der Berufungskommission mit Zustellung in Rechtskraft erwächst. Gegen diesen Bescheid besteht die Möglichkeit der Beschwerde an den Verwaltungs- beziehungsweise Verfassungsgerichtshof. Diesen Beschwerden kommt jedoch grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung zu, es kann jedoch über Antrag der entsprechende Gerichtshof die aufschiebende Wirkung zuerkennen. Da habe ich eine interessante neue juristische Geschichte, Verordnung des Landeshauptmannes, wir haben ja schon gemeinsam dem Land und dem Bund ausgerichtet, ändert was, damit wir was tun können. Die haben uns immer mitgeteilt, es reicht ja alles aus, macht die Verfahren. Jetzt machen wir die Verfahren nicht einfach, weil ja du nachweisen solltest, dass der Lärm oder die Probleme, die gerade einer draußen schafft, in irgendeinem Zusammenhang mit einem Lokal stehen. Die Verordnung des Landeshauptmannes betreffend Sperrstunden und Aufsperrstunden gemäß 113 Abs. 1 hat der Landeshauptmann den Zeitpunkt, zu dem die Gastgewerbebetriebe geschlossen

werden müssen und den Zeitpunkt, zu dem sie geöffnet werden dürfen, festzulegen. Diese Festlegung hat für die einzelnen Betriebsarten der Gastgewerbe durch Verordnung zu erfolgen. Gemäß Absatz 3 der gegenständlichen Bestimmung kann die Gemeinde unter Bedachtnahme auf die sonstigen Interessen der einzelnen Gastgewerbebetriebe eine frühere Auf- oder spätere Stunde bewilligen. Dies bedeutet, dass sollte zum Beispiel der Herr Landeshauptmann oder das Land Steiermark in seiner Verordnung einfach eine frühere Sperrstunde übers gesamte Landesgebiet verordnen, die Möglichkeit der Gemeinde gegeben wäre, im Einzelfall Verlängerungen dieser Sperrstunde festzulegen. Wir könnten den Spieß, wenn ich so sagen darf, umdrehen. Der Landeshauptmann müsste nicht mehr sagen, 5.00 Uhr, er müsste sagen 2.00 Uhr, dann könnten wir an den Plätzen, wo wir es für richtig halten, auch genehmigen, und zwar jede Gemeinde, aber ich nehme nicht an, dass das passieren wird. Diese Vorgangsweise würde eigentlich dann im umgekehrten Sinn der Petition, die seitens des Gemeinderates an den Bund gerichtet wurde, nämlich, dass die Gemeinden in Einzelfällen Sperrstunden festlegen können, schon jetzt bieten. Also wir hätten, wenn ich so sagen darf, darin eine Lösung. Jetzt kommt aber vielleicht auch noch etwas, was ich heute anbringen möchte, um einmal klar zu sagen, dass es vielleicht auch wieder eine andere Regelung gibt, also im Moment, wenn ich so sagen darf, kann ich als Bürgermeister nicht anders, als diese Verfahren durchzuführen und sie sind im Sinne der Lärmbelästigung der Menschen, die dort nicht schlafen können und damit leben müssen, mehr als gerechtfertigt. Zweiter Punkt, sie werden dagegen berufen, dann werden Berufungsmitglieder und Sie als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte zu entscheiden haben. In der Zwischenzeit tut sich aber einiges. Ich werde auch noch einmal Kontakt mit den Wirten aufnehmen, weil ich mir erwarte, dass sie nicht sagen, das, was dort vor Ort stattfindet, hat mit uns eigentlich nichts zu tun und es sind nur ein paar, sondern ich erwarte mir, dass sie auch maßgeblich jetzt einmal in die Finanzierung dort einsteigen. Was das Reinigen anbelangt, was Sicherheitsmodelle anbelangt etc., und das werden wir ihnen, das müssen sie aber jetzt selber tun...

Zwischenruf GR. Schröck: Zahlen die alle keine Steuern?

Bgm. Mag. **Nagl**: Die zahlen schon Steuern, aber mit welcher Rechtfertigung müssen wir Überstunden in der Nacht Polizisten dort bezahlen, mit welcher Berechtigung müssen wir...

Zwischenrufe unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Die zahlen schon Steuern, ich hoffe, dass sie alles versteuern, aber davon gehen wir einmal aus. Aber noch einmal, es gibt auch in dieser Stadt viele Gewerbetreibende und Unternehmer, auch Gastronomen, die zahlen ihre Steuern, verursachen uns aber nicht zusätzliche Reinigungsdienste, zusätzlich acht Stunden für Polizisten, zusätzlichen Verwaltungsaufwand, sondern schauen, dass sie das selber auch ein bisschen unter Kontrolle kriegen. Aber wir leben ja in der freien Wirtschaft und in der freien Wirtschaft passieren immer schöne Dinge und das darf ich heute hier ankündigen, dass wir mittlerweile eine Unternehmergruppe von Graz haben, die Termine gibt es schon, die jetzt auch sich mit dem Thema beschäftigen, eigentlich auch schon wissen, wo sie es machen, weil wir wissen, wir wollen sie nicht nur verdrängen, weil es hätte ja wenig Sinn, wenn alle dann im Kreisverkehr oder sonst wo sitzen und dort wieder alle belästigen. Wichtig ist, die Gastwirte wissen, es wird was passieren. Jetzt gibt es eine Gruppe von Wirten, die gesagt hat, wir werden uns dieses Themas annehmen und wollen mit der Stadt Graz ein Projekt schaffen, wo wir an einem Ort eine Gastronomieszene für junge Menschen schaffen, der Ort, der steht auch schon fest. Ich werde jetzt die Namen dieser Gastronomen nicht sagen, aber

den Termin gibt es schon, dass wir an einem Platz sind, wo de facto niemanden gibt, der drüber wohnt und drunter leidet, sondern einen Platz in Graz, wo eine neue Gastronomiezone auch aufgebaut werden soll, und mit diesen Gastronomen, im Übrigen auch bekannte Grazer Gastronomen, haben wir, wenn ich so sagen darf, ein Wettbewerbsmodell, sodass niemand Angst haben muss, dass in einer weltoffenen Stadt wie Graz als Universitätsstadt irgendwo die Jugend nicht zum Feiern und zum Ausgelassensein oder zu Gesprächen unterwegs sein kann. Noch einmal, es gibt mittlerweile...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich greife gar nicht in die freie Wirtschaft ein, die freie Wirtschaft regelt gerade etwas und das sollte man einmal deutlich sagen, Gott sei Dank entwickelt sich was. Die Verfahren werden wir durchführen, ob wir damit durchkommen oder nicht, wird, wenn ich so sagen darf, wahrscheinlich eines Tages der VwGH für uns erledigen, aber man sollte auch eines nie außer Acht lassen, meine Damen und Herren, das darf ich dir im Speziellen sagen, ganz im Speziellen, die Möglichkeiten einzugreifen und zu sagen, ja der Bürgermeister hat ja die Lokale genehmigt. Die muss ich genehmigen, die Frage ist nur, kann ich die Sperrstunde verkürzen, ja oder nein, und diese Sperrstunde kann man verkürzen, allerdings nur sehr, sehr mühsam. Die Verfahren laufen und ich darf auch sagen, das, was da schon stattgefunden hat von Seiten der Polizei an Überprüfungen, was da festgestellt wird jeden Tag, ist keineswegs zu bagatellisieren. Das heißt, die Wirte sind aufgerufen, jetzt auch selbst einmal wirklich zu zeigen, was sie los haben; dieses Konzept, wenn ich so sagen darf, ist nicht zu ambitioniert beziehungsweise wurde auch nie wirklich mit Daten versehen, nicht einmal ansatzweise, Gehsteigkontrollen und, und, und, es

ist lieb aufgezählt worden, ich kann es jedem da zeigen, es ist ein solches Punkteprogramm, Jeder kann es sich auch gerne von mir dann noch einmal holen, das ist lieb und nett, aber es sind noch keine Taten erfolgt, wenn die Taten erfolgen, könnte ich sogar eine vorverlegte Sperrstunde sofort wieder zurückziehen, wenn der Grund weg ist und ich bitte auch zu beachten, dass man um 2.00 Uhr in der Elisabethstraße als Autofahrer, als Verkehrsteilnehmer einfach nicht mehr in der Lage ist, dort durchzufahren, von Einsatzfahrzeugen, sprich: Rettung und Feuerwehr und Polizei, schon gar nicht und das ist ein Faktum, die einzige rechtliche Handhabe, zu der ich auch verpflichtet bin namens der Anrainerinnen und Anrainer, sonst würde ich Amtsmissbrauch betreiben, wird durchgezogen und es wird ein Ergebnis haben. Dann werden wir sehen, ob es beeinträchtigt wird. Ich hoffe aber, dass in Gesprächen mit diesen Wirten, die werde ich auch noch einmal führen, von ihrer Seite ein stärkeres Bekenntnis, dort zu helfen, kommen wird. In diesem Sinne danke ich, dass ich auch relativ lange gesprochen habe, weil wir werden natürlich auch schon aufgrund der Tatsache, dass ich die Ordnungswache dort gar nicht einsetzen will und die Polizei alles zur Verfügung stelle, auch dem Inhalt nicht zustimmen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich stehe nicht an, dir zu gratulieren. Olympiagold für Sportgymnastik, wie du dich hier verbogen hast und abgeputzt hast, ist eigentlich sensationell, das war ein Offenbarungseid deines Scheiterns in diesem Viertel. Denn eines sage ich dir auch, dieses Problem ist hausgemacht, Herr Bürgermeister, du bist in der Gesamtzuständigkeit dafür verantwortlich, dass durch die Bau- und Anlagenbehörde Bescheide erlassen und Betriebsstättengenehmigungen erteilt wurden, die jetzt auf einmal obsolet werden und der Fehler liegt...

Zwischenruf StR. Eisel-Eiselsberg unverständlich.

GR. **Schröck:** Herr Gemeinderat Eiselsberg, du hast ja die Möglichkeit, dich zu Wort zu melden, Herr Gemeinderat Eiselsberg. Und dort sitzen auch die Experten, Herr Bürgermeister, und dort muss ermittelt werden, was für ein Viertel zulässig ist und erträglich ist und was nicht, oder ist das nicht so?

Zwischenruf GR. Rajakovics: Nein, das ist nicht so.

GR. **Schröck:** Ok, war die Situation vor einem Jahr eine andere, Herr Bürgermeister, als das Gebäude des Meldeamtes wieder eine Betriebsstättengenehmigung erteilt wurde, war die Situation dort eine andere vor einem Jahr? Ich weiß es nicht, wenn das nicht so ist, dann ziehe dort die Konsequenzen und bestrafe nicht die Gastronomen und die Besucher dieses Viertels, die für diese Bescheide nichts können. Und natürlich hat die Stadt Graz auch bislang gut verdient an den Wirten, aber du schiebst genau denen jetzt den schwarzen Peter zu. Diese Wirte haben im Vertrauen auf die rechtliche Korrektheit, was sie bescheidmässig erhalten haben, wirtschaftliche Dispositionen getroffen, haben investiert und jetzt ist das alles nicht mehr gerechtfertigt, Herr Bürgermeister? Was kommt als Nächstes? Zwangsenteignung der Wirte, Zwangsansiedlung, das haben wir ja schon gehört, Zwangsansiedlung der Wirte in Puntigam, meine Damen und Herren. Am besten reißt du gleich das Universitätsgebäude mit ab, die Uni-Heime mitten im Universitätsgebiet reißt du auch gleich mit ab und dann stellst du sie auf deine grüne Wiese, weil das ist ja der größte Wunsch deines Gemeinderates Hohensinner und dir, dass da in

Puntigam ein neues Viertel entstehen mag. Bitte, dann reißen wir die Uni gleich mit ab. Ich darf dich auch an eines erinnern, Herr Bürgermeister, die ihr das Menschenaufkommen dort in diesem Viertel immer ganz gut für ihre eigenen politischen Zwecke zu nutzen verstanden habt, war nämlich die ÖVP, und die junge ÖVP und da vor allem im Vorfeld von Kurt Hohensinner, der ist dort nämlich gerade im Wahlkampf im letzten Gemeinderatswahlkampf gestanden, zwar nicht mit dem Geilomobil, aber immerhin hat er dort auch einige Gutscheine für den einen oder anderen Spritzer in einigen dieser Lokale verteilt. Aber gut, der Kurt wird auch heute nicht gegen diese unsinnige Sperrstunde stimmen, du wirst dem Diktat des Bürgermeisters folgen, quasi als Benjamin Baten der ÖVP, im Körper eines 30-Jährigen mit den Ansichten eines Greises, aber egal, Anrainerschutz und Lokalbetrieb gegeneinander auszuspielen, ist falsch, ist billig, machen Sie das nicht. Stimmen Sie diesem Antrag zu. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, nur zur Berichtigung, eine wichtige Bitte, Herr Gemeinderat Schröck, einfach die Gesetzestexte versuchen einmal durchzulesen. Es ist so wichtig zu wissen, dass man über die Gewerbeverfahren die Möglichkeit hat, ein Lokal zu eröffnen, darin ist aber noch nicht geregelt, ob du bis zwei Uhr, bis 5 Uhr oder bis Mittag offen haltest. Herr Gemeinderat, also es gibt Gewerbeverfahren, da geht es darum, ob die Schankanlage funktioniert, ob die Fluchtwege da sind usw. und dann darfst du ein Lokal eröffnen. Du kannst dich, wenn du so willst, dann um 12.00 Uhr zu Mittag schon schließen, du kannst, weil der Herr Landeshauptmann es so geregelt hat, auch bis 5.00 Uhr offen haben. Und ich weiß, dass dort viele die Investitionen getroffen haben, das macht die Situation für die Wirte auch nicht leicht, obwohl sie sehr gut wahrscheinlich dort auch verdienen, weil es ist ordentlich was los und ich glaube, dass sie durchaus diese Mitverantwortung als Wirte auch wahrnehmen sollen und zwar nicht nur in Form, einmal ein Konzept hinzuhalten oder zu sagen, es ist eine Frechheit, dass da ein Gewerbeverfahren oder jetzt in dem Fall

auch eine Vorverlegung der Sperrstunde eingeleitet wird, weil selbst da prangte ich schon auf einem Transparent etc. Das mag sein, wie es ist, wichtig ist nur, Sie müssen erkennen, dass ich als Bürgermeister und in späterer Folge, wenn sie es beeinspruchen, der Gemeinderat nach den Gesetzen vorzugehen hat und nach dem Gesetz vorgehen und das habe ich, glaube ich, vorgelesen, es ist leider Gottes, wenn ich so sagen darf, aus deiner Sicht jetzt, für mich ist das ein Normalzustand, so, dass die Anrainer dort jetzt in diesem Verfahren eben auch einfordern dürfen, dass wir handeln und die einzige Handhabe, die wir haben, die einzige Handhabe im Rechtsstaat, die wir haben, ist dieses mühsame Verfahren zur Vorverlegung der Sperrstunde und das werden wir jetzt auch machen. Ich hoffe, dass die Wirte auch den Ernst der Situation erkennen und selbst auch handeln, wir sollten es gemeinsam tun und es gibt mittlerweile auch schon Wirte, die sagen, wir schaffen auch Alternativen, damit der Vorwurf wekommt, dass Graz eine fade Stadt ist und man nicht feiern darf. Nur sage ich noch einmal, die Gesundheit von Menschen und der Schlaf von Familien geht vor jeglicher Spaßgesellschaft und das muss auch jeder wissen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Sicherheit personenbezogener Daten durch die Stadt Graz

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sicherheit personenbezogener Daten durch die Stadt Graz ist nicht erst seit dem Auftreten von Anonymus ein Thema. In den vergangenen Wochen wurden, wie Sie wissen, nicht nur sensible personenbezogenen Daten von der Tiroler Gebietskrankenkasse entwendet und veröffentlicht und möglicherweise auch einer entsprechenden kommerziellen Nutzung zugeführt.

Auch Daten von 25.000 Datensätzen österreichischer Polizisten wurden, beim IPA gelegen, und wahrscheinlich aus dem Bundesministerium für Inneres stammen, entwendet. Diese Vorkommnisse sind aber wahrlich wahrscheinlich nur ein Bruchteil jener Vorkommnisse, die passieren und die wirklich an die Öffentlichkeit getragen werden. Die Betroffenen von diesen Entwendungen, Manipulationen, kriminellen Delikten werden oftmals gar nicht informiert oder gar gewarnt, teils weil dies bewusst unterlassen wurde, um das eigene Versagen zu tarnen, teils weil die Kompetenz derart niedrig ist, dass es nicht mal auffiel. Dem ist initial mit Transparenz zu begegnen auch in der Stadt Graz.

Dass es neue Gerüchte gibt, dass in Grazer Ämtern und Referaten zwecks „kollegialer Vermittlung von Aufträgen/Gutachten“ etc. beziehungsweise zwecks „Kordinierungen interner Daten und eigener Absichten mit wirtschaftlichen Intentionen Dritter“ geben soll (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), ist nun mal keine Legende. Wir erinnern uns alle an die Vorgänge in der Vergangenheit im Grazer Bauamt, die völlig inakzeptabel waren, ans deliktisch Heranreichende reichten und sicherlich Normabweichungen waren, wo wir alle hoffen, dass diese entsprechend eingedämmt und zurückgeführt worden sind. Das und mehr sind den Grazerinnen und Grazern nachhaltig in Erinnerung geblieben.

Neben der Verletzung ethischer und moralischer Kriterien stellt sich im Fall des Falles auch die Frage der Amtshaftung, sodann die Frage der strafrechtlichen Verantwortung in der jeweiligen Hierarchie genauso wie eine Frage des Auswahlverschuldens wie auch der Aufsichtsverantwortung. Und zumindest letzterer kann sich die Politik und deren namhaft machbarer Exponenten beziehungsweise MandatarInnen gewiss nicht entziehen. Es soll auch ganz bewusst und ganz

besonders unseren BürgerInnen erspart bleiben, jetzt oder in der Zukunft von einschlägigen Missbräuchen und Unzulänglichkeiten, die jeden Tag passieren können, oder gar deliktischen Vorkommnissen geschädigt zu werden, erspart bleiben.

Ich stelle daher nachfolgenden

dringlichen Antrag,

der gemäß der Vorlage, die Ihnen gestern übermittelt worden ist, unter Einbindung vom Kollegen Neumann seitens der Bürgermeisterpartei, im ersten und zweiten Absatz teilweise im zweiten Absatz ergänzt worden ist und ich bedanke mich, weil ich sehe, dass die Anträge wohlwollend aufgenommen worden sind und ich jede Verbesserung und interne Kompetenzerweiterung bei Anträgen, das gerne sehe und gerne aufnehme, jetzt und in der Zukunft. Der dringliche Antrag lautet daher folgendermaßen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt Bürgermeister Mag. Nagl beziehungsweise ersucht den Aufsichtsratsvorsitzenden der Holding Graz GmbH, alle MitarbeiterInnen des Hauses Graz im Bereich des Umgangs mit digitalen, respektive elektronischen, Daten zu sensibilisieren und dahingehend zu schulen.

Das ist einmal eine wichtige Grundlage. Weiters eine darüber hinausgehende Behandlung des gegenständlichen Themas hat in dem für EDV-Fragen zuständigen Ausschuss zu erfolgen und dem unter Einbindung externer Experten, und ich nehme an, das sind unabhängige Experten, um Beantwortung und anschließende Berichterstattung zu nachfolgenden Punkten bis spätestens zum Gemeinderat im Jänner 2012 ersucht wird. Und dann die fünf Punkte, wie aus dem Antrag von gestern.

1) Um Berichterstattung, welche personenbezogenen Daten seitens der „rechtlichen Gesamtheit Graz“ bestehend aus der Stadt Graz, der Holding Graz GmbH sowie sämtlicher im „Haus Graz“ integrierten Beteiligungen der Stadt Graz erfasst und gespeichert sind beziehungsweise werden.

2) Um Berichterstattung, in welcher Form es in der „rechtlichen Gesamtheit Graz“ geregelt ist, wie der Umgang mit diesen personenbezogenen Daten vorstatten zu gehen hat und welche Schwachstellen beziehungsweise Verbesserungspotentiale vorhanden sind beziehungsweise was hierzu in Gang gesetzt worden beziehungsweise in Planung ist.

3) Um Berichterstattung, in welcher Form in der „rechtlichen Gesamtheit Graz“ die Einhaltung des Schutzes der personenbezogenen Daten evaluiert und überprüft wird und durch wen beziehungsweise welche hierzu zweifelsfrei anerkannte Institution dies erfolgt.

4) Um Berichterstattung, ob es im Rahmen der „rechtlichen Gesamtheit Graz“ Verdachtsmomente beziehungsweise Vorfälle, die den Missbrauch beziehungsweise die Weitergabe personenbezogener Daten betreffen, gibt oder, beginnend ab 1.1.2008, gegeben hat.

5) Um Berichterstattung, an welcher Stelle der Stadt Graz Grazer Bürgerinnen und Bürger für sich umfassende und detaillierte Auskunft über alle im Bereich der „rechtlichen Gesamtheit Graz“ gespeicherten personenbezogenen Daten unentgeltlich erhalten und eine allfällig erforderliche Korrektur beziehungsweise Löschung unrichtiger Daten begehren können, so dass dies binnen Frist verbindlich vorgenommen wird.

6) Um Berichterstattung, in welcher Form die Gestaltung der „Inneren Revision“, beziehungsweise das zugehörige Landesgesetz über das Statut der Stadt Graz zweckmäßigerweise eine Modifizierung erfahren sollte.

Ich denke, aufgrund der jüngsten Vorkommnisse ist das ein ganz heißes und wichtiges Thema, dem wir uns lieber heute als morgen widmen sollten. Ich bitte um Zustimmung.

GR. **Neumann** zur Dringlichkeit: Es ist Tatsache, dass dieses Thema natürlich momentan sehr, sehr dringlich ist. Wer die Medienberichte der letzten paar Wochen

mitverfolgt hat, der kann nur bestätigen, dass das Thema Schutz personenbezogener Daten ein ganz wichtiges ist. Man muss auch heute davon ausgehen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), dass die Technik, die vor ein paar Jahren vielleicht noch nicht soweit war, heute völlig ausreichend ist, das heißt, es kritisiert niemand, dass unzureichend technische Möglichkeiten vorhanden sind, das Beispiel Tiroler GKK wurde verwendet, das E-Card-System in Österreich ist ein sehr, sehr sicheres System, völlig getrennt abgekapselt vom Internet, da kann nichts passieren. Wenn die Daten dann allerdings aus so einem sicheren Netzwerk, also aus einem sicheren Umfeld heraus von dem größten Gefahrenpotential, und das ist der User, dann in ein anderes Netz reingegeben wird, sprich per E-Mail verschickt wird, dann ist das natürlich grob fahrlässig. Es ist ganz klar oder man sollte wissen, E-Mail ist wie eine Postkarte, jeder kann sie mitlesen und man darf sich dann nicht wundern, wenn 600.000 Datensätze per E-Mail verschickt werden, dass die dann kurze Zeit später im Internet da sind. Wir unterstützen diesen Antrag, wir unterstützen die Dringlichkeit und sehen vor allem in dem Punkt der Sensibilisierung und der Schulung der Mitarbeiter das größte Potential hier im Haus Graz. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag^a **Grabe**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe das etwas anders, wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen aus folgendem Grund: Es ist ein wichtiges Thema, das ist unbestritten, es ist aber auch wichtig aus meiner Sicht, dass so ein Antrag seriös vorbereitet ist und das sehe ich hier nur mit Einschränkungen. Wenn es um das eine, also einerseits ist ein Punkt Datensicherung und Datenschutz, wissen alle, die sich damit beschäftigen, sind zwei verschiedene paar Schuhe, werden aber in dem Antrag in eines hineingeworfen, in einen Topf geworfen. Wenn Sie am Anfang davon sprechen, dass es Hackerangriffe usw. gibt, es hätte bei diesem Aspekt der Datensicherheit ein einziger Anruf bei der IT-Gesellschaft, die wir haben, der ITG, gereicht, um zu erfahren, dass es eigentlich das Kerngeschäft der ITG ist, hier für technische Sicherheit zu sorgen und dass gerade Ende letzter Woche erst ein

Zusatztest gelaufen ist, genau aufgrund dieser jetzt medial sehr verbreiteten Attacken von Anonymus usw., wo sich die ITG, also wo die gesamte IT-Landschaft von einer externen Firma überprüft würde und versucht wurde von der externen Firma, die Daten der Stadt Graz zu hacken. Also es passieren ohnehin laufend Dinge, die jetzt die technische Sicherheit abchecken. Was die Weitergabe von personenbezogenen Daten betrifft, möchte ich wirklich sehr, sehr stark ablehnen den Verdacht, der in Ihrem Antrag da drinnen steckt, dass es Personen absichtlich, um sich kriminell zu bereichern, weitergeben würden, also das weise ich wirklich sehr zurück, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterin der Stadt Graz jetzt mit einem Generalverdacht das so tun. Für mich oder für uns ist die Dringlichkeit nicht gegeben, weil erstens, was die Datensicherheit betrifft, wie gesagt, die Tests laufend kommen und was die Datenschutzmaßnahmen betrifft, richtet sich Ihr Antrag an die falsche Organisation, an die falsche Person. Die Holding alleine ist dafür überhaupt nicht verantwortlich, es ist eine viel komplexere Sache, wo man einerseits die in der Stadt Graz Personalzuständigen einbeziehen müsste und andererseits sämtliche Personalzuständigen in den Tochtergesellschaften, das kann aber nicht die Holding Graz für andere Gesellschaften machen. Sie sind nicht integriert, wenn Sie das an die Holding richten. Die ITG macht sicher gerne wieder eine Informationsveranstaltung, eine Art Führung, was Sie in diesem Bereich für Maßnahmen machen und wird es auch sicher gerne in einem Ausschuss darlegen, was Sie ja auch unterstützen, wir unterstützen nicht diesen Generalverdacht, dass Daten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weitergegeben werden, sei es absichtlich aus krimineller Energie oder aus Dummheit und wir haben jetzt gerade ein Projekt laufen zum Government-Data-Thema und da haben wir schon gemerkt, dass sei laufend Thema genau dieser Problematik der personenbezogenen Daten. Die Sensibilität dafür, dass sie nicht weitergegeben werden dürfen, ist sehr, sehr hoch. Daher sehen wir auch aus diesem Punkt keine Dringlichkeit für zusätzliche Maßnahmen. Allerdings kann es gerne in einem Ausschuss behandelt werden (*Applaus Grüne*).

GR. Ing. **Lohr**: Werter Kollege Mag. Gerhard Mariacher, dein vorliegender Antrag scheint ja der erste Anknüpfungsversuch an die Piratenpartei zu sein. Vielleicht trittst du ja 2013 dann als Pirat an. Aber zur Sache selber. Das wäre die dritte Partei, glaube ich, vielleicht hat der Gerhard dann dort mehr Erfolg. Aber zur Sache selber, er greift schon ein Thema auf, was aktuell ist, was ein Thema und eine Intention ist, die man so nicht gleich wegwischen kann. Der Kollege Neumann hat es ja zum Glück ein bisschen eingedeutscht, damit auch der wahre Kern herauskommt, der Umgang mit Personendaten ist ein sensibles Gebiet, die Bürger sind davor zu schützen, dass eben Daten illegal verwendet werden, dass ihre Daten gestohlen werden und dass hier im öffentlichen und halböffentlichen Bereich immer wieder Schwachstellen sind, hat ja die Vergangenheit bewiesen. Also dieses Wissen fehlt, ich hoffe es nicht, dass es in der Stadt Graz, in der ITG, in der Holding fehlt. Ich glaube auch der Frau Kollegin Grabe, dass, wenn wir hier einen Informationsbericht bekommen, das sicher kein Schaden ist, und daher werden wir auch dem Antrag zustimmen. Wie gesagt, der Motivenbericht ist natürlich nicht gelungen, ich will jetzt das nicht zitieren, aber wir haben hier auch Probleme damit gehabt, das ganz zu verstehen, aber die Intention der Datensicherheit wird auch von den Freiheitlichen unterstützt (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, ich stelle fest, dass die Sehnsucht unseres ehemaligen Stadtrechnungshofdirektors ihn zurückgeführt hat in die Gemeinderatsstube und ich darf ihn herzlichst als neuen Geschäftsführer in unserer Fachhochschule Joanneum begrüßen (*allgemeiner Applaus*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, dass ihr mir eine politische Zukunft wünscht, das nehme ich natürlich freundschaftlich sehr gerne auf. Nur über die Entscheidung werdet ihr zeigerecht informiert werden. Zu den Themen,

Kollege Neumann, völlige Unterstützung, Ergänzung zu dem, was ich gesagt habe, es geht Datenschutz und Datensicherheit, auch Kollegin Grabe, das sind für mich zwei Themen, die auch nicht zu trennen sind, die zwar alleine für sich auch natürlich stehen können, aber die sehr stark auch miteinander vernetzt sind. Ich kann mich nicht entsinnen seit März 2008, dass es jemals einen dringlichen Antrag in diesem Gemeinderat zu diesem Thema gegeben hat. Das ist Neuland, das besritten wird, ich glaube ein sehr wichtiges und jetzt wirklich ein sehr brisanter und aktuelles, daher lasse ich mich einfach nicht mit solchen Worten abspeisen, es passiert eh ohnehin laufend alles Wichtige, davon gehe ich aus, dass die Mitarbeiter im Haus Graz jeder für sich an seinem Platz bemüht ist, und von einem Generalverdacht gegenüber den Mitarbeitern der Stadt Graz oder auch nur eines Mitarbeiters ist im Antragstext auch nichts verloren. Bitte daher, so wie es jetzt sich abscheint, eine Mehrheit abscheint, auf den Weg zu bringen, dass wir in dieser Sache weitergehen und daher verkürze ich mein Schlusswort. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. Mag^a **Grabe** zum Antrag: Kurz zur Erklärung, wir werden dem Inhalt zustimmen, obwohl wir die Dringlichkeit nicht gesehen haben und obwohl der Motivenbericht die erwähnten Probleme beinhaltet und einige mehr, aber es ist natürlich ein wichtiges Anliegen, dass man sich diesem Thema widmet, und wenn das im Zuge des Ausschusses stattfindet, soll sein, dagegen sträuben wir uns natürlich nicht. Vielleicht bietet der Ausschuss dann die Möglichkeit, das, was in Ihrem Antrag intendiert ist, so hoffe ich zumindest, auf eine seriöse Basis zu bringen, daraus wirklich ein sinnvolles Projekt zu machen und nicht wie jetzt die einzelnen Schlagwörter, die bei mir zumindest den Verdacht erweckt haben, dass es nicht seriös recherchiert ist, was bereits wirklich an Aktivitäten da ist oder nicht. Aber wie gesagt, wir unterstützen,

damit meinetwegen im Ausschuss dann auch wirklich die verhandelnden Personen, die davon jetzt auf der Personalführungsebene verantwortungsmäßig betroffen sind, auch eingebunden sind und man aus der Idee auch eine gute Sache machen kann (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.